

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Topographie des Terrors

Der Terror in der Welt fällt nicht vom Himmel. Er ist in aller Regel weder das Werk von Verzweiflungstätern noch die Ausgeburt fanatischer Anarchistengehirne. Er wurzelt in sehr konkreten sozialen und politischen Verhältnissen. Es gibt gesellschaftliche Kräfte, deren ganze Existenz von ihm abhängt. Er bringt denen Profit, die ihn entfesseln: den Rüstungsmagnaten in den USA, deren militärisch-industrieller Komplex unter Bush die ganze Macht im Lande an sich gerissen hat. Er will das in Jahrzehnten durch den Sozialismus erzwungenen Friedens angestaute Vernichtungspotential auf einen Schlag loswerden, um Platz für neue, noch schrecklichere Zerstörungssysteme zu schaffen. Längst wird der Kosmos einbezogen. Alleinige Antriebskraft ist die Jagd von vier oder fünf gigantischen Hochrüstungsimperien der USA nach maximaler

wird aus Unterwürfigkeit und Schwäche Komplizenschaft.

Die höchste Form des Terrors ist der durch Bush proklamierte, das Völkerrecht aushebelnde „Präventivkrieg“ – der Amoklauf eines Aggressors, der vor nichts zurückschreckt.

Dabei ist der Angriff auf Bagdad nur die nächste Etappe des permanenten Waffenganges, zu dem die USA-Rüstungslobby bläst. Er würde das gesamte Gebäude der bisherigen „Weltordnung“ einstürzen lassen und die ganze Menschheit in tödliche Gefahr bringen. Denn ein dritter Weltkrieg wäre nicht wie die vorangegangenen regionalisierbar. Die Kräfte, die sich des hirnamputierten Mannes im Weißen Haus bedienen, steuern auf diesen Krieg zu. Sie nutzen jeden Vorwand. Selbst nach eigener Darstellung „chemiewaffenunfähige“ leere Gefechtsköpfe aus den 80er Jahren und



Dividende. Präsident George W. Bush – der politische Analphabet aus Texas – ist dabei keineswegs nur ein stupider Kretin, ein van der Lubbe im Großen. Den Brandstifter umgeben die kühlest und skrupellosesten Strategen des Imperialismus. Hinter ihnen stehen jene, die Amerika tatsächlich regieren. Sie verfolgen einen diabolischen Plan zur Eroberung der ganzen Welt. Bush dient ihnen dabei als Rammbock und Rambo. Es geht um die Kontrolle über sämtliche Energie- und Rohstoffressourcen. Macht und Öl heißt die Devise. Dabei prallen die imperialistischen Staaten immer härter aufeinander. Ihre unterschiedliche Interessenlage wird auch im UN-Sicherheitsrat widerspiegelt. Das USA-Diktat stößt bei den einen auf Widerstand, bei den anderen

private Aufzeichnungen eines irakischen Wissenschaftlers, die Blixens CIA-gesteuerte Inspektoren bei ihren „Haussuchungen“ in Bagdad angeblich gefunden haben, sollen als Auslöser des Überfalls dienen. Das souveränitätszerstörende Wirken der Geheimdienstler im UNO-Look ist sowieso nur ein Rauchvorhang. Denn der Krieg ist beschlossene Sache.

Die Terroristen um und hinter Bush gehen aufs Ganze. Die Topographie des Terrors zeigt, daß der Imperialismus der Todfeind der Menschheit ist. Wird er nicht beseitigt, droht die totale Vernichtung. Deshalb gilt unser Kampf dem kapitalistischen System, bleibt unsere Losung: Sozialismus oder Barbarei!
Klaus Steiniger



INHALT

Eine Vision	S. 2
Von der 2. Lesekonferenz	S. 3
1953 – ein schwieriges Jahr	S. 4
Hatte Anton Ackermann recht?	S. 5
War die DDR-Justiz demokratisch? (4)	S. 6
In schwerer Zeit	S. 7
Plädoyer für einen „Geraer Dialog“	S. 8
Wer polarisiert?	S. 9
Ein Schaufenster wird geschlossen	S.10
Beherrscht und zielklar	S.11
Ausflüge in den Gespenterwald	S.11
Rückkehr der Kettenhunde	S.12
Nullrundenanwälte	S.12
Faule Ossis	S.12
Ein stinknormales Leben	S.13
Briefe aus der Ebene	S.13
Weder frei noch sozial	S.14
Harte Bandagen	S.14
Die Sprache der Lügner	S.15
Münchhausen abgemeldet	S.15
Die Daumenschraubengesellschaft	S.16
Ein Auftakt	S.17
Landeplatz für Engel	S.17
„Die DDR ist unsterblich	S.17
Jahrtausendflut im Elbtal	S.18
Perlenschnur	S.19
Kaffee oder Klassenkampf?	S.19
Absprung hinter der Front	S.20
Hyänen im Rudel	S.20
Erklärung der Russischen Staatsduma	S.21
„...in der besten amerikanischen Tradition!“	S.21
Damals Hanoi, heute Bagdad	S.22
Ein Multitalent	S.23
Was in Beijing diskutiert wird	S.24
Von Tokio gelegnet	S.24
20,9 % für die KPÖ!	S.25
Freiheit für die „Miami-5“!	S.25
Lukaschenko hält ...	S.25
Bilanz der Zerstörung	S.25
Zur Ök Katastrophe vor Nordwestspanien	S.26
Joël und Joana	S.27
¡Presente!	S.28
Leserbriefe	S.29
Termine & Anzeigen	S.32

Wie stehen Sie zu Flugverbotszonen und UNO-Waffeninspektoren in Deutschland?

Eine Vision

Ich stelle mir einmal folgendes vor: Über Bayern und Baden-Württemberg sowie über Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben fremde Mächte ein Flugverbot für deutsche Flugzeuge verhängt. Dafür kreisen dort ständig deren Jäger, Bomber und Spionageflugzeuge, attackieren Bodenziele, von denen sie meinen, sie könnten ihnen gefährlich werden. Daß dabei auch Krankenhäuser und Kindertagesstätten in Schutt und Asche gelegt werden, interessiert keinen. Nur gelegentlich werden deutsche Exporte erlaubt, um dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente einzuführen. Sorgsam wachen in der Nord- und Ostsee Zerstörer und Flugzeugträger der Mächte darüber, daß nicht eine Konserve mehr nach Deutschland gelangt als die verordnete Rationierung gestattet, während Hunderttausende zwischen Hamburg und München hungern. Über Satelliten werden sämtliche Gespräche der Regierung und anderer Dienststellen abgehört. Fremde Inspektoren schwärmen von imaginären Geheimdienstinformationen gelotst durch das Land, dringen unangemeldet in das Schloß Bellevue, den Sitz des Bundespräsidenten, sowie in das Bundeskanzleramt ein, durchwühlen Arbeitsunterlagen, schnüffeln in Kellern und Privatgemächern herum. Anderentags tauchen die Inspektoren vor den Werktoeren von Zeiss Jena und Bayer Leverkusen auf. Natürlich unangemeldet. Sie begehren kategorisch Einlaß. Kein Konstruktionsbüro, keine Werkhalle, kein Lager ist vor ihnen sicher. In der Wohnung eines Tübinger Atomwissenschaftlers beschlagnahmten sie dessen

persönliche Unterlagen, nehmen keine Rücksicht auf die kranke Frau des Professors, bedrängen sie, ob sie und ihr Mann nicht lieber das Land verlassen wollten. Eine absurde Vorstellung? Natürlich. Aber im Falle Iraks eine Absurdität, die tagtäglich reproduziert wird.

Könnte man sich das Geheul der hiesigen Gazetten und Sender vorstellen? „Mißachtung der deutschen Souveränität! Verletzung der nationalen Würde! Brüskierung deutscher Politiker! Wie lange noch will man unsere Geduld auf die Probe stellen? Schluß mit der Einschränkung der Luftfreiheit, mit den Machenschaften fremder Geheimdienste! Die mit Füßen getretenen Menschenrechte müssen sofort wiederhergestellt werden!“ So etwa würde es klingen. Und mit gutem Recht. Im Falle Iraks jedoch vernimmt man Derartiges nicht. Da gibt es nur die durchgestellte Sprachregelung von einer angeblichen Bedrohung mit Massenvernichtungsmitteln, von einem kaum noch abwendbaren Krieg.

Man kann das nicht gleichsetzen, höre ich sagen. Natürlich kann man das nicht. Immerhin fliegen deutsche Spezialisten mit in amerikanischen Spionageflugzeugen, stehen deutsche Panzer und Kanonen zum Schutz amerikanischer Aufmarschgebiete und Nachschubbasen bereit, kontrollieren deutsche Fregatten und Zerstörer in fremden Gewässern, Tausende Kilometer fern der Heimat, Schiffe anderer Staaten.

Ebenso absurd wäre es, sich solche Kontrolleure und Inspektoren in den USA vorzustellen, obwohl man weiß, daß dort Massenvernichtungswaffen hergestellt, in Instituten gefährliche Krankheitserreger

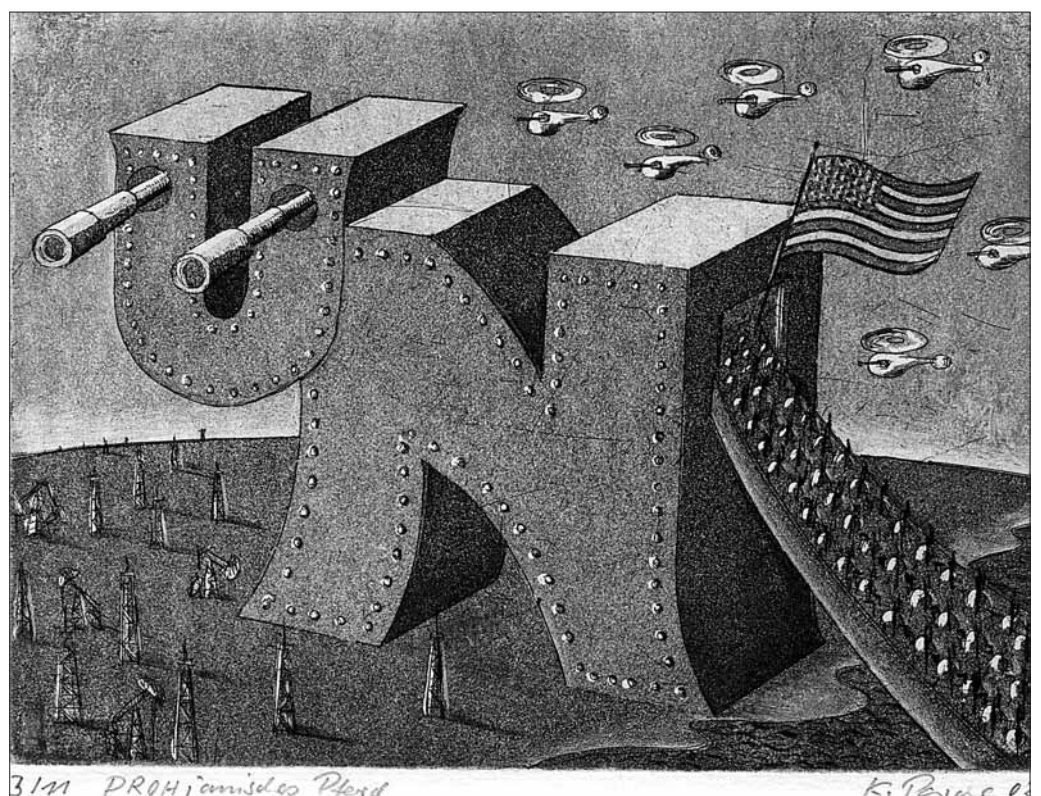
gezüchtet werden. Furchtbare Kampfmittel, die von den USA schon unzählige Male angewandt wurden. Die ersten Atombomben ließ das Pentagon an den Menschen in Hiroshima und Nagasaki erproben. In Korea wurden bakteriologische Waffen eingesetzt. In Südostasien entlaubten chemische Kampfstoffe wie Agent Orange ganze Wälder und vernichteten die Ernten. Es gab Millionen zivile Opfer. In jedem Krieg der USA, ob am Golf oder in anderen Regionen, wurden vom Pentagon neue Mordinstrumente in der Praxis getestet. Menschenleben spielten keine Rolle.

Es kann einem grausen vor einer Welt, in der ein mit Präsidialgewalt ausgestatteter texanischer Ölmillionär am Schalthebel der Atomwaffen der einzigen Supermacht andere Länder nach Gutdünken als „Schurkenstaaten“ klassifizieren und – wenn ihm und seinesgleichen nicht in den Arm gefallen wird – seine Angriffspläne durchbomben kann.

Das Beispiel Irak macht in erschreckender Weise deutlich, wie rücksichtslos die amerikanische Vormachtstellung ausgeweitet werden soll. Doch die Herrschenden in Washington sollten auch Angst davor haben, daß dieser Krieg eines Tages an seinen Ausgangspunkt zurückkehren könnte. Wir wünschen das dem amerikanischen Volk nicht. Aber es müßte sich nach dem Schrecken des 11. September 2001, nach Ground Zero, eigentlich vor Augen führen können, wie es aussieht, wenn eigene Bomben, wo auch immer in der Welt, auf Städte und Menschen anderer Völker geworfen werden.

Horst Aldus

Das trojanische Pferd



Der „RotFuchs“ führt marxistische Linke aus Ost und West zusammen

Von der 2. Leserkonferenz

Am 8. Februar 2003 – nach Redaktionsschluß – fand in Berlin die 2. Zentrale Leserkonferenz des „RotFuchs“ statt. Sie war aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens des RF und in der Absicht einberufen worden, einem großen Kreis von Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zum Meinungsaustausch über die Zeitung zu geben. Im Saal 2 der einstigen Parteihochschule der SED – dem heutigen Haus am Köllnischen Park – hatten sich zahlreiche Leser, Fördervereinsmitglieder und Sympathisanten aus allen Regionen der Bundesrepublik eingefunden. Unter den Teilnehmern sah man prominente Gäste aus dem In- und Ausland.

Nach einem einleitenden Beitrag von Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger – wir veröffentlichten Auszüge – begann sofort eine mehrstündige lebhaft und inhaltsreiche Diskussion, an der sich Dutzende Genossinnen und Genossen beteiligten. Zu einem Höhepunkt gestaltete sich in der Mittagsstunde das Konzert des aus DDR-Tagen bekannten Dresdner „Singsklubs Ernesto Che Guevara“. Den standhaft gebliebenen Mitgliedern eines der besten Kollektive der FDJ-Singebewegung dankten die Anwesenden mit stürmischem Beifall. Die Teilnehmer der Konferenz forderten in getrennten Beschlüssen die unverzügliche Einstellung der USA-Aggressions-

vorbereitungen gegen Irak, die sofortige Aufhebung des widerrechtlichen Verbots der KPD und die Beendigung der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern sowie die Rehabilitierung aller Opfer des Kalten Krieges in der alten Bundesrepublik. Sie sandten Solidaritätsbotschaften an Slobodan Milosevic, die als „Miami-5“ bekanntgewordenen fünf kubanischen Patrioten und den ebenfalls zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilten deutsch-amerikanischen Antifaschisten Kurt Stand – allesamt politische Gefangene des USA-Imperialismus.

Aus der Rede des Genossen Klaus Steiniger

Vor zwei Jahren haben wir im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes die 1. Zentrale Leserkonferenz durchgeführt. Sie verlief – Teilnehmer werden sich erinnern können – nicht ohne Turbulenzen. Der Vertreter einer anderen Redaktion mischte sich unzulässigerweise in die Angelegenheiten des RF ein und hielt eine – wie mir schien – der Sache abträgliche Rede. Er stieß auf einhellige Zurückweisung. Die Beratung wurde ein voller Erfolg.

Der „RotFuchs“ ist inzwischen erwachsen geworden. Er entwickelte sich in dieser Zeit zu einer begehrten und unverzichtbaren Publikation im linken Spektrum der BRD-Presselandschaft. Natürlich überschätzen wir seinen Stellenwert nicht, wissen aber um seine politische und moralische Bedeutung. Im Februar 1998 als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost gegründet, erscheinen wir seit Juni 2001 als Tribüne von Kommunisten und Sozialisten in Deutschland. Herausgeber ist ein parteiunabhängiger Förderverein, dessen Leitung Mitglieder von DKP, KPD und PDS sowie parteipolitisch nicht organisierte Genossinnen und Genossen angehören. Dem Verein, der wegen seiner politischen Bildungsziele und entsprechender Aktivitäten den Status der Gemeinnützigkeit erlangte, sind inzwischen etliche hundert Förderer und Freunde beigetreten. Es wäre gut, wenn er weiter wüchse.

Man kann heute sagen, daß der RF einen repräsentativen Ausschnitt der Linken in Deutschland erreicht und beeinflusst. Jetzt kommt es darauf an, daß sich die „RotFuchs“-Gemeinschaft weitere Leserschichten erschließt.

Übrigens hat sich der RF auch in materieller Hinsicht stabilisieren können: Viele Leser wachen darüber, daß diese rote Zeitung nicht untergeht. Dank der großzügigen Spendenbereitschaft jenes Teils der RF-Bezieher, der sich dazu finanziell in der Lage sieht, haben wir manche Zitterpartie überstanden. Auch in Zukunft muß aber ständig Sorge dafür getragen werden, daß die Zeitung schuldenfrei bleibt und trotz großer Belastungen durch steigende Preise weiterhin erscheinen kann.

Zwischen dem Blatt und dem Förderverein gibt es eine solidarische Wechselbeziehung. Der Verein bringt die Zeitung heraus und sichert sie ab, sie aber ist die stärkste Lokomotive des Vereins.

Der „RotFuchs“ verfügt jetzt über Fachleute vieler Bereiche – Historiker, Linguisten, Diplomingenieure, Ökonomen, Parteiarbeiter, Diplomaten, Pädagogen, Juristen, Militärs, Journalisten, Philosophen, Politologen u. v. a. Dennoch fehlen uns noch immer Spezialisten, vor allem professionelle Medienleute, wobei unsere Achillesferse in der Überalterung des Mitarbeiterstabes besteht. Dabei sind wir glücklich, daß wir uns auf die Erfahrung und das Wissen unserer Ältesten stützen können. Um die Arbeit auf dem bisherigen Niveau fortsetzen zu können, brauchen wir aber dringend jüngere qualifizierte Genossen, die die Last mit den Älteren teilen.

Über die gedruckten Exemplare hinaus wird der RF vielerorts zusätzlich kopiert. Einzelne Artikel dienen nicht selten als Flugblätter. Inzwischen sind solche Nachdrucke zu einem wichtigen Faktor der Multiplikation unserer Beiträge geworden. Deshalb behalten wir den Grundsatz bei, nur in Ausnahmefällen Materialien zu bringen, die eine „RotFuchs“-Seite überschreiten. Wir sind daran interessiert, in erster Linie Exklusiv-Artikel anzubieten. Das gilt auch für Leserbriefe. Zuschriften, die gleich an mehrere Adressaten gerichtet sind, drucken wir ungern ab.

An erster Stelle steht bei uns der Kampf gegen den Klassenfeind – das imperialistische Kapital. In einigen Ausgaben haben wir allerdings unsere im Prinzip berechtigten Attacken auf gewisse Führungskräfte linker Parteien so forciert, daß die Auseinandersetzung mit dem Feind etwas in den Hintergrund gedrängt wurde. Dafür hat man uns zu Recht kritisiert. Auch in Zukunft wollen wir das Pulver trocken halten, um den Hauptschlag gegen den Imperialismus, seine sozialen Träger und seine Parteien zu richten. Besondere Bedeutung in unserer publizistischen Arbeit besitzt die Analyse und Bekämpfung pseudomarxistischer und antisozialistischer Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung und linker Parteien,

die nicht zu ihr gehören. Dabei müssen wir die Auseinandersetzung so führen, daß auf keinen Fall treue und ehrliche Mitstreiter das Gefühl bekommen, die Polemik richte sich auch gegen sie. Wir fühlen uns mit den Genossinnen und Genossen, die auf klassenkämpferischen und revolutionären Positionen stehen, trotz der Kritik an dieser oder jener Parteiführungsentscheidung fest verbunden.

Wir haben nicht die Vorstellung, uns auf dem Olymp des Wissens und der Weisheit zu befinden und gewissermaßen vom hohen Schiedsrichterturm aus gute und schlechte Noten zu verteilen. Das überlassen wir anderen. Uns geht es ausschließlich um die Verteidigung marxistischer Inhalte, vor allem in programmatischen Fragen, die über Weg und Ziel, über Erfolg und Mißerfolg entscheiden. Gerade deshalb messen wir der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, der Polemik gegen revisionistische, reformistische und linkssektiererische Auffassungen so hohe Bedeutung bei.

In den ersten Jahren haben wir – gegen den Strom der offenen Verleumdung und vorgespiegelten Geschichtsaufarbeitung ankämpfend – bisweilen zur Methode der Bausch-und-Bogen-Verteidigung gegriffen und unsere Argumente ziemlich ungedifferenziert vorgetragen. Wir stellten uns gewissermaßen breitbeinig vor die DDR und wehrten die Schläge ab. Mitunter handelten wir uns dafür den Vorwurf der Vergoldung und Verklärung ein. Inzwischen gehen wir an die Thematik differenzierter und souveräner heran. Wir stehen fest und unerschütterlich zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, wir betrachten die SED als die trotz ihrer Defizite erfolgreichste deutsche Arbeiterpartei, weichen der Auseinandersetzung mit Fehlern, Defiziten und Verzerrungen unserer Zielsetzung aber nicht aus, sondern bemühen uns um eine dialektische Sicht.

Unser Motto kann nicht heißen: „Viel Feind, viel Ehr“, sondern: Einheit aller, die man für sozialistische Ziele gewinnen und zusammenschließen kann.

Alss die junge DDR der ersten Konterrevolution trotzte

1953 – ein schwieriges Jahr

Es liegt jetzt ein halbes Jahrhundert zurück, aber die Dramatik der Ereignisse des Jahres 1953 hält nach wie vor alle, die diese Zeit bewußt erlebten, in ihrem Bann. Natürlich gibt es sehr verschiedene Auffassungen dazu.

Die DDR war Anfang 1953 etwas über drei Jahre alt, entstand sie doch erst im Oktober 1949 – nach der Abspaltung des Bonner Staates vom deutschen Nationalverband. Hartnäckig hatten die Westmächte und ihre westdeutschen Vasallen alle auf die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag gerichteten Vorschläge der UdSSR und der DDR abgelehnt. 1952 war von der II. Parteikonferenz der SED beschlossen worden, mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beginnen. Übrigens – ohne im Streben nach Einheit und gerechtem Frieden, wie damals formuliert wurde, nachzulassen. Zu Jahresbeginn 1953 lag der Anteil des volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaftssektors am gesellschaftlichen Gesamtprodukt der DDR bei 65,8 %, die Bruttoproduktion war gegenüber 1950 auf 139 % gestiegen, die ersten LPG entwickelten sich, die Lebenshaltungskosten für die mittlere Einkommensgruppe – der Durchschnittsverdienst betrug 300 DM der Deutschen Notenbank – waren im gleichen Zeitraum auf 72,4 % gesunken. Die Rationierung von Textilien und Schuhen wurde aufgehoben. Die Zwickauer Steinkohlekumpel und die Berliner Elektroapparatebauer riefen erstmals zum sozialistischen Wettbewerb auf. Die Grundsteine zum Neuaufbau Rostocks und zum Wiederaufbau des Dresdner Stadtzentrums wurden gelegt, die ersten Wohnungen in der Berliner Stalinallee bezogen.

In Westdeutschland wandten sich über 15 Millionen Menschen gegen den Generalvertrag und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), also gegen die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus; beide Verträge wurden vom Bundestag ratifiziert, wenn auch die EVG nicht zustande kam. USA-Au-

ßenminister John Foster Dulles forderte die „militärische Lösung des deutschen Problems“. Das Pentagon plante den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln und rüstete US-Truppen in Westdeutschland mit Atomgeschützen aus. Das Amt Blank – Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums – stellte faschistische Generale und Stabsoffiziere an die Spitze der westdeutschen Streitkräfte. Bei Landsmannschafts- und Soldatentreffen überschlug sich die chauvinistische Hetze. Der Bonner „Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung“ plante den „Tag X“. Westberlins Bürgermeister Ernst Reuter unterbrach den Straßenbahnverkehr zwischen beiden Teilen Berlins. Westdeutsche Agenten suchten Reichsbahn und Kraftverkehr zu desorganisieren, stahlen Patente, warben Spezialisten ab, fälschten Weisungen an volkseigene Betriebe und schlichen sich in eine Offiziersschule der Volkspolizei ein.

Für die noch schwache DDR entstand eine schwierige Situation, zumal in der Führung der Sowjetunion nach Stalins Tod scharfe Auseinandersetzungen über die künftige Deutschlandpolitik der UdSSR stattfanden. Bei dem Bemühen, den sozialistischen Staat schneller zu festigen, den Aufbau besonders der Schwerindustrie zu forcieren und die Landesverteidigung zu stärken, unterliefen der DDR-Führung schwerwiegende Fehler. So richtig der Feldzug für strenge Sparsamkeit zur Erhöhung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe begann – seine Losung lautete „Spare mit jeder Minute, jedem Gramm und jedem Pfennig!“ –, so sehr rächte sich die „revolutionäre Ungeduld“, die in Beschlüssen des Ministerrates zum Ausdruck kam. Insbesondere die 10prozentige allgemeine Normerhöhung sowie weitere Maßnahmen, die auf eine Einschränkung des Lebensstandards hinausliefen, machten böses Blut. Am 9. Juni beschloß das Politbüro deshalb, den Plan zur Entwicklung der Schwerindustrie zu korrigieren, mehr Mittel für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen bereitzustellen und Maßnahmen, die sich ungünstig ausgewirkt hatten, rückgängig zu machen. Am 16. Juni erklärte das Politbüro die administrative Normerhöhung für falsch.

Was geschah? Die herrschenden Kreise in Westdeutschland befürchteten nach der Fehlerkorrektur durch die Partei- und Staatsführung, negative Stimmungen in der Bevölkerung der DDR nicht mehr lange ausnutzen zu können. Deshalb beschleunigten sie ihren Angriff. Vertreter der in der DDR enteigneten Konzerne erteilten Order, Aktien ihrer ehemaligen Betriebe aufzukaufen. Die Börsen verzeichneten auf einmal einen Boom für „Ostwerte“. Um die Durchführung der DDR-Beschlüsse zu vereiteln, wurde der seit langem vorbereitete „Tag X“ ausgelöst. Der Direktor der CIA, Allen Dulles, und die Leiterin der Ab-

teilung für deutsche Angelegenheiten im USA-Außenministerium, seine Schwester Eleanor Dulles, trafen in Westberlin ein. Dortige Rundfunkstationen übernahmen die direkte Anleitung zu Streiks, Plünderungen, Brandstiftung und Mordhetze gegen Partei- und Staatsfunktionäre.

Daß es am 17. Juni zu Arbeitsniederlegungen und anderen Unmutsbekundungen kam, ist zweifellos der Tatsache geschuldet, daß Provokateure die vorhandene Unzufriedenheit nutzen konnten. Aber das darf nicht über den Charakter der Ereignisse hinwegtäuschen. Es handelte sich – egal, was heute darüber in Koalitionspapieren von SPD und PDS geschrieben wird – um einen konterrevolutionären, nämlich gegen die sozialistische Entwicklung der DDR gerichteten Putschversuch.

Auch wenn in Berlin und weiteren Städten Streiks und Ansammlungen stattfanden, blieb der vom RIAS propagierte Generalstreik aus. In den sozialistischen Großbetrieben wurden die Provokateure mehrheitlich zurückgewiesen. Die Sowjetarmee stand fest an der Seite der jungen DDR-Schutz- und Sicherheitsorgane. Mancherorts bildeten sich Arbeiterwehren unter Führung von Betriebsparteiorganisationen der SED, im Juli formierten sich bereits die ersten Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

Nach einer Analyse der Lage beschloß die 15. Tagung des ZK der SED den neuen Kurs der Partei. Sie bestätigte die auf den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR, die Erhaltung des Friedens und die demokratische Einheit Deutschlands gerichtete Generallinie. Im Ergebnis von Verhandlungen mit der UdSSR konnten die Reparationsleistungen für die Sowjetunion beendet werden, die immerhin pro Einwohner der DDR das 13fache der den westdeutschen Bürgern abverlangten Lieferungen ausmachten.

Die Pläne des Imperialismus gingen nicht auf. Die Abschlußbilanz 1953 wies in der DDR 569 vier Kriegsende neu errichtete und 499 wiederhergestellte Betriebe aus. Es gab Erfolge bei der Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis. Die Arbeitsproduktivität stieg in der sozialistischen Industrie auf 136 %, die Industrieproduktion auf 176 %, das Nationaleinkommen auf 150 % – alles im Vergleich zu 1950. In der Landwirtschaft näherten sich die Hektarerträge dem Vorkriegsstand oder überstiegen diesen sogar. Die Zahl der einklassigen Dorfschulen sank von über 4 000 im Jahr 1946 auf 122. Der FDGB vergab Ferienreisen an über 594 000 Urlauber.

Das Wichtigste aber: Die Verbindungen der Partei mit der Arbeiterklasse, den Bauern und der werktätigen Intelligenz konnten nach dieser ernstesten Zerreißprobe gefestigt werden. Solange das so blieb, gab es gute Voraussetzungen für die weitere sozialistische Entwicklung der DDR.

Ernst Heinz

Am 17. Dezember 2002 starb erst 51jährig unser Vereinsmitglied, der Drucker und langjährige Kämpfer für die sozialistisch-kommunistische Sache

Andreas Habermann

Wir gedenken seiner mit Respekt.

Vereinsvorstand
und Chefredaktion
des „RotFuchs“

Ein Artikel, der seinerzeit für lebhaft Debatten sorgte

Hatte Anton Ackermann recht? (2 und Schluß)

Wir veröffentlichen im folgenden weitere Auszüge aus einem damals heftig umstrittenen und lebhaft diskutierten Beitrag von Anton Ackermann, der Anfang 1946 in Nr. 1 der Zeitschrift „Einheit“ erschien. Er trug die Überschrift „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“. Gegen Genossen Ackermann, Mitglied des ZK der KPD und später des PV der SED, wurde aufgrund des Artikels der Vorwurf nationalistischer und rechter Abweichungen erhoben. Wir lassen die Leser urteilen.

Was darzulegen ich mich vor allem bemühte, das ist der Nachweis, daß auf gar keinen Fall das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus durch den Aufbau von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die Beschränkung nur auf das Mittel des allgemeinen Wahlrechts den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus darstellen kann. Diese Auffassung wurde bereits von Marx und Engels theoretisch gründlich widerlegt und nicht minder praktisch durch die Tatsachen der nachfolgenden Entwicklung; besonders bei uns in Deutschland.

Es ist also an der Zeit, diese „Theorie“ zum alten Eisen zu werfen und endlich auf die Wiederholung längst widerlegter Irrtümer zu verzichten.

Marx verneinte nicht die Möglichkeit, unter besonderen Umständen auch ohne Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie auszukommen; allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich das bürgerlich-demokratische Regime nicht auf Militarismus und reaktionäre Bürokratie stützen kann. Lenin führte in „Staat und Revolution“ den Nachweis, daß sich mit dem Übergang zum Imperialismus auch in England und den Vereinigten Staaten Militarismus und Bürokratismus üppig entwickelten, womit die (von Marx und Engels konstatierten – R. F.) besonderen Bedingungen für diese beiden Länder weggefallen waren. Das schließt aber nicht aus, daß in besonderen Fällen und unter ganz spezifischen Voraussetzungen etwas ähnliches in irgendeinem anderen Lande eintreten könnte: ein bürgerlich-kapitalistisches Land ohne den Gewaltapparat des Militarismus und der Staatsbürokratie.

Der Übergang ist dann auf relativ friedlichem Wege möglich, wenn die Klasse der Bourgeoisie durch besondere Umstände nicht über den militaristischen und bürokratischen staatlichen Gewaltapparat verfügt.

Gehen wir nun, mit diesen historischen Erfahrungen ausgerüstet, zu den gegenwärtigen grundlegenden Verhältnissen in Deutschland über. Zweifellos haben wir es derzeit in jeder Beziehung mit ganz außergewöhnlichen Umständen zu tun, die keinen Vergleich mit irgendeiner Situation in irgendeinem anderen Lande zu irgendeiner anderen Zeit zulassen.



Unser Verhängnis ist es, daß das Hitlerregime nicht durch eine revolutionäre, antifaschistisch-demokratische Umwälzung von innen her aus den Angeln gehoben wurde. Aber die reaktionäre Staatsmaschinerie ist trotzdem weitgehend zerschlagen; nämlich durch die Gewalt der stärkeren Waffen der Alliierten bzw. durch die Maßnahmen der alliierten Kontrollbehörden nach der Besetzung Deutschlands. Der reaktionäre preußisch-deutsche Militarismus soll laut den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz bis auf den letzten Rest liquidiert werden. Dem deutschen Volk ist die Möglichkeit zugesichert, ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen.

Entwickelt sich der demokratische Staat als ein neues Gewaltinstrument in den Händen reaktionärer Kräfte, so ist der friedliche Übergang zur sozialistischen Umgestaltung unmöglich. Entwickelt sich aber die antifaschistisch-demokratische Republik als ein Staat aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg zum Sozialismus durchaus möglich, insofern dann die Gewaltanwendung gegen den Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht unmöglich ist.

Die Frage nach einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ist infolgedessen weniger eine theoretische Frage, als die der praktischen Politik, d. h., es ist die Frage, ob die deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit allen fortschrittlichen Schichten des schaffenden Volkes den entscheidenden Einfluß auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands gewinnt oder nicht.

Positiv ist, daß in großen Teilen Deutschlands die Entnazifizierung des Verwaltungsapparates konsequent durchgeführt wird und neue Kräfte aus dem schaffenden Volk entscheidende Positionen innehaben. Negativ ist, daß anderwärts diese Erneuerung des Verwaltungsapparates zu wünschen übrig läßt und reaktionäre, ja sogar zum Teil nazistische Elemente an einflußreichen Stellen geblieben sind.

Unerhört positiv wirken sich solche konsequenten Maßnahmen wie die demokratische Bodenreform oder die Zerschlagung der Trusts, Konzerne und Banksyndikate aus, weil damit den reaktionären und imperialistischen Kräften die ökonomische Basis entzogen wird. Aber ebenso negativ wirkt sich das Weiterbestehen eines Teils dieser Basis aus, weil damit die Entwicklung unvermeidlich in eine bestimmte Bahn gedrängt wird. Denn wir Marxisten wissen, daß auf einen längeren Zeitraum gesehen die ökonomisch herrschende Klasse auch zur politisch herrschenden Klasse werden muß.

Das Positivste ist die Tatsache einer festen Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in weiten Gebieten des Landes, vor allem der wachsende Drang zur Schaffung der Einheitspartei der Arbeiter. Nur die Vereinigung der KPD und der SPD und damit das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus auf eine Millionenschar aktiver Mitstreiter kann die Garantie schaffen, daß nicht das reaktionäre Großbürgertum, sondern die Arbeiterschaft und das werktätige Volk den Gang der Entwicklung bestimmen.

Im Oktober 1916 brachte Lenin in dem Artikel „Eine Karikatur auf den Marxismus“ außerordentlich tiefe Gedanken über die Besonderheit der Entwicklung in jedem Lande zum Ausdruck: „Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber sie werden dahin nicht auf ganz dem gleichen Wege gelangen, jedes wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens seine Eigenart verleihen. Nichts wäre theoretisch kläglicher und praktisch lächerlicher als ‚im Namen des historischen Materialismus‘ in dieser Hinsicht ein Zukunftsbild in monotonem Grau zu malen.“

In diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen. Alles hängt von den subjektiven Faktoren, d. h. in erster Linie von dem Grad der Reife, der Entschlossenheit und der Einheit der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen ab. Möge uns hier die Zeit auf der Höhe der Aufgaben finden! Dann wird der besondere deutsche Weg zum Sozialismus ein relativ leichter und friedlicher sein können.

(Von der Redaktion gekürzt)

Dem Rechtswesen der BRD um eine Epoche voraus

War die DDR-Justiz demokratisch? (4)

Die voranschreitende Demokratisierung der DDR-Justiz drückte sich nicht allein in der Organisation, Struktur und Arbeitsweise der Rechtspflegeorgane aus. Die SED richtete ihr Augenmerk zugleich darauf, formalistische, schematische und undifferenzierte Praktiken, namentlich in der Anwendung von Strafen, zu überwinden. So wurde schon in den frühen fünfziger Jahren nachdrücklich gegen realitätsferne Rechtsvorstellungen vorgegangen, die zum Teil auch aus Einflüssen aus der Sowjetunion sowie aus fehlerhaften Auffassungen über den Klassencharakter des neuen Rechts und die sich daraus ergebenden Aufgaben herrührten. Hier sind die Beschlüsse des ZK der SED vom Juni 1953 über den „Neuen Kurs“ ebenso zu nennen wie die neue Strafrechtspolitik, die auch in der Gesetzgebung ihren Niederschlag fand. So wurde mit der umfassenden Einführung von Strafen ohne Freiheitsentzug (Verurteilung auf Bewährung, öffentlicher Tadel, Geldstrafen) durch das am 1. Januar 1958 in Kraft getretene Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ein wichtiger Schritt in dieser Richtung getan. Eine differenzierte Bewertung von individuellen Straftaten und ihrer Täter nach dem Grad ihrer Schuld unter sorgfältiger Beachtung der Ursachen, Umstände und Auswirkungen des Einzelfalles ist bei Wahrung der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz Ausdruck demokratischer Verfaßtheit eines Staates.

Die DDR-Justiz beschritt diesen Weg mit Konsequenz. In der Gerichtspraxis wurden in wachsender Zahl Strafen ohne Freiheitsentzug anstelle von Freiheitsstrafen ausgesprochen. Soweit ich mich erinnere, geschah das bei 60 bis 70 Prozent aller gerichtlich verurteilten Straftäter, abzüglich also derer, die sich vor gesellschaftlichen Gerichten hatten verantworten müssen. Anders herum: Nur etwa jeder vierte bekanntgewordene Straftäter wurde zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Prozentzahlen allein sagen wenig aus. DDR-Bürger werden sich erinnern, daß vor allem solche Täter, die Gewaltverbrechen und andere schwere Straftaten begangen hatten, entsprechend den geltenden Gesetzen sehr schnell und entsprechend dem Grad ihrer Schuld auch streng bestraft wurden. Für die öffentliche Ordnung und das allgemeine Sicherheitsgefühl war diese Praxis ebenso wohltuend wie das weitgehende Absehen von Freiheitsstrafen in übrigen Fällen. Sie entsprach auch dem Verständnis der Bürger über Gerechtigkeit.

Eine weitere bedeutsame Etappe wurde mit dem Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. April 1961 „Über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege“ eingeleitet. Fußend auf der gründlichen Analyse des erreichten Standes in der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie vom VI.

Parteitag der SED vorgenommen wurde, gestaltete dieser Erlaß die Generallinie für die Rechtspolitik der Partei in der sozialistischen Gesellschaft und die sich daraus für die Praxis der Justizorgane ergebenden Aufgaben rechtsverbindlich. Sie lief eindeutig auf die weitere Entwicklung und Vervollkommnung demokratischer Elemente auf diesem wichtigen Feld staatlicher Tätigkeit hinaus, sah deshalb vornehmlich auch eine Erhöhung der Autorität der gesellschaftlichen Gerichte sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen und den Rechtspflegeorganen bei der Festigung der Gesetzlichkeit und Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit vor.

Ich erinnere mich gut, auf welch lebhaftes Interesse die Berichte der Richter und Staatsanwälte über die Entwicklung der Rechtsverletzungen im jeweiligen Territorium und die dafür festgestellten Ursachen bei den Abgeordneten stießen. Solche Berichterstattungen befriedigten nicht ein abstraktes Informationsbedürfnis; sie lösten in zahlreichen Fällen konkrete Maßnahmen der örtlichen Staatsorgane und ganze Programme zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit aus, in deren Umsetzung zahlreiche Bürger und ihre Kollektive einbezogen werden konnten. Darin flossen die Erfahrungen aus der Tätigkeit der Justizorgane ein, ohne daß es zu einer Verwischung von Verantwortung kam. Die Programme dienten vielmehr als Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen aller staatlichen Organe, Betriebe und Genossenschaften in ihren Verantwortungsbereichen, um Rechtsverletzungen Schritt für Schritt und mit vereinten Kräften aus dem gesellschaftlichen Alltag zu verdrängen. Der Kreistag in Quedlinburg spielte dabei in den Jahren 1966/67 eine Vorreiterrolle. Manche Skeptiker belächelten spöttisch dieses erste „Kriminalitätsvorbeugungsprogramm“. Dessen positive Resultate ließen sie aber bald verstummen und selbst nach Wegen suchen, das für die ganze Gesellschaft aktuelle Problem anzugehen.

Dr. jur. Hans Kaiser

**Herzlich gratulieren Vereinsvorstand
und Chefredaktion dem
antifaschistischen Widerstandskämpfer,
gestandenen Kommunisten und
unbeirraren Marxisten-Leninisten**

Willi Belz
aus
Kassel

der am 7. März 2003
sein 88. Lebensjahr vollendet



J. W. Stalin, am 21. Dezember 1879 geboren und am 5. März 1953 gestorben, gehört zur Geschichte des Kommunismus. Im Guten wie im Bösen: als Baumeister der Sowjetunion, deren unvergleichlicher Aufstieg und heldenhafter Kampf gegen die Hitlerfaschisten unter seiner Führung geschah, als Gewaltherrscher, der mit unsäglicher Härte die politische Linie, deren Repräsentant er war, durchsetzte und tatsächliche Opposition und vermeintliche Abweichung unterdrückte. In Stalin verkörperten sich die Widersprüche des jungen Sozialismus. Nur im Erkennen dieser Widersprüche begreifen wir die Gestalt Stalin, dem auch seine erbittertsten Feinde historische Größe nicht absprechen.

Als Stalin starb, weinten die Menschen auf den Straßen. Nicht nur in Moskau, auch in Paris. Es war die Generation, für die die Sowjetunion, mit Stalin an der Spitze, Hoffnung und Stütze im Kampf gegen den Faschismus gewesen war. Die Stabilität der Sowjetunion hatte für sie Priorität, für diese Stabilität stand Stalin. Eine spätere Generation, die dieser Bedrohung nicht mehr ausgesetzt war, konnte und mußte andere Maßstäbe setzen. Daß auf dem Weg zur Stabilisierung nicht nur Opfer gebracht werden mußten, sondern auch zahllose Verbrechen begangen wurden, ließ sich nicht einfach mehr mit der Berufung auf die Unausweichlichkeit der Parteinahme gegen den Faschismus und für den Sozialismus zur Seite schieben. Historische Erklärungen für Unrechthandlungen erledigen ja nicht die Frage der politischen Ethik; sie lassen nur deren Realisierungsbedingungen erkennen. Aus der Erkenntnis historischer Umstände, nicht aus moralischen Appellen erwächst die politische Fähigkeit, in der Zukunft Fehlentwicklungen vermeiden zu können. Die historisch-kritische Auseinandersetzung mit der Aufbauphase der Sowjetunion, die mit dem Namen Stalins verbunden ist und bleibt, ist ein notwendiges Stück unserer Parteigeschichte, d. h. unseres politischen Selbstverständnisses. Verklärung wie Verdammung wären beide Verdrängung und Verzicht auf die historisch-materialistische Methode, die wir auch auf unsere eigene Geschichte anwenden müssen. Dabei geht es nicht um „Fehler“, die in jedem politischen Prozeß gemacht werden, sondern um grundsätzliche Richtungsentscheidungen und um Gründe für Entartungen sozialistischer Demokratie. Zur Zeit der Oktoberrevolution war Rußland ein Bauernland mit einer nur schwach entwickelten industriellen Produktion. Die Mehrheit der Bevölkerung war noch nicht alphabetisiert. Die Eigentumsverhältnisse auf dem Lande waren durch feudalen und großbäuerlichen Grundbesitz geprägt. Mit der Zerschlagung der Feudalherrschaften im Zuge der Revolution ent-

Vor 50 Jahren starb der sowjetische Parteiführer und Staatsmann J. W. Stalin

In schwerer Zeit

standen zahllose Kleinbetriebe, die keine ausreichende Versorgung der Bevölkerung gewährleisten konnten.

So stellten sich für den Aufbau einer sozialistischen Volkswirtschaft drei zentrale Probleme: Technische Entwicklung und beschleunigte Entwicklung industrieller Kapazitäten, die zügigen Ausbau der Investitionen, steigenden Lebensstandard und die Verteidigung des Staates gegen ausländische Interventionen ermöglichen; Kollektivierung der Landwirtschaft, um leistungsfähige Agrarbetriebe zu schaffen; Aufbau eines Bildungssystems, das die Massen auf die Anforderungen moderner Produktion vorbereitete.

Die Größe der Sowjetunion, der regional sehr unterschiedliche Entwicklungsstand und die auf die Zerstörung der Sowjetmacht gerichteten wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen des kapitalistischen Auslands machten eine straffe zentrale Planung der Volkswirtschaft unerlässlich. Sollte eine vernünftige und solidarische, d. h. sozialistische Entwicklung des Ganzen garantiert werden, mußten Egoismen und Sonderinteressen nachhaltig bekämpft werden. Insbesondere in der Landwirtschaft waren zugleich nach zwei Seiten Veränderungen durchzusetzen: Die armen Bauern, die gerade erst zu Eigentümern kleiner Anwesen geworden waren, galt es in effizientere Einheiten zu integrieren; und die Herrschaft der Großbauern, die auf den Vorrechten des Besitzes beharren, mußte gebrochen werden. Der Sieg des Sozialismus war aufs engste mit der Herausbildung neuer Klassenverhältnisse auf dem Lande verknüpft. Das hatte schon Lenin erkannt, der der Bauernfrage größtes Gewicht beimaß.

Diese drei Hauptaufgaben – Industrialisierung, Veränderung der Klassenverhältnisse auf dem Lande, Aufbau des Schul- und Bildungswesens – wurden in der kurzen Zeit zwischen 1925 und dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 in erstaunlicher Weise bewältigt. Die grundsätzlichen Entscheidungen, die in dieser Zeit von Stalin und seinen Mitarbeitern in der Partei getroffen wurden, sind, meine ich, richtig gewesen und haben die Bewährungsprobe bestanden, als die Sowjetunion im 2. Weltkrieg dem Angriff widerstehen und die Hauptlast der Niederwerfung des deutschen Faschismus tragen konnte, ja sogar gestärkt als zweite Weltmacht aus diesem Kampf auf Leben und Tod hervorging. Es ist kaum vorstellbar, daß mit den alternativen Konzepten, sei es Trotzki, Sinowjew oder Bucharins, das gleiche Ergebnis erreicht worden und die Sowjetunion überlebensfähig geblieben wäre.

Diese Leistung Stalins – und Stalin steht dabei für die große Masse des Sowjetvolkes – bestimmt den Charakter der ersten dreißig Jahre der Sowjetgesellschaft. Die theoretische und politische Konsequenz,



graphics:
Northstar Compass

mit der Stalin die Grundzüge des Aufbaus des Sozialismus durchgehalten hat, trug wesentlich dazu bei, daß sich nach 1945 im Gleichgewicht zwischen den Gesellschaftssystemen eine, wenn auch labile und immer wieder von imperialistischen Aggressionen gestörte, Weltfriedensordnung erhalten hat und nationale und soziale Befreiungskämpfe erfolgreich sein konnten.

Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft konnte nicht ohne harte Klassenauseinandersetzungen vorangetrieben werden. Stalin hatte richtig vorausgesagt, daß sich der Klassenkampf nach dem Sieg des Sozialismus in einem Lande verschärfen würde. Die Gegensätze reichten bis in die Partei hinein, zumal diese nach der Revolution zahlreiche neue Mitglieder aufgenommen hatte, denen es an politischer Erfahrung und ideologischer Schulung mangelte. Dazu kam die wachsende Bedrohung durch die imperialistischen Mächte. Die Sowjetunion befand sich sozusagen in einem dauernden Belagerungszustand. In dieser Lage gefährdeten Richtungskämpfe in der Partei in der Tat die Existenz der jungen sozialistischen Gesellschaft. In anhaltend gespannter Situation gelang es nicht, eine demokratische innere Front zur Verteidigung des Sozialismus zu errichten, obwohl die große Mehrheit des Volkes der sozialistischen Gesellschaft positiv gegenüberstand. Die Besonderheiten der russischen Geschichte wirkten nach: das Fehlen einer Epoche bürgerlicher Demo-

kratie und Aufklärung, die Übernahme von Methoden des ehemals zaristischen Verwaltungsapparates mit seinen polizeistaatlichen Traditionen, die Erinnerung an den Terror der gerade erst zurückgeschlagenen konterrevolutionären Interventionsarmeen. So verselbständigten sich die Staatsorgane zu Unterdrückungsmechanismen, die ihre Macht in einer Atmosphäre von Mißtrauen, Denunziation und Willkür ausübten.

Stalin ist nicht der Urheber dieses Systems gewesen, dessen Wurzeln weit in die vorsozialistische Zeit zurückreichen. Er hat sich seiner aber bedient und dabei zahllose unschuldige Opfer und überflüssige Härten in Kauf genommen. Revolutionäre Umbrüche sind in der Geschichte stets mit Verletzung der Rechtsordnung und mit Gewalttaten verbunden gewesen, doch meist in relativ kurzen Zeiträumen. Die Verlängerung der repressiven Phase der Revolution über zwei Jahrzehnte hinweg hat der Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, in der den Bürgern eine aktive, selbstverantwortliche Rolle bei der Gestaltung der Politik zufällt, schwer geschadet.

Stalin ist sich dieser Problematik zweifellos bewußt gewesen. Auf dem Höhepunkt seiner Machtkonzentration hat er der Sowjetunion eine Verfassung gegeben, die die Konturen einer sozialistischen Demokratie entwirft und den Staat auf den Weg zu einer Assoziation freier Bürger bringen soll. Diese Verfassung ist ein Programm. Es setzt die Erfolge der Wirtschafts- und Bildungspolitik voraus, von ihnen her sollte nun politisch weitergebaut werden.

Der Ausbruch des 2. Weltkrieges durchkreuzte die Umsetzung dieses Programms; und am Ende des Krieges, der immense Zerstörungen angerichtet hatte, trat die Sowjetunion erst noch einmal wie nach 1919 in eine Wiederaufbauphase ein. Ehe der Übergang zur Normalisierung vollendet war, starb Stalin.

Seine Amtszeit fällt zusammen mit der denkbar schwersten Periode, die eine im Aufbau begriffene neue Gesellschaft durchleben kann. Sein Name symbolisiert den Willen der Sowjetbürger, durchzuhalten und voranzuschreiten. Stalins Vermächtnis – von den Nachfolgern kaum mehr wahrgenommen – waren die beiden Schriften „Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft“ und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, in denen die Anstöße zur Lösung von doktrinen Verkrampfungen und von bürokratischen Erstarrungen gegeben wurden. Auch dieser Zug gehört zu dem Bild, das wir uns von Stalin zu machen haben.

Prof. Dr. Hans Heinz Holz

(Dieser Artikel erschien am 17. Dezember 1999 unter der Überschrift „Verkörperung der Widersprüche“ in der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“)

PDS: Sozialistischer Neuanfang oder Auslaufmodell

Plädoyer für einen „Geraer Dialog“

Trotz aller „pluralistischen“ Meinungsvielfalt, die – bis hin zu scharfer Kontroverse – das Bild der PDS bestimmen mag, besteht in einer Frage gegenwärtig Übereinstimmung: ob Marxistisches Forum oder Kommunistische Plattform auf der Linken, ob „gestaltungsoppositionelle Reformer“ im Zentrum oder die fundamentalopportunistische Parteirechte (die sich irreführend als „Reformlinke“ ausgibt) – sie alle sehen die PDS in einer schweren Existenzkrise. Fürchten die einen, daß ihre Partei zum „Auslaufmodell“ werde, warnen andere vor der Gefahr, daß sich das „Projekt PDS erledigt“, wenn, ja wenn ...

Doch dann tritt schon wieder in aller Schärfe die Gegensätzlichkeit der Positionen zutage, wie sie die verschiedenen Flügel und Gruppierungen innerhalb dieser Partei trennt. Entsprechend unterschiedlich fallen die Antworten auf die Frage nach den Ursachen der Krise wie nach Wegen zu deren Überwindung aus.

Diese innerparteilichen Widersprüche, oft durch sogenannte Formelkompromisse nach außen „gedeckt“, waren jedoch schon immer vorhanden: Flügelkämpfe, bei denen es stets um grundlegenden Richtungsstreit ging. Der spitzte sich infolge des Desasters der PDS bei der Bundestagswahl 2002 krass zu. Der immense Vertrauensverlust, wie ihn die bisherige Politik der Parteispitze bei den Wählern (und nicht zuletzt auch in der eigenen Mitgliedschaft!) bewirkte, signalisiert dringenden politischen Korrekturbedarf.

Der Geraer Parteitag zeigte, daß die PDS sowohl über die erforderliche Korrekturbereitschaft wie über Kräfte verfügt, um diese Politik umzusetzen. Aus einer ungeschminkten Bilanz des Tolerierens und Koalierens zogen die Delegierten mit Zweidrittelmehrheit (!) erste Schlüsse: Die

PDS habe in gleichem Maße an Ansehen und Unterstützung eingebüßt, in dem sie ihr sozialistisches Profil verlor und einem sozialdemokratischen Duplikat immer ähnlicher wurde. Als „Beliebigkeitspartei“ nicht mehr unverwechselbar und ohne eine wirkliche Alternative zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu vertreten, würde sie sich selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilen. Deshalb verband der Parteitag die Absage an den ruinösen Anpassungskurs des „Ankommens“ im kapitalistischen System mit der klaren Aussage: „Kein Friede mit dieser Gesellschaft!“ (So die Parteivorsitzende in einer Grundsatzrede, die ihr die Wiederwahl sicherte.)

Diese ersten wichtigen Schritte zu einem inhaltlichen Neuanfang wurden durch personelle Entscheidungen ergänzt: Einige bisherige Inhaber des selbst angemessenen Monopols auf Deutungshoheit über die Geschichte (von DDR und SED) und über die Merkmale eines „modernen Sozialismus“ verloren ihre Parteiämter.

Ein Anfang für eine sozialistische Erneuerung der Partei war damit gemacht, der Ansatz zur Überwindung ihrer Krise vielversprechend. Nur: Was geschah in den viereinhalb Monaten seitdem?

In ihrem „Plädoyer für einen ‚Geraer Dialog‘“ gaben unlängst 126 Mitglieder und Sympathisanten der PDS (unter ihnen 18 Delegierte des Geraer Parteitages, 2 Landtagsabgeordnete und weitere 15 PDS-Mandatsträger) eine ernüchternde wie alarmierende Antwort: Der neue Parteivorstand verhalte sich ausgesprochen lustlos, was die Umsetzung der Geraer Beschlüsse betreffe. Statt die von ihnen ausgehende Chance für einen sozialistischen Neuanfang tatsächlich wahrzunehmen, befasse sich die Parteispitze vorrangig mit innerparteilichem Kleinkrieg. Jenen, die für den Anpassungskurs und damit für den Weg der PDS ins politische Aus stehen, werde – auch durch die Parteivorsitzende – wieder nachgegeben. Die abgewählte Parteirechte erfahre Stärkung, es bestehe die akute Gefahr, daß die in Gera durchgesetzte Neuorientierung umgekehrt, die Beschlüsse dieses Parteitages hintertrieben würden.

In der Tat: Gelänge es der Parteirechten um Gysi, Brie, Bartsch, Pau, Löttsch, Wolf, Liebig u. a., die PDS abermals auf ihren Kurs festzulegen, würde die Partei endgültig jeglicher sozialistischen Identität beraubt. Das aber käme ihrem Ende gleich. Um diese verhängnisvolle „Dynamik nach rechts“ zu stoppen, wenden sich die Initiatoren mit ihrem Plädoyer an „alle diejenigen in der PDS, die bereit sind, den sozialistischen Charakter der Partei zu verteidigen“.

Es liegt zweifellos im Interesse der gesamten Linken, ob parteigebunden oder parteilos, daß diese vorwärtsweisende Initiative in der PDS-Mitgliedschaft brei-

te Resonanz und aktive Unterstützung erfährt. Allerdings: Vom Parteivorstand ist dabei offensichtlich keine Hilfe zu erwarten. Der reagiert mit hartnäckigem Schweigen auf das „Plädoyer“ und gibt damit zu verstehen, daß ihm „die ganze Richtung nicht paßt“. Auch „Neues Deutschland“ befließigt sich dieser Taktik und festigt so seinen Ruf, Zentralorgan der Parteirechten zu sein. (Den Wortlaut des Dokuments veröffentlichte allein die „junge Welt“ in ihrer Ausgabe vom 10. Januar 2003.)

Um so umtriebiger gibt sich die rechte „Reformlinke“. Mitte Januar trafen sich deren Wortführer in Berlin, um ihr weiteres Vorgehen nach dem Geraer Parteitag, den „dieser Flügel als Niederlage erlebte“, abzustimmen. Wie dem ND entnommen werden konnte, waren sich die Anwesenden darin einig, daß die gegenwärtige PDS-Spitze, die im Zuge weiteren Zurückweichens gerade Rechtsaußen André Brie zum Wahlkampfleiter für 2004 berufen hat, eine „Fehlbesetzung“ sei. Bei ihrer „Suche nach Wegen zu einer neuen PDS“ hoffen die Rechten zwar „auf baldige Änderung der Mehrheiten in der Partei“, gestehen jedoch ein, daß ihr Konzept in der PDS „derzeit nicht mehrheitsfähig ist“.

Genau dieses Erkenntnis sollte denen in der PDS, die das sozialistische Profil ihrer Partei erhalten oder wiederherstellen wollen, Ansporn sein. Sie können nur Erfolg haben, wenn das bei der Basis überwiegende sozialistische Potential mobilisiert wird und zur Aktion übergeht.

Dieses Erfordernis stellt sich übrigens nicht zum ersten Mal. Bereits vor sechs Jahren, nach dem Schweriner Parteitag, brachte Prof. Hanfried Müller in den „Weißenseer Blättern“ seine Sorge zum Ausdruck: „... um die PDS nicht zu schwächen, scheut die Parteibasis den Kampf um deren antiimperialistischen Charakter, während die Brie-Fraktion von dieser Scheu lebt und weiterhin ... versucht, die Partei in eine systemkonforme Partei zu verwandeln.“ Und auf die Frage, wie man „die PDS an ihrem selbstmörderischen Opportunismus hindern könne, ohne sie umzubringen“, antwortete er: „Daran kann nur die Basis die Führung der Partei hindern ...“

An solchen Warnungen hat es seitdem nicht gefehlt – wie auch im „RotFuchs“ nachzulesen war. Sie kamen – und kommen – nicht von politischen Gegnern, sondern – nicht von Freunden einer PDS, die sozialistische Partei sein will. Daß solchen Warnungen zu wenig Gehör geschenkt, den rechten „Modernisierern“ hingegen die Kursbestimmung weitgehend überlassen wurde, hat die PDS nicht allein in die Wahlniederlage vom 22. September 2002, sondern in ihre Existenzkrise geführt. Den Geraer Neuanfang zu verteidigen und auszubauen, ist daher unumgänglich.

Wolfgang Clausner

Wir trauern um unser Fördervereinsmitglied, den klugen und durch nichts zu erschütternden
Kommunisten

Dr. phil. Herbert Crüger
(1911 bis 2003)

Lebensgefährtin von Mathilde
Danegger und Erika Correns,
Autor des Buches
„Ein alter Mann erzählt“.
„Tommy“ bleibt in
unserem Gedächtnis.

**Vereinsvorstand
und Chefredaktion
des „RotFuchs“**

Eine Rede Heinz Stehrs, die man so nicht stehen lassen kann

Wer polarisiert?

Die im „RotFuchs“ Nr. 60 veröffentlichten Artikel von Norbert Paulig und Konrad Strehl haben mich darin bestärkt, zur Rede des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr auf der 1. Tagung des Parteivorstandes Stellung zu nehmen. Als DKP-Mitglied fühle ich mich unmittelbar betroffen.

In dieser Rede gab H. Stehr seine „Einschätzung“ des 16. Parteitages, der Ende November/Anfang Dezember 2002 in Düsseldorf stattfand. Was er vor dem PV sagte, hat mich – ungeachtet der Zustimmung zu einigen Passagen – enttäuscht, beunruhigt und schockiert. Falls diese in den offiziellen Parteiinformationen der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Rede so unwidersprochen vom Parteivorstand gebilligt worden sein sollte, sehe ich große Schwierigkeiten für die weitere Entwicklung der DKP. Sie macht auf mich den Eindruck einer in dieser Form unzulässigen Konterattacke. Ich erinnere an Brecht: „Nicht nur, was einer sagt, sondern auch, warum und zu welchem Zweck er's sagt, sei geprüft.“ Genau das scheint mir nötig.

Als Kommunisten sehen wir uns mit der Tatsache konfrontiert, daß sich die sozialen Widersprüche verschärfen. Bei einem Teil der Werktätigen entwickelt sich politisches Bewußtsein. Die Chancen für eine Neuformierung der revolutionären Arbeiterbewegung werden größer. Darin stimme ich mit H. Stehr überein. Eine marxistische Partei mit Masseneinfluß, die auf diesen Prozeß wirklich einwirken kann, aber fehlt.

Die DKP ist in den Jahren nach 1989 dem Ziel, eine solche Partei zu werden, leider nicht näher gekommen. Die Ursachen dafür sind mannigfaltig und können hier nicht im einzelnen untersucht werden. Sie liegen aber ganz sicher nicht nur außerhalb der Partei. Ein Grund besteht wohl darin, daß die DKP nicht in der Lage war, ein den neuen Erfordernissen entsprechendes konsequent marxistisches Programm zu formulieren. Allerdings wurde in Vorbereitung des Parteitages und während seiner Beratungen Positives sichtbar. Ich meine die neue inhaltliche Qualität einiger Beiträge zur Programmdiskussion. Das war vor allem ein Verdienst zahlreicher Genossen, die sich kritisch zum „Ersten Entwurf ...“ äußerten. Besonders aber die „Gegenentwürfe“, wie H. Stehr den „Verbesserungsvorschlag“ Holz/Köbele abzuqualifizieren versuchte, trugen dazu bei. Sie offenbarten in Grundfragen ein entschieden klareres marxistisches Profil. Kein Wunder also, daß sich die meisten Parteitagsredner, die sich zu Programmfragen äußerten, darauf bezogen. Das erfuhr ich von Genossen, die teilgenommen hatten. Nach meiner Erfahrung entsprach das der Auffassung der Mehrheit der DKP-Mitglieder.

H. Stehr macht aus diesem erfreulichen Umstand aber ein Negativum und aus der Mehrheit eine Minderheit. Die beunruhigendsten Passagen seiner Rede sind jene, in denen er aus der normalen Tatsache,

daß es in einer Partei unterschiedliche Meinungen und entsprechende Debatten gibt, eine „politische Polarisierung“ und die „Verfestigung von Meinungsströmungen“ ableitet. Er spricht sogar von der Gefahr von „Machtkämpfen“ und beschwört nicht ohne Demagogie die „Erfahrungen der Vergangenheit“. Wenn Informationen stimmen, sind außerhalb des veröffentlichten Textes auf der Tagung noch schärfere Töne angeschlagen worden. Der mehrfache Bezug auf das Statut ist in diesem Kontext unschwer als Disziplinierungsabsicht zu deuten. Was sollen solche Drohungen? Die Genossen, die ihren abweichenden Beitrag formuliert haben, sind weder „Erneuerer“ noch „Linkssektierer“. Es ist schon kurios: Die Kategorie des „demokratischen Zentralismus“ wird aus den Dokumenten und dem Sprachgebrauch der Partei verbannt. Von innerparteilicher Demokratie wird zwar dauernd geredet, in der Praxis aber ein rigider Zentralismus mit dem Ziel durchgepackt, Standpunkte des Parteivorstandes der Mitgliedschaft zu dekretieren. Ich habe keine Schwierigkeiten mit notwendiger Parteidisziplin. Aber solche Methoden sind nicht zu akzeptieren. Sie erinnern eher an die Riten der Führungszirkel bürgerlicher Parteien, wo diese Formen des Umgangs mit der Basis üblich sind. In einer kommunistischen Partei haben sie nichts zu suchen.

Die Problemfelder der Meinungsverschiedenheiten sind in der Rede im wesentlichen richtig benannt. Zu einer für die weitere Entwicklung der DKP entscheidenden Frage, die auf dem Parteitag eine große Rolle spielte, aber hat H. Stehr nichts gesagt. Wie diese „abgewickelt“ wurde, empört mich zutiefst. Ich spreche ganz bewußt nicht vom Ost-West-Problem. Inhaltlich handelt es sich um eine schon fast vertane einmalige historische Chance. Sie bestand und besteht darin, wie es Hans Heinz Holz formulierte, in ein und derselben Partei „zwei revolutionäre Erfahrungsströme zusammenzuführen“: den der Kommunisten der BRD im Kampf gegen die Macht des Kapitals und den der Genossen der DDR, die vier Jahrzehnte den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden gestaltet haben. Dabei gibt es positive wie negative Seiten. Wir müssen lernen, die Vergangenheit wieder als Triebkraft zu gebrauchen, wie Johannes R. Becher forderte.

Die Verdrängung dieser Aufgabe, die bisher in keinem Dokument der DKP formuliert wurde, hat tiefere Ursachen. Mitte der 90er Jahre, als sich die im Zusammenhang mit der konterrevolutionären Beseitigung der DDR eingetretene Verwirrung und Entmutigung abschwächten und nicht wenige Kommunisten ihr Selbstvertrauen zurückgewannen, traten standhaft gebliebene Genossen aus der SED der DKP bei. Damit ergab sich eine neue innerparteiliche Situation. Ein bisher ungekannter Erfahrungsstrom veränderte die Partei. Er floß mit dem Bemühen west-

deutscher Genossen, die Existenz der DKP zu erhalten, zusammen und beeinflusste später die programmatische Debatte und die Diskussion über den Charakter der Partei. Dieser qualitativ neuen Situation zeigte sich die Führung der DKP nicht gewachsen. Sie versäumte oder besser gesagt – sie verhinderte – die Möglichkeit einer Stärkung der Partei, die sich aus diesem Ansatz hätte ergeben können. Sie lehnte das von Genossen im Osten unterbreitete Konzept einer neuen Legierung West/Ost strikt ab und verfolgte stattdessen die Linie einer formalen Übertragung von politischen Grundpositionen und Erfahrungswerten der bisher rein westdeutschen Partei auf den Osten. Der DKP könne man nur so beitreten, wie sie sei, hieß es. Das war auch eine Form des Anschlusses und der Bevormundung. Konkreter Ausdruck dieser falschen Politik war in den letzten Jahren die im Grunde ergebnislose Arbeitsweise der sogenannten Koordinierungskommission Ost unter Vorsitz von N. Hager. Die bloße Oktroyierung von Vorgaben des PV funktionierte nicht.

Was für abträgliche Methoden zur Abwertung des Wirkens ostdeutscher Genossen angewandt wurden, zeigte sich am Vorgehen gegen die bekannte DKP-Gruppe Berlin Nordost und den von ihr begründeten „RotFuchs“. Durch die von Essen ausgehenden Querelen verlor die Partei eine Reihe wertvoller Genossen. Der RF wurde aus der DKP hinausgemobbt. Nur das besonnene Reagieren einiger Beteiligter hat damals eine noch größere Austrittswelle verhindert. Die Erfahrungen und Positionen der „jungen“ DKP-Mitglieder, die oft schon ein Leben lang Kommunisten waren, versuchte man als „Nostalgie“ oder „Traditionalismus“ zu diskreditieren. Eine „Krönung“ der systematischen Ausgrenzung, die auch bei vielen westdeutschen Genossen auf Ablehnung und Widerstand stößt, war der gezielte Ausschluß ostdeutscher Kandidaten von der Vorschlagsliste des alten PV für den neuen PV. Unter den so Eliminierten befand sich auch das langjährige Mitglied des Parteivorstandes Brigitte Müller aus Brandenburg. Das gleiche wiederholte sich dann auf dem Parteitag – eine meisterhafte „Regieleistung“ einiger Mitglieder des Vorstandes und der Tagungsleitung.

All das wird in der Rede von H. Stehr mit nebulösen oder anonymen Redewendungen kaschiert. Seine Forderungen, „umzudenken“, „verantwortungsbewußt mit Meinungsverschiedenheiten umzugehen“, „die Grundlagen kommunistischen Parteiverständnisses zu beachten“, muß man vor allem an den Parteivorstand delegieren. Dort befindet sich die Quelle der Polarisierung.

„Konkrete Kritik an geleisteter oder nicht geleisteter Arbeit sollte deutlich und offen geäußert werden“, verlangte H. Stehr. Ich habe dieser Aufforderung hiermit entsprochen. Dieter Itzerott

Vom Wirtschaftswunder zum Abräumen der Requisiten

Ein Schaufenster wird geschlossen

Der gegenwärtigen Bundesregierung geht es um die Beseitigung von „Reformhindernissen“. Die systematische Umkehr des Begriffs Reform zu einem Sammelbegriff für antisoziale und antidemokratische Maßnahmen hat umfassenden Charakter angenommen. Das Schlimmste, womit man uns bedroht, sind „Reformen“. Mit dem Reformstreben von einst oder mit Reformismus haben sie nicht das geringste zu tun.

Unterdessen ist die „reiche BRD“, EU-Musterland, kontinentale Hegemonialmacht, Motor bei der Schaffung von Einheitswährung samt „Stabilitätspakt“ zum EU-Schlußlicht in Sachen Wirtschaftswachstum und zum Spitzenreiter beim Budgetdefizit geworden. Ein Hauptgrund für diesen „Abstieg in der Tabelle“: das Verschwinden und Verschlingen der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Ausbau von BRD und Westberlin zu „Schaufenstern der freien Welt“ im Kampf gegen das sozialistische Deutschland stand jahrzehntelang im Zentrum der Strategie des „Zurückrollens des Kommunismus“. Die vielfach größere industrielle Basis und Marshallplan-Milliarden bei frühem „Verzicht“ des Westens auf Reparationen boten eine gute Grundlage für die Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse. Heraus kam das sogenannte Wirtschaftswunder. Es erleichterte den im Krieg geschlagenen, von angloamerikanischen Imperialisten wieder in den Sattel gehobenen deutschen Monopolherren nicht nur die massenhafte Abwerbung von Fachleuten aus der DDR. Auch das westliche Europa konnte bei den zweistelligen Lohnzuwachsdaten, hohen Weihnachts- und Urlaubsgratifikationen, umfassender Gesundheitsfürsorge, stabilen und soliden Renten, Absicherung im Falle von Arbeitsunfähigkeit usw. nicht mithalten. Was französische, italienische und britische Werkstätige in harten Arbeitskämpfen nur in geringerem Umfang durchzusetzen vermochten – hier schien es den „Tarifpartnern“ von den „Arbeitgebern“ einfach zugestanden worden zu sein. Streiks blieben so die Ausnahme.

Wem verdankten die BRD-Bürger ihren hohen Lebensstandard? War er tatsächlich nur das Ergebnis ihrer eigenen Kämp-

fe und Anstrengungen? Oder ein Geschenk des Himmels? Damals hörte man nicht allein in Kreisen westdeutscher Linker: „Die DDR sitzt stets unsichtbar mit am Verhandlungstisch.“

Eine Grundbedingung für den „Arbeitsfrieden“ in der BRD war die feste Einbindung der Gewerkschaften und anderer SPD-naher Verbände in das kapitalistische System. Der DGB wurde von CIA-gelenkten USA-Spezialisten für Operationen gegen die Arbeiterbewegung wie Tom Braden, Irving Brown und den Brüdern Victor und Walther Reuther finanziert und instruiert. So entstand ein Apparat, der die heile Schaufensterwelt weitgehend garantierte. Klassenbewußte antifaschistische Gewerkschafter wie der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner waren dabei absolute Ausnahmen. Dagegen wurde mit den Methoden materieller Korruption, politischer Erpressung und antikommunistischer Ausrichtung dafür gesorgt, daß sich diese Führungsstruktur stets reproduzierte. „Vielversprechende Gewerkschafter“ wurden und werden in die „oberen Etagen“ durchgereicht. Spüren sie nicht, droht ihnen der Absturz.

Die Bestimmungen des Tarif- und Streikrechts – 75 % müssen für einen Streik stimmen, aber nur 25 % für die Annahme eines Abschlusses! – entmündigen die Basis. Mit solchen Gewerkschaften überstand das BRD-Schaufenster die erste Nachkriegskrise 1966/67 ohne größere Sprünge, zumal die 1968 neukonstituierte DKP durch sogenannte Unvereinbarkeitsbeschlüsse von SPD und DGB sowie nachfolgende Berufsverbote kleingehalten und isoliert werden konnte. Gegen Bewegungen, die Notstandsgesetze und Vietnamkrieg bekämpften, erzeugten Gewerkschaftsbosse wie Georg Leber sogar offenen Haß. In Westberlin erklärte er vor einem aufgeputschten Mob: „Deutsche Bauarbeiter werden diesen langhaarigen kommunistischen Randalierern die Vernunft mit Dachlatten einbläuen...“

Zu trüben begann sich das Schaufenster erst, als Anfang der 70er Jahre – vor allem während der „Ölkrise“ – deutlich wurde, daß das „Wirtschaftswunder“ nun der Vergangenheit angehörte und der Imperialismus unverändert war: parasitär und im Niedergang befindlich. Doch selbst als Helmut Schmidt als erster von einer „Reform“ sprach und damit Sozial- und Demokratieabbau meinte, konnte er auf die weitestgehende Unterstützung des DGB-Apparates zählen. Nicht einmal Helmut Kohl hatte es da sehr viel schwerer, denn die Devise, die Unternehmerchef Hanns-Martin Schleyer ausgegeben hatte, galt weiter: „Wir sitzen alle in einem Boot“.

Die Erhaltung des Klassenfriedens bildet nach wie vor die Grundlage jeder Strategie der Gewerkschaftsführung. Als taktische Mittel dienen

Täuschung und Verrat, verpackt in Bedrucksamkeit. Das Ergebnis: Zahllose ehrliche, kämpferische Betriebsfunktionäre standen ratlos, wütend, desavouiert vor ihren Kollegen und sollten einen miesen Abschluß „erklären“.

Die Eroberung der DDR änderte zwar nichts an diesen Grundsätzen, aber die Situation war plötzlich ganz anders. Nun saß das sozialistische Deutschland nicht mehr als „dritter Partner“ mit an den Verhandlungstischen. Weit mehr als das: Es begann ein bisher nicht gekannter Angriff auf Errungenschaften und Rechte der Arbeiterklasse. Die Massenarbeitslosigkeit wurde als Wesensmerkmal des Kapitalismus wieder zu einer greif- und begreifbaren Realität. Doch ob unter Kohl oder Schröder: „Lohnzurückhaltung“ bleibt – ungeachtet verbalradikaler Zwischentöne – seit Jahren Gewerkschaftslinie. Nur nicht den Profiten der Kapitalisten ernsthaft zu Leibe rücken!

Auf die systematische Zerstörung der DDR-Industrie und die Diskriminierung der Menschen im Osten finden die DGB-Führer seit mehr als 12 Jahren keine Antwort. Sie suchen sie auch gar nicht erst, ignorieren die Situation, verzichten auf massiven Druck zur Lohnangleichung.

Die Schließung des überflüssig gewordenen Schaufensters der „freien Welt“, um die es geht, ist nicht so leicht zu bewerkstelligen. Es hat nicht nur jahrzehntelang das Bewußtsein der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes der BRD geprägt und zersetzt, sondern durch den hohen Lohnstandard auch einen Binnenmarkt geschaffen, auf den das Kapital kaum verzichten kann. Die Benutzung der Brechstange ist für die Herrschenden also nicht ungefährlich, zumal sich selbst auf der mittleren Ebene der Gewerkschaften Widerstand gegen die hohe DGB-Bürokratie zu entwickeln beginnt. Der Hamburger ver.di-Vorsitzende Rose solidarisierte sich z. B. unlängst mit der breiten Bewegung gegen den rechten Senat und dessen Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik.

Die Pläne des von Schröder lancierten VW-Bosses Hartz zum Krieg gegen Arbeitslose statt gegen Arbeitslosigkeit sind nur mit den Gewerkschaften umsetzbar. Oder orientiert diese Regierung auf deren Entmachtung, wie sie einst von der „Eisernen Lady“ Margaret Thatcher exekutiert wurde? Darauf deutet allerdings eine Äußerung Schilys während der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes hin: Wenn das „Angebot der Arbeitgeber“ nicht akzeptiert werde, bleibe nur die Null-Runde. Spanische Werkstätige sind zwar über so manche ihnen unbekannte hiesige Sozialleistung erstaunt, doch ein mit „Hartz“ vergleichbares Konzept ihres Regierungschefs General veranlaßte sie im Juni 2002 zum Generalstreik.

Werner Hoppe



The Guardian (Australia)

Ein „Kölsches Blatt“ für soziale Gerechtigkeit

Beherzt und zielklar

„kumm erus!“ (komm heraus!) – früher hieß es „von unge“ (von unten) – erscheint in Köln, sieht wie ein Springersches Boulevard-Blatt aus und ist keine Karnevalszeitung. 5 000 Exemplare beträgt die Auflage, die „nach Bedarf & Möglichkeit“ produziert wird. Schon auf den ersten Blick sieht man, daß „kumm erus!“ hält, was es im Titel verspricht: ein Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit zu sein. Die Zeitung ist mehr: klassenkämpferisch und mit Leidenschaft zieht sie gegen die Bourgeoisie zu Felde, trommelt sie Alarm für die Ärmsten der Gesellschaft, erhebt sie Anklage gegen die Ausbeuter. Kein Obdachlosen-Journal der herkömmlichen Art, nimmt „kumm erus!“ die auf der Straße Liegenden in Schutz



und deckt zugleich den Wohnungsschwindel der „Stadtväter“ auf, die kommunales Eigentum irgendwelchen Kapitalisten in die Hand spielen möchten. Die 4 000 vergeblich ein bezahlbares Quartier suchenden Kölner werden dabei „außen vor“ gelassen.

Nicht speziell für Behinderte gemacht, verteidigt „kumm erus!“ das Recht und die Würde physisch oder psychisch Benachteiligter. „Behinderte sind kein Sperrmüll, den man einfach an den Straßenrand räumt“, heißt es da.

Als Mitmachzeitung deklariert und darin dem „RotFuchs“ sehr ähnlich, ruft das gut redigierte und beherzt auftrumpfende Organ der „kleinen Leute“ schon auf der Titelseite zum Widerstand gegen den Krieg auf und vermittelt Ideen für Aktionen gegen Bushs geplanten Völkermord. „Rot-Grün lügt: Die BRD führt Krieg!“ ist einer der Beiträge überschrieben. „Haltet Augen und Ohren offen! Macht mit bei Protesten!“, fordert das Blatt, das zu Gegenwehr und Selbstorganisation rät. Die Sprache ist plastisch, deftig und bildhaft. „Raus aus Schulterzucken und Verkröchen!“ wird an die Leser appelliert. Und: „Faxen dikke! Erwerbslose müssen sich wehren!“. Massiv werden OB Schramm (CDU) und der Fraktionsführer der Schwarzen, Bietmann, angegriffen. Die „Bietmann-Clique“ wolle dem japanischen Bankhaus Nomura, das sich in Deutschland bereits 64 000 Ei-

senbahnerquartiere (davon 8 090 in Köln) unter den Nagel gerissen habe, 42 500 städtische GAG-Wohnungen zuspüren. „Das Volk sagt NEIN!“, schreibt „kumm erus!“.

Die Redakteure um Birgit Netschert weichen der Frage nicht aus, welches Leserpublikum sie sich wünschen und auf wen sie verzichten möchten. „Sie fühlen sich rundum wohl, sind mit fast nichts unzufrieden, meinen außerdem, soziale Ungerechtigkeiten seien die Ausnahme und die Betroffenen meist selber schuld. Dann wird Sie die Lektüre dieser Zeitung nicht interessieren, sind Sie niemand, der/die bei uns mitmachen könnte“, heißt es im Leitkommentar. „Aber all die anderen, die sich selbst betroffen fühlen, die Ungerechtigkeiten in ihrem Umkreis beobachten, die soziale Netze knüpfen, sind dringend eingeladen ...“

„kumm erus!“ wendet sich gegen staatliche Zensur und polizeiliche Repression, setzt sich für die Gleichberechtigung ausländischer Mitbürger ein und bezieht eindeutig antifaschistische Positionen. Besonders wohltuend: Von Antikommunismus und Antisozialismus – oft genug Alibi-Beiwerk auch linker Publikationen – weht hier kein Hauch. Die „RotFuchs“-Redaktion hat den Machern von „kumm erus!“ die Solidarität und Sympathie der Diskriminierten im Osten für die Diskriminierten im Westen zum Ausdruck gebracht. **S. R.**

Operettenmücke oder politischer Elefant?

Ausflüge in den Gespensterwald

Gerhard Bengsch – immer gut für visuelle oder gedruckte Überraschungen – hat mit „Geisterstunde“ ein spannendes neues Buch vorgelegt. Trotz der leichtfüßigen Erzählweise verrät der schmale Band ein hohes Maß an solider Recherche und gekonnter Faktenverdichtung. Nach eigenen Angaben des Verfassers muß der Briefträgerin ob des dem Schriftsteller von obskurer Seite auf Bestellung in Massen angelieferten authentischen Materials aus reaktionärster Quelle so mancher Zweifel über seine Person gekommen sein.

Mit kriminalistischer Akribie begibt sich der geübte Szenarist (u. a. „Krupp und Krause“) und inzwischen auch trickreiche Privatdetektiv auf die Spur im Gestrigen wurzelnder zeitgenössischer Schemen, die hierzulande noch vor wenigen Jahren als Schatten aus dem Gespensterwald betrachtet worden wären. Doch seit der konterrevolutionären Rückwende von 1989/90 sind sie auch im Osten Deutschlands allenthalben wieder anzutreffen. Begleitet von seiner charmannten Mit- und Gegenspielerin Annabella, die der geübte Spotless-Leser längst in den Rang einer eigenständigen literarischen Gestalt erhoben hat, spürt Gerhard Bengsch den in

der Traditionsküche von Erzkonservativen, Militaristen und Neonazis zu neuem Retortenruhm aufgepeppten Totenkopfhäusern des Serbenschlächters, Weltkriegsgenerals und Hitleranbeters von Mackensen nach. Auch anderen Idolen der rechten Szene, die in der stets von diesem Geist durchtränkten Bundesrepublik nicht erst fröhliche Urständ feiern mußten, widmet der Autor sein Augenmerk.

Vieles, was da ans Licht gezogen wird, ist natürlich Operette mit Mückengewicht, anderes indes von der politischen Schwere eines Elefanten, um ein vom Verfasser geprägtes Bild zu benutzen.

Bengsch stößt auch auf einige Nachlaßverwalter von Verblichenen, deren scheinbares oder echtes Huldigungs-Hobby nichts als schlichte Anpassung an widrige Umstände ist. Arbeits- und Perspektivlosigkeit haben offenbar manchen in eine Richtung gedrängt, aus der er nicht kam und in die er nicht wollte. So bedrückend das ist: Geisterbeschwörer wider Willen sind solche in eine neue Haut geschlüpfte Leute deshalb noch nicht. Der gedrängte Rapport des Autors ist ein ebenso gut geschriebenes wie lehrreiches Büchlein, das gerade in die Hände junger Le-

ser gehört, die in der heutigen Schule wenig über die verderbliche Rolle gespenstisch anmutender Figuren der deutschen Geschichte und gar nichts über deren historische Gegenspieler erfahren, die 40 Jahre lang für einen gespensterfreien deutschen Staat sorgten. In diesem Sinne leistet „Geisterstunde“ einen spezifischen Beitrag dazu, Geschichtsbeußtsein zu erzeugen.

Übrigens: Die eindrucksvolle Umschlagsgestaltung stammt von A. B. Bengsch – Annabella, wie zu vermuten ist. Glückwunsch auch Spotless zu einem weiteren Renner. **K. S.**

Gerhard Bengsch. Geisterstunde. Gespenstergeschichten von Gestern und Heute. Spotless-Verlag Berlin 2003, 143 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-933544-69-6

Am 24. Februar 2003 wird der Leiter des Spotless-Verlages Dr. Klaus Huhn 75 Jahre alt.

Wir beglückwünschen den in vielen Sätteln gerittenen Kommunisten und Klassenkämpfer, Journalisten und Schriftsteller zu seinem Jubiläum.

Chefredaktion des „RotFuchs“

Weshalb innere Sicherheit bei uns groß geschrieben werden muß

Rückkehr der „Kettenhunde“?

Man erinnert sich an alte Zeiten: Als „Kettenhunde“ bezeichnete Feldgendarmen waren damals keineswegs nur „im Felde“ tätig; sie wurden auch in der Heimat gebraucht, machten Jagd auf „Wehrkraftzersetzer“ und Deserteure, sorgten für „Ordnung und Disziplin“. Kurzum: für innere Repression. Wir wollen die Verhältnisse keineswegs vergleichen, das wäre abwegig. Und doch muß man fragen: Ist in absehbarer Zukunft mit einer Rückkehr der „Kettenhunde“ zu rechnen? Werden Feldjäger eines Tages – den Bundesgrenzschutz ersetzend – Bahnhofsrestaurants und öffentliche Gebäude nach „Terroristen“ absuchen?

Was gibt uns Grund zu diesen Fragen?

Der potentielle „Luftterrorist“ von Frankfurt – ein geistig verwirrter junger Mann, der mit einem „entliehenen“ Motorsegler unter Kontrolle zweier Luftwaffen-Maschinen eine Weile am Himmel Main-

hattans kreiste –, rief sofort die latenten Befürworter eines „Einsatzes der Bundeswehr im Innern“ auf den Plan. Um fortan einer so kompakten Gefahrenlage mit angemessenen Mitteln entgegentreten zu können, müsse das Grundgesetz geändert werden, forderte unser umsichtiger Wehrminister. Es erklang der Schrei: Abschießen! Geht es dabei nur um den durchgeknallten Segelflieger, der die Banktürme am Main so dreist bedrohte?

Der Vorfall bot Gelegenheit für eine komplexe Übung in Sachen innere Sicherheit. An ihrem „Ausbau“ werkeln inzwischen viele. Da ist der BKA-Chef, der in gewissen Abständen vor „möglicherweise geplanten Terroranschlägen größeren Ausmaßes“ zu warnen pflegt. Da ist die treffliche Gesundheitsministerin mit ihrer warmen Stimme, die für die ganze Nation vorsorglich Impfstoff in Hülle und Fülle bereitstellen läßt, falls die Pocken-Terroristen

zuschlagen sollten – gewissermaßen eine Aufforderung, es doch endlich zu tun. Da bringt sich der Polizeiminister mit dieser oder jener kleinen Maulkorb- oder Dauerschraubenregelung unaufdringlich in Erinnerung. Und da sind schließlich die behutsamen Hinweise auf den „im Gefolge des 11. September“ erstmals von den Amerikanern ausgelösten „Bündnisfall“ der NATO, der auch für die Bundesregierung bestimmte innenpolitische Zwänge nach sich ziehen könnte.

Angesichts der Aggression nach außen, bei der die Hardthöhe vorerst „begrenzte humanitäre Hilfe“ leistet, indem sie Tausende Bundeswehrsoldaten für läppische zwei Jahre zur Bewachung sämtlicher Objekte der kriegführenden U.S. Army abkommandiert, sind Überlegungen zum Thema innere Sicherheit durchaus angebracht. Die Sache mit den „Kettenhunden“ ist da nur so ein Gedanke ... **C. A.**

Wie die Berliner PDS die Gewerkschaften verprellte

Null-Runden-Anwälte

Der „Berliner Weg“ sei „beispielhaft“, verkündete Bürgermeister Klaus Wowereit anlänglich des ersten Jahrestages des Bestehens seiner durch die PDS diensteifrig unterstützten SPD-Stadtregerung. „Neues Deutschland“ versah seinen euphorischen Kommentar mit einem versteckten Hinweis auf die Fragwürdigkeit des Ausgangs der Unternehmung: „Das rot-rote Experiment dauert an.“

Unmittelbar vor den Harmoniebekundungen der Koalitionsjubilare war der Senat am 8. Januar 2003 mit fristloser Kündigung aus den Arbeitgeberverbänden des öffentlichen Dienstes ausgestiegen, um nicht an die zwischen der Staatsbürokratie und ver.di ausgehandelte Vergütungsformel gebunden zu sein; einen Kompromiß, der für die Beschäftigten im gesamten übrigen Bundesgebiet gewisse Lohn- und Gehaltssteigerungen vorsieht. In Berlin, wo die „fürsorglichen“ Stadtväter aus CDU und SPD einen Schuldenberg von derzeit 47 Milliarden Euro aufgehäuft haben, stehe nur eine Null-Runde zur Diskussion, sonst drohten erhebliche Personaleinschränkungen, verkündete Wowereit,

nachdem PDS-Spitzenmann Harald Wolf die arbeiterfeindliche Linie geflissentlich abgenickt hatte. Ulrich Thöne, Chef der Lehrergewerkschaft GEW, sprach daraufhin von einer „Speerspitze weit rückwärtsgewandter Kräfte“.

Ganz anders ließ sich der frühere Boß des Unternehmerverbandes BDI, Hans-Olaf Henkel, vernehmen. Er lobte den SPD-Dampfer mit PDS-Beiboot. Die Berliner Haltung sei „Vorbild für andere Arbeitgeber“. Er halte die Entscheidung des Senats für ausgesprochen „sozial“. Eine befremdliche Vokabel, kommt sie aus solchem Munde. Auch der der gleichen Klasse zuzurechnende Sprecher der Industrie- und Handelskammer (IHK) zeigte sich durchaus zufrieden: „Rot-Rot hat langsam angefangen, aber jetzt kommt Bewegung in die Sache“, sagte er gut gelaunt.

Die PDS ist also im Besitz des Schwarzen Peters. Bleibt sie, wie nach jüngsten Äußerungen ihres Berliner Landesvorsitzenden Stefan Liebig vermutet werden darf, auch im Falle einer erneuten Kriegsbeilegung der SPD-Regierung in der Koalition, dann wird sie ihn mit Gewißheit nicht wieder los. **E. R. J.**

Warum Metallarbeiter im Osten drei Stunden nachsitzen müssen

Faule Osis

Bis heute will man Metallern und Arbeitern der Elektroindustrie im Osten weismachen, sie seien fauler und unproduktiver als ihre Westkollegen: Sie müssen nämlich – bei ohnehin niedrigeren Löhnen – drei Stunden pro Woche länger arbeiten. 38 statt der im Westen tariflich vereinbarten 35 Stunden. Mit anderen Worten: Sie sitzen nach, werden zusätzlich ausgebeutet und liefern Extraprofite.

Doch der Dampf im Kessel läßt sich nicht länger unter Kontrolle halten. Unter dem Druck der empörten Ostarbeiter sah sich die für „einen Stufenplan zur schrittweisen Reduzierung der 38-Stunden-Woche auf das westdeutsche Niveau“ eintretende IG-Metall am 14. Januar 2003 zur Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen des Manteltarifvertrages (Ost) gezwungen. Doch die gewerkschaftliche Hinhaltetaktik ist damit nicht aufgegeben worden. Noch immer wird das Verlangen der Ostmetaller nach sofortiger Angleichung der Arbeitszeiten von der DGB-Bürokratie nicht unterstützt. Am 30. April läuft die Friedenspflicht der Gewerkschaften ab. Ist es bis dahin zu keiner Einigung mit dem „Tarifpartner“

gekommen, könnte gestreikt werden.

Während die IG-Metall darauf verweist, daß bei der Produktivitätsentwicklung im Osten rund 4 % höhere Wachstumsraten als im Westen erzielt wurden, finden die Unternehmer wieder einmal vor Hunger keinen Schlaf. Eine Verringerung der wöchentlichen Stundenzahl auf 35 sei bei vollem Lohnausgleich „unzumutbar“, ruiniere die ohnehin schwachen Betriebe und führe durch dann „notwendig werdende Entlassungen“ zu höherer Arbeitslosigkeit, klagte Herr Kannengießer vom Kapitalistenklub Gesamtmetall. Er kündigte geharnischten Widerstand der Unternehmenseite an.

Ob die IG-Metall wiederum einknickt, statt sich vor ihre Kollegen im halbkolonialen Anschlußgebiet zu stellen, oder ob sie endlich die Courage besitzt, mehr als 12 Jahre nach der Annexion gleiche Bedingungen für gleiche Arbeit zu fordern, bleibt abzuwarten. Die Ostmetaller könnten ihre Erfolgchancen wesentlich verbessern, wenn sie vom bloßen Protest auf wirklich klassenkämpferische Positionen übergehen würden. **R. F.**

Über Auf- und Abstieg des Straßenbahners Fritz Grühl

Ein stinknormales Leben?

Er wurde am gleichen Tag wie der Adolf aus Braunau am Inn geboren. Wegen dieser zufälligen Übereinstimmung feierte er nach der „Machtergreifung“ und der schlagartigen Tuchfühlung mit den Sturmabteilungen nur noch seinen 44. Geburtstag. So war er nun mal, der Fritz Grühl.

Seine Frau Auguste gebar ihm acht Kinder. Zwischendurch mußte er 14/18 ins Feld, in den Weltkrieg I. Aus diesem Schlamassel und nach einem halbherzigen Intermezzo in einem Soldatenrat gesund zu Frau und drei abgemagerten Töchtern zurück, wurde er wieder Straßenbahnschaffner. „Glück gehabt!“ Nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kam es unter den Arbeitskollegen im Straßenbahndepot zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Zwei Rote wurden entlassen. Als Albert Leo Schlageter erschossen wurde, schieden sich wieder die Geister – diesmal ohne blaue Veilchen. Fritz gab bei allem seinen Senf dazu und kam in den Betriebsrat. In regelmäßigen Abständen wurden ihm trotz Noske, Ruhrkampf, Inflation und anderem Unglück noch drei Mädchen und endlich die Zwillinge Karl und Willi geboren.

Fritz, nunmehr Familienvater mit acht ganz passablen Blagen, derzeit wohl in einer Glückssträhne, wußte nicht, wie ihm geschah, denn er sollte auf Vorschlag „von oben“ zum Schwebebahnfahrer ausgebildet werden. Da kam ihm der Straßenbahnerstreik in die Quere. Kameradschaft hatte er als Kriegsteilnehmer im Blut – und Not im Frieden dazu. Schicksal, dachte er und sprang ohne weiter zu überlegen im Depot auf die Plattform eines Sommerwagens. „Ich schlage fürs Streikkomitee den Willm, den Hannes und den August vor.“ Zufällig waren die drei in der KPD. Die Schwebebahn konnte Fritz von da an in den Schornstein schreiben, doch als Betriebsrat mußten ihn die Herren noch auf seinem Posten akzeptieren. Als alle wieder kuschten, bekam Fritz Grühl doch noch seine unerwartete Chance. Zwei Schichten kurbelte und bremste er auf Anordnung von oben unter Aufsicht die Talbahn von der Weiherstraße bis nach Elberfeld, dann war er Straßenbahnführer und hatte ein paar Mark mehr in der Lohntüte. Doch in den Betriebsrat wurde er nicht mehr gewählt.

Später machten die Nazis in der Deutschen Arbeitsfront ihn wieder zum einfachen Schaffner, kurz drauf zum Schutzhäftling in der Kemna. Er sollte eine Kommunistensau sein; doch das war er nicht. „Ich war doch vor Verdun Meldegänger und verwundet wie unser Führer“, hielt er ihnen entgegen, und die Peiniger klopften sich auf die Schenkel, lachten und spuckten ihn an. Sein Nachbar, der wie er die feldgraue und die blaue Uniform getragen hatte, war auch dabei. Nun trug er nach dem Dienst auch noch die braune SA-Uniform.

Als Fritz mit Schließung des Lagers entlassen wurde, ging es zu Hause hoch her. Auguste war mit den Töchtern nicht zurechtgekommen. Die Jüngsten waren über die Stränge

geschlagen. Drei hatten dicke Bäuche und brachten nacheinander ihre Bastarde zur Welt. Die kleinen Würmer wollte der Fritz großziehen, die konnten doch nichts dafür. Aber ihre nichtsnutzigen Mütter warf er nach dem Wochenbett achtkantig auf die Straße. Seitdem nannte er seine Frau auch nicht mehr Guste, sondern nur noch „du da“ oder „die da“. Gott sei Dank durfte er jedoch auf der Talbahn weiterhin Billets verkaufen; selbst die Stammfahrgäste fanden, daß der Schaffner Grühl irgendwie komisch geworden war.

Seine Jungs, beide kränkelten, impfte er mit Ausreden, nicht ins Jungvolk und später auch nicht in die HJ einzutreten. Das war selbst in der Großstadt möglich, obwohl der Blockwart ein Auge auf ihn zu werfen hatte. Fritz besohlte und pinnte Schuhe auf dem Dreifuß, hackte im Wald gesammeltes Holz und bestellte den Garten. Wenn er keinen Sonntagsdienst hatte, ging ihm oft alles auf die Nerven, fiel ihm die Decke auf den Kopf. Bei schönem Wetter suchte er dann mit seinen vaterlosen Enkelkindern auf dem Norrenberg Bucheckern, Wald- oder Preiselbeeren. Bei einem ihrer Spaziergänge entdeckte er in einer Eiche an der Weggabelung einen, der sich aufgehängt hatte. Seine Rangen machte er auf ein abseits knabberndes Eichhörnchen aufmerksam, damit die nicht merkten, daß da oben ein Mensch baumelte. Fritz meldete seine Entdeckung nicht; von denen auf der Wache hatte er die Schnauze gestrichen voll. Mitte der Woche ging es dann wie ein Lauffeuer durch die Siedlung: Der Finkelstein hat sich aufgeknüpft. In der Zeitung war ergänzend zu lesen: „Der Jude F., ertappter Kinderschänder und betrügerischer Viehhändler, setzte freiwillig und feige seinem fluchwürdigen Leben ein Ende.“

Fritz verlegte ihre Streifzüge ins Grüne nicht mehr so weit vom Haus weg, Spiekers Gartenwirtschaft lag ja auch noch mitten im Wald. Diese Ausflüge kosteten zwar regelmäßig drei Brausen und einen Fuhrmannsschnaps, aber die Vögel zwitscherten hier wie überall auf der bewaldeten Kaiser-Wilhelm-Höhe und

alles war friedlich, trotz der jugendlichen Helden, die gelegentlich mit ihrem schwarzen Runenbanner grölend ihrer siegreichen Zukunft entgegenzogen.

Doch dann entdeckte der kleine Wilfried eines Tages den Toten im Unterholz. „Opa, komm mal. Da liegt so einer von der Partei!“ Es war der SA-Mann Balzer aus Heckinghausen, in seiner Brust steckte ein Ehrenolch, vermutlich sein eigener. Fritz riskierte es diesmal nicht, den grauisigen Fund zu verheimlichen, rechnete auch mit nichts Bösem, zumal er den Balzer ja identifiziert hatte. Doch sie behielten ihn gleich da, lochten ihn ein. Im Elberfelder Polizeipräsidium arbeitete seine Schwägerin Else als Putzfrau. Die erkannte ihn im halbdunklen Kellergang. Schon mit dem Zuschlagen der Stahltür hörte sie seine Schreie.

Fritz Grühl überstand wieder Ochsenziemer, kalte Duschen aus verrosteten Marmeladeneimern und ihre Stiefeltritte in Hoden und Kniekehlen. Und – oh Wunder – diesmal kam er trotz Schrunden, gespaltener Lippe und geschwollener Gesichtspartien schon nach einer Woche frei. Draußen – wieder unter Menschen – sprach er noch weniger als in der Folterkammer. Die Nachbarn nannten ihn jetzt den alten Grühl. Da war er gerade mal 50 und Auguste bekam das vom Führer gestiftete Goldene Mutterkreuz.

Und ein Jahr drauf, am 1. September, war Krieg. Noch bevor die Lehrlinge Karl und Willi Gesellen werden konnten, wurden sie Soldaten. Infanterie, beide Sandhasen. Fritz wurde mit dem Rest der Familie dreimal ausgebombt. Doch sie kamen zurecht, wenn auch ihr Magenknurren im Behelfsheim genauso unüberhörbar war wie das Glockengeläut der Kirche nebenan. Karl schrieb von der Ostfront: „Ich stehe bis zum Hals im Dreck.“ Das war das letzte Lebenszeichen von ihm. Willi kam 1954 aus einem Lager hinter dem Ural zurück. Drei Monate später starb er an Tbc. Am selben Tag wurde sein Vater Fritz Grühl pensioniert.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Kai Degenhardt auf einer neuen Plattenbau-CD

Briefe aus der Ebene

Langeweile kommt nicht auf. Gerade noch wird im klassischen 3/4-Liedermacher-Takt eine Liebesgeschichte befiedelt und beklampft, da ruft schon Straßen-Combo-Sound zum Desertieren auf. Die 11 Titel der neuen Kai Degenhardt-CD sind keiner wie der andere. Die Texte und Befassungsgegenstände sind alle aus dem weiten politischen Feld im weltanschaulich-emanzipatorischen Sinne gewählt, oft mit persönlichem Erfahrungshintergrund. Die Intonation zeugt von einer gelungenen Dialektik zwischen Inhalt und Form: Die gesamte kulturelle Bandbreite der zeitgenössischen Unterhaltungsmusik weiß Kai virtuos anzuschlagen. Groß geworden mit der Musik seines Vaters Franz Josef Degenhardt hat entscheidend der musikalische Reichtum der Independent-Kultur der 70er und 80er Jahre mit ihrem politischen Anspruch seine Ausdruckskraft geformt. Dieses dritte Werk Kai Degenhardts ist im Unterschied zu den ersten beiden – von denen die zweite „CD des Monats“ auf der SWR-Liederbestenliste wurde – kein solistisches, sondern wird durch Gastmusiker bereichert. Ganz in der Tradition der Independent-Kultur ist auch er, als studierter Jurist, musikalisch weitgehend Autodidakt. Vielleicht resultiert daher die unglaubliche Klangvielfalt bis hin zum geloopten Handy-Störgeräusch. Man kann ihm nur Erfolg wünschen und daß er resistent bleibe gegenüber Reichtum versprechenden mainstreams.

Iris Rudolph

Kai Degenhardt: Briefe aus der Ebene, Label/Vertrieb: Plattenbau, Best.-Nr.: 03004 (EAN: 4038712030042)

Eine Polemik gegen den Mißbrauch des Begriffs Marktwirtschaft

Weder frei noch sozial

In Schriften auch linker Parteien werden ständig Begriffe wie „Marktwirtschaft“ oder gar „soziale Marktwirtschaft“ zur Charakterisierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse – besonders in der BRD – kritiklos benutzt. Die von der Bourgeoisie eingeführte Vokabel „Marktwirtschaft“ soll den Eindruck erwecken, es sei Ziel des Kapitals, irgendeinen Bedarf zu befriedigen. Man will vorgaukeln, der Markt sei ein Feld zur Regulierung von Preisen, besitze also eine Art Gerechtigkeitsfunktion. Er sei das Revier freier Konkurrenz und damit Antrieb der kapitalistischen Produktion, beflügelt den technischen Fortschritt, stehe für Innovation. Und wenn das Wort „sozial“ hinzugefügt wird, soll suggeriert werden, das Kapital habe überdies noch eine soziale Funktion.

Zunächst sei gesagt, daß es einen Markt gibt und geben wird, solange Warenproduktion besteht, also auch im Imperialismus und schließlich im Sozialismus. Entscheidend ist die Frage, ob dieser Markt eine regulierende, für die Gesellschaft bestimmende Funktion hat oder nicht. Eine solche Aufgabe war noch dem aufblühenden Kapitalismus der freien Konkurrenz eigen. Das aber ist lange vorbei. Es gehört zu den Grunderkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die Gesellschaften nicht durch Austausch oder Verteilung, sondern durch ihre Produktionsverhältnisse, das Eigentum an den Produktionsmitteln, definiert sind. Eine marxistische Analyse des zeitgenössischen Imperialismus darf daher nicht den Marktfetischismus bedienen, wie das Leo Mayer in seiner Rede beim DKP-Hearing im Februar 2001 getan hat. Er entdeckte einen „globalen Markt“ und behauptete: „Die Macht der Märkte wird allgemein.“ Also, müßte man schlußfolgern, gilt der Kampf der Arbeiter nicht der durch Monopole und Banken verkörperten Macht des Kapitals, sondern einem imaginären „globalen Markt“. Auch „die Herrschaft und Macht“ wird nicht „über einen Markt reproduziert“, wie Mayer meint, sondern durch das Monopol, die transnationalen Konzerne, von denen man im Westen spricht. Die Ursache der Entwicklung transnationaler Monopole ausgerechnet in „der intensivier-

ten Ausbeutung des Weltmarktes, in der Öffnung der Märkte, der Deregulierung“ zu suchen, ist eine Umkehrung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Es handelt sich um eine Verkenning des Monopols, das seinem Wesen nach gerade den Markt schließt, dem Kunden seine Waren aufzwingt, immer mehr zu nötigen Regulierungen greift. „An die Stelle der Konkurrenz auf offenen Markt tritt die Ausnutzung der Verbindungen zum Zwecke eines profitablen Geschäfts“, schrieb Lenin (LW 22/248). Kautskys Anpreisung der freien Konkurrenz als Vorteil gegenüber dem Monopol ist gerade deswegen reaktionär, weil das Monopol längst weltweit die Herrschaft angetreten hat. Diese Predigt, zurück zur freien Konkurrenz, nannte Lenin „reformistischen Betrug“ (LW 22/294).

Dabei ist doch der Sinn des Betrugs mit Vokabeln wie „freie Marktwirtschaft“, „Globalisierung“ und „Liberalisierung“ keineswegs undurchschaubar. „Marktwirtschaft“ bedient die Illusion der „Freiheit“, bei der sich der „freie“ Konsument und der „freie“ Verkäufer auf dem Markt begegnen. Aber nicht der Käufer bestimmt, was produziert und angeboten wird, sondern die Monopole entscheiden, was die Kunden zu kaufen haben. Oder warum geben die Konzerne Milliarden für die Werbung aus? Doch nicht, um einen Bedarf zu befriedigen, sondern um vom zahlungsfähigen Käufer maximalen Profit abzuschöpfen. Modeterror und Kundenmanipulation sind gut bekannt.

Marketing erforscht keineswegs den Bedarf, sondern die Möglichkeit, jemandem eine Ware anzudrehen. Und der Preis unterliegt dem Diktat des Monopols, das es fertig bringt, diesen selbst bei Überangebot steigen zu lassen. Man denke nur an die „freie“ Regulierung der Ölpreise oder an den Eingriff des monopolregulierten Staates, wenn einige Niedrigpreisanbieter durch „Rabattmißbrauch“ aus der Reihe tanzen wollen.

Die vielgepriesene Innovationsfähigkeit des modernen Kapitals wird nicht mehr von den Bedürfnissen der Völker angetrieben, sondern bedient die zahlungsfähige, durch Steuergelder gestützte Nachfrage der Macht- und Kriegsbesessenen sowie der parasitären Oberschicht. Sie funktioniert heute fast nur

noch durch staatliche Subventionen, was der „freien Marktwirtschaft“ total widerspricht. Die Menschenfeindlichkeit des Kapitals zeigt sich gerade darin, daß Milliarden Erdbewohner von diesem gepriesenen Markt ausgeschlossen werden, weil sie nicht zahlungsfähig sind. Sie müssen trotz technischen Fortschritts und trotz – besser wegen – der „Globalisierung des Marktes“ hungern. Es bleibt unverständlich, was an dieser Unmenschlichkeit sozial sein soll.

Auch die staatlichen Organisationen, von den nationalen Regierungen über EU und Europabank bis zu allen möglichen internationalen Vereinigungen, haben den „freien“ Markt längst über Bord geworfen. Sie nutzen das Instrument der Planung für die monopolistische Regulierung und Profitmaximierung. Ihre zentralistische Bürokratie stellt jede staatliche Planung im Sozialismus in den Schatten. So diktiert die Brüsseler EU-Behörde weit härter und genauer, was und wieviel ein Bauer zu produzieren hat, als das je einer LPG „vorgeschrieben“ wurde.

Der Markt ist für das Kapital seit jeher nur Mittel der Profitrealisierung. Ziel bleibt einzig und allein die Akkumulation von Reichtum und Macht. Imperialismus heißt monopolistische Profitwirtschaft. Man kann es nicht oft genug wiederholen, damit der Feind der Menschheit nicht vernebelt wird.

So fehlerhaft „Marktwirtschaft“ zur Charakteristik des Imperialismus ist, so sind marktwirtschaftliche Schlußfolgerungen für den Sozialismus ein politisches Zurück. In der freien Konkurrenz produziert der Unternehmer für einen unbekannt Markt. Das Monopol jedoch berechnet die Größe des Marktes und teilt ihn auf. Es ist in soweit ökonomische Vorstufe des Sozialismus. Die sozialistische Gesellschaft muß und kann den tatsächlichen (nicht den manipulierten) Bedarf berechnen und seine Befriedigung mit Hilfe der geplanten Produktion erreichen. Ein freier Markt im Sozialismus hieße nichts anderes als die Wiederbelebung der kapitalistischen Konkurrenz sowie die damit verbundene Produktion überflüssiger Güter – aus meiner Sicht eine Unmöglichkeit. Ich halte daher nichts von „marktsozialistischen Modellen“.

Hilferding reagierte schon 1910 (!) auf die Anbetung der „freien“ oder „sozialen“ Marktwirtschaft: „Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals ... kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein.“ (Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Dietz-Verlag 1947/S. 512) Da das Monopolkapital die privatwirtschaftlichen Markt- und Preisgesetze fast vollständig aufgehoben hat, ist die Schlußfolgerung für den Sozialismus irrelevant, die Marktwirtschaft wieder einzuführen. Auch jene, die sich auf die NÖP berufen, mögen daran denken, daß Lenin sie als einen kriegsbedingten Rückschritt betrachtete, der schnell überwunden werden müsse.

Norbert Pauligk

His Masters Voice – die Stimme seines Herrn Harte Bandagen

Unter verschiedenen Pitbulls in Schröders Kabinett gilt Wolfgang Clement als der bissigste. Dieser ausgewählte Hoffnungsträger der Unternehmensverbände ist immer der erste, der direkt zur Sache kommt, wenn sich andere noch in Schmidtschem Reformschwulst oder Eichelscher Überraschtheit hin und her winden. Standesdünkelhaft, wie er nun einmal ist, startet er seine Angriffe auch weniger bei BILD und mehr in der Financial Times. Deren Deutschlandausgabe vertraute Clement – als eigene Meinung deklariert – einen Wunsch seiner Paten aus dem Unternehmerlager an: Der Kündigungsschutz für Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten müsse „gelockert“ werden.

In wessen Interesse? Natürlich, damit es den Arbeitern besser geht, begründete der Superminister seinen Vorschlag. Denn – so folgerte er – wenn das Abservieren von unerwünschtem oder überflüssigem Personal wesentlich erleichtert werde, dann würden viele der jetzt noch Zurückhaltung übenden Kleinunternehmer mit Vergnügen eine 6. oder sogar 7. Kraft einstellen. Das ergäbe – volkswirtschaftlich gerechnet – Zehntausende zusätzlicher Arbeitsplätze. Da fließt also neues Hartz aus Clements Munde: eine höchst innovative Idee zur Entlastung des Arbeitsmarktes!

Die Verbände der Großindustriellen stiegen sofort nach und erwärmten sich für den Gedanken, die Kleinunternehmer zu weiteren Einstellungen zu drängen. Ja, genauso müsse man es machen: „Lockerung“ des lästigen Kündigungsschutzes bei größeren Firmen sei das Panier! Daß dann vielleicht Hunderttausende zusätzlich „abgelegt“ werden könnten, wie man Entlassungen heute umschreibt, erschien den Bossen der schrumpfenden „Konjunktur“ als Lichtblick vor einem sich verdüstern Horizont.

Wieder einmal hat sich Clement als Pitbull vom Dienst erwiesen. His Masters Voice – die Stimme seines Herrn für Zwecke, die harte Bandagen erforderlich machen.

E. R. J.

Wie die Bourgeoisie dem Volk ihre Terminologie aufzwingt

Die Sprache der Lügner

Als am 1. August 1914 der 1. Weltkrieg ausbrach, waren die Leute noch recht fröhlich. Fotos zeigen, daß Frauen, die ihre Männer und Söhne zu den Zügen begleiteten, die an die Front fuhren, Blümchen in die Gewehrläufe steckten. Bis Weihnachten würden sie als Sieger, wie 1870/71, wieder zu Hause sein. Bei Ausbruch des 2. Weltkriegs am 1. September 1939 war die Stimmung nicht so. Die Erinnerung an 1918, Millionen Tote und Verkrüppelte, die Inflation ... war noch zu frisch. Erst nachdem Frankreich 1940 in wenigen Wochen besiegt worden war, änderte sich das. Nun konnte man ja davon ausgehen, daß unter Hitler, dem größten Feldherrn aller Zeiten (Gröfaz), der Krieg mit einem phänomenalen Sieg Großdeutschlands enden würde. Kriegsausbruch? Krieg ist kein Bär, der aus einem defekten Käfig, auch kein Krimineller, der aus dem Zuchthaus ausbricht, kein Vulkan. Krieg zieht auch nicht herauf, wie die „Berliner Zeitung“ am 16. Januar 2003

im Hinblick auf den Irak schrieb, denn er ist kein Wetterumschlag, keine Wolkenwand. Das alles sind Formeln, die den Krieg als etwas den Menschen Unerklärliches darstellen sollen.

General Carl von Clausewitz, einer der bedeutendsten Militärs des 19. Jahrhunderts, hatte es in seinem Buch „Vom Kriege“ klar und deutlich gesagt: „Der Krieg ist die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Kriege brechen also nicht aus, sie werden gewollt, werden gemacht, wie heute Kriege um Erdölfelder und andere Rohstoffe durch profitgierige Trusts und deren Regierungen. Nach der Niederlage des Sozialismus wurden ununterbrochen solche Kriege geführt: im Nahen Osten, auf dem Balkan, in Afrika usw.

Kommen wir zu einem weiteren Lügenwort: Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeitnehmer ist im Sprachgebrauch der Bourgeoisie z. B. ein Schlosser, der Glück hat und in einer Fabrik Arbeit findet. Die

Fabrik, ihre Eigentümer sind in derselben Lügensprache die Arbeitgeber. Wenn das so wäre, müßte eigentlich der Schlosser, weil er ja Arbeit nimmt, etwas dafür bezahlen, und die Firma, weil sie ihm Arbeit gibt, etwas bekommen. Das ist die Logik der Begriffe Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Bekanntlich ist es umgekehrt: Der Schlosser erhält Lohn dafür, daß er Arbeitsleistung gibt, und die Firma zahlt Lohn, denn sie kauft ja die Arbeitskraft des Schlossers. Arbeitgeber (Kapitalisten) und Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte) – diese Begriffe stellen die Dinge auf den Kopf. Aber wie wäre es, wenn die Zahlung tatsächlich nach dieser Sprachregelung vollzogen würde? Das wäre doch für die Kapitalisten hervorragend!

Vielleicht kommt es noch. Schließlich leben wir in der „Moderne“, und laut Brie gibt es keinen Marxschen Kapitalismus mehr.

Walter Florath

Wer ist der größte Schwindler im ganzen Land?

Münchhausen abgemeldet

Schneewittchen, Herkules und Baron Münchhausen waren – das ist weithin unbekannt – gemeinsam in einer Schulklasse. Beim Klassentreffen nach 20 Jahren sprechen sie darüber, ob Schneewittchen noch die Schönste im Lande, Herkules noch der Stärkste und Münchhausen noch der größte Lügner aller Zeiten seien. Da kommt Schneewittchen auf den Gedanken, man solle einen alten Spiegel befragen, der stets die Wahrheit sage.

So begeben sich die drei also zu dem Haus mit dem Spiegel. Schneewittchen geht als erste in das Zimmer und berichtet Minuten später freudestrahlend, sie sei nach wie vor die Schönste im ganzen Lande. Danach stellt sich Herkules vor den Spiegel. Mit ungebrochenem Selbstbewußtsein berichtet er, noch immer der Stärkste zu sein. Schließlich tritt Münchhausen den Weg zum Spiegel an. Fünfzehn Minuten vergehen, eine halbe Stunde, da verläßt er irritiert den Raum, schaut die beiden anderen an und fragt: „Kennt Ihr einen gewissen Gerhard Schröder?“

Eingesandt von Gerd Brunecker

Fritze Schröder meint: Übrigens ...

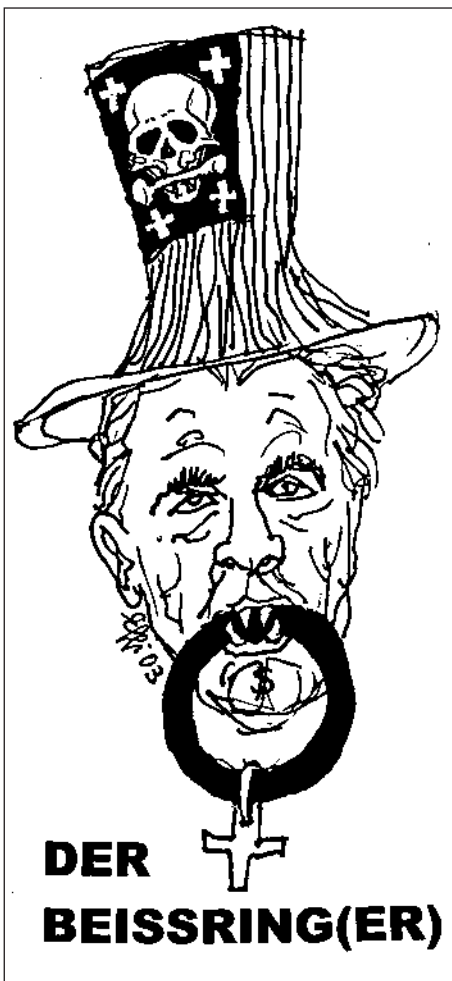
Übrigens: Auch im Osten trägt man Westen!

Übrigens: Warum ist in letzter Zeit über Berlin der Himmel so grau? Das Blaue wurde heruntergeschwindelt!

Übrigens: Haben Sie schon von dem neuen Stück im Deutschen Theater gehört? „Er tanzte nur einen halben Sommer.“ Hauptdarsteller: Gregor Gysi!

Übrigens: Verfallsdatum überschritten. Ein Auslaufmodell ist als Quotenossi in die Bundesregierung gestolpert. Der Herr stammt aus Potsdam!

Übrigens: Der Osten ist Chefsache!



Der bekannte Schweriner Künstler Karl-Heinz Effenberger – Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins – hat schon wiederholt zur Gestaltung unserer Zeitschrift beigetragen. Diesmal empfiehlt er einen Beißring für Bush. Oder eine Zwangsjacke?

Herzliche Glückwünsche übermittelt der „RotFuchs“ unseren Vereinsmitgliedern Marianne Blankenhagen (75) aus Berlin, Rolf Proß (65) aus Artern und Dr. Hans Schröter (75) aus Kelbra, die am 21. Februar, am 14. März und am 16. März 2003 zu großen Jubiläen heranreifen. ■

Wie Peter Hartz mehr Saft aus einer trockenen Zitrone herauspressen will

Die Daumenschrauben-Gesellschaft

Der Personaldirektor der Volkswagen-AG und Mitglied ihres Vorstandes seit 1993, Peter Hartz, war vor Halbjahresfrist als Chef einer Kommission zur Neuordnung der bisher geltenden Regeln für die Behandlung von Arbeitslosen in das Interesse der Öffentlichkeit geraten. Mitte August 2002 hatte er die Ergebnisse der Arbeit seines Gremiums vorgelegt.

Nicht weniger Bedeutung kommt indes einer Publikation des Autors Peter Hartz zu, die schon 2001 erschien. Ihr Titel lautet „Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können“. Mit der Formulierung seines Themas wird sofort klar, worum es in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus geht. Sie zeichnet sich bekanntlich durch Stagnation, Zurückhaltung, ja z. T. Enthaltung von neuen Kapitalinvestitionen, also durch Verzicht auf Wirtschaftswachstum aus.

In der wissenschaftlichen Literatur wird immer häufiger die seit längerer Zeit festzustellende Stagnation in der kapitalistischen Wirtschaft bestätigt. Unter der Vielzahl entsprechender Äußerungen sei auf zwei in letzter Zeit veröffentlichte Arbeiten verwiesen. Aus dem Blickwinkel der Politischen Ökonomie untersucht Karl Georg Zinn (Professor für Volkswirtschaft an der TU Aachen) in seiner Schrift „Zukunftswissen“ die Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre. Er kommt zu folgendem Befund: „Während etwa bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein langfristiger Wachstumstrend die zyklischen Schwankungen überlagerte, zeigt sich seit 20 bis 30 Jahren eine anhaltende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Dauerhafte Einschränkungen der Erweiterungsinvestitionen sind ein nicht zu leugnender Tatbestand, wodurch sich Kaufkraftverluste spürbar verstärken und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit eintritt. Mit einer Korrektur dieser risikoreichen Entwicklung – so Karl Georg Zinn – sei nicht zu rechnen. Fundamentaler Wandel könne erst durch katastrophale Zerrüttungen bewirkt werden.“

Auch Marlies Hummel (Abteilungsleiterin am Münchener Institut für Wirtschaftsentwicklung) konstatiert: „Wirtschaft und Politik haben sich – nicht nur in Deutschland – in den 80er Jahren daran gewöhnt, in Wachstumsraten von 2 bis 3 Prozent zu denken und zu planen, statt in Raten von 3 bis 5 Prozent wie noch zu Beginn der 70er Jahre. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums hat sich in den USA, in Japan und in der EU bis in die Gegenwart fortgesetzt ...“

Unter diesen Bedingungen von einer Absenkung der hohen Arbeitslosigkeit oder gar ihrer Beseitigung zu sprechen, kommt einer plumpen Irreführung gleich. Angesichts der skizzierten Realsituation bedarf es jedoch nicht vieler Phantasie, um sich vorzustellen, daß die Kapitaleigner und

ihre Manager unruhig werden. Sie denken über mögliche Verfahren nach, mit denen Abhilfe geschaffen werden könnte, um „sozialen Verwerfungen“ in der Gesellschaft auszuweichen.

Vor diesem Hintergrund ist die Veröffentlichung des Peter Hartz zu sehen, stellt er doch gerade die Frage: Wie können neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Da eine Belebung auf dem Sektor der Erweiterungsinvestitionen nicht zu erwarten ist, haftet dem Hartzschen Vorhaben von vornherein ein hohes Maß an Fragwürdigkeit an. Wer seine Ausarbeitung gelesen hat, gelangt unausweichlich zu der Sicht, daß sich auch Hartz der wirtschaftlichen Stagnation bewußt ist, ja seine Vorschläge gerade deshalb entworfen werden, um ohne Antasten der gegenwärtigen Strukturen der Profitproduktion das kapitalistische Wirtschaftssystem funktionsfähig zu halten. Unter den einzelnen Kapiteln seines Buches gibt es eines, in dem er selbst auf die Grenzen des Systems aufmerksam macht, ja, sie zum Ausgangspunkt seiner Veränderungskonzeption nimmt. Sie zeigen sich – so Hartz – in der seit 1900 entstandenen „Ein-Zehntel-Gesellschaft“, um deren Auflösung es ihm im Kern geht. Unter ihr wird ein gesellschaftlicher Zustand verstanden, in dem der Anteil der Erwerbsarbeit (sprich Lohnarbeit) – bezogen auf das ganze Leben eines jeden Arbeiters – von fast 40 % im Jahr 1900 bis auf heute nur noch 10 % zurückgegangen ist. „Bei einer Lebenserwartung von 70 000 Stunden oder 80 Jahren und 40 Arbeitsjahren mit weniger als 1 500 Stunden Jahresarbeit sinkt der Anteil der Erwerbsarbeit am Leben auf unter 10 %“, schreibt Hartz.

Angesichts dieser Situation, die infolge permanenter Steigerung der Arbeitsproduktivität und entsprechender Beteiligung der Lohnarbeit an den dadurch gesteigerten Produktionsergebnissen entstanden ist, wird eine Überschreitung der Systemgrenzen und eine Vergrößerung des produktiven Kapitals für so gut wie nicht mehr realisierbar gehalten. „Die Ausdehnung der kapitalistisch bestimmten Märkte gerät mehr und mehr in Widerspruch zu den Konsumtionsverhältnissen ... Die gesamtgesellschaftlichen Akkumulationsraten reichen nicht mehr aus, für eine Ausweitung der lohnabhängigen Erwerbsarbeit zu sorgen“, bemerkt Joachim Bischoff in seiner Arbeit „Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts“. Dahinter versteckt sich der untrennbare Zusammenhang zwischen den kaum noch vorstellbaren Größen des Kapitalein-

satzes und der zu erzielenden Profitmasse. Über diesen Zusammenhang weiß auch Hartz und er gesteht ihn ein, wenn er auf folgenden Sachverhalt hinweist: „Hinter den meisten Arbeitsplätzen steht ein Millionen-Investment.“ (!)

Sehr präzise ist diese Feststellung zwar nicht. Aber sie reicht vollkommen aus, sich die Dimensionen vor Augen zu führen, um die es sich bei der Erweiterung der Produktionskapazitäten handelt, sollte wirklich daran gegangen werden, die rund vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland wieder wertschöpfend arbeiten zu lassen. Es ist das große Anfangskapital, vor dessen Einsatz zurückgeschreckt wird, da die Renditen in keinem Verhältnis mehr zum Ergebnis stehen.

In den hier angedeuteten Hartzschen Vorstellungen für die Überwindung der „Ein-Zehntel-Gesellschaft“ widerspiegelt sich eine für die Ökonomie der hochentwickelten kapitalistischen Länder noch gar nicht voll erfaßte Entwicklung: Wenn sich der Anteil der Lohnarbeitszeit seit 1900 auf 10 % der Lebenszeitspanne reduziert hat, jährlich nur noch 1 500 Stunden mehrwertschöpfend gearbeitet wird, so offenbart dieses Arbeitsmodell, daß eine Grenzlage eingetreten ist, wo die Profitmasse in die Bedeutungslosigkeit absinkt. Ein Überschreiten der Schwelle von 10 % in Richtung auf 8 % oder noch weniger würde die Profitabilität des Kapitaleinsatzes auf das Niveau von Null abfallen lassen.

Schutz vor dem Horror des Profitabfalls – so Hartz, der Manager und Sprecher des Kapitals – „bietet nur die Flucht nach vorn“. Und sie kann nur heißen: Verlängerung der Arbeitszeit für die mehrwertproduzierende Lohnarbeiterschaft und bis aufs äußerste verdichtete Intensität der Arbeit.

„Eine neue Zumutbarkeit wird unvermeidlich, aber auch möglich. Bei 1 100 bis 1 800 Leistungsstunden, die im Jahr abgefordert werden, bleiben 7 000 Stunden frei“, schlußfolgert Hartz, den Schröder an die Spitze seiner Kommission berief.

Dr. jur. habil Joachim Schulz

Aus: „Klartext“, Zeitschrift der PDS Mecklenburg-Vorpommern



Beratung der Chefredakteure linker Publikationen der BRD

Ein Auftakt

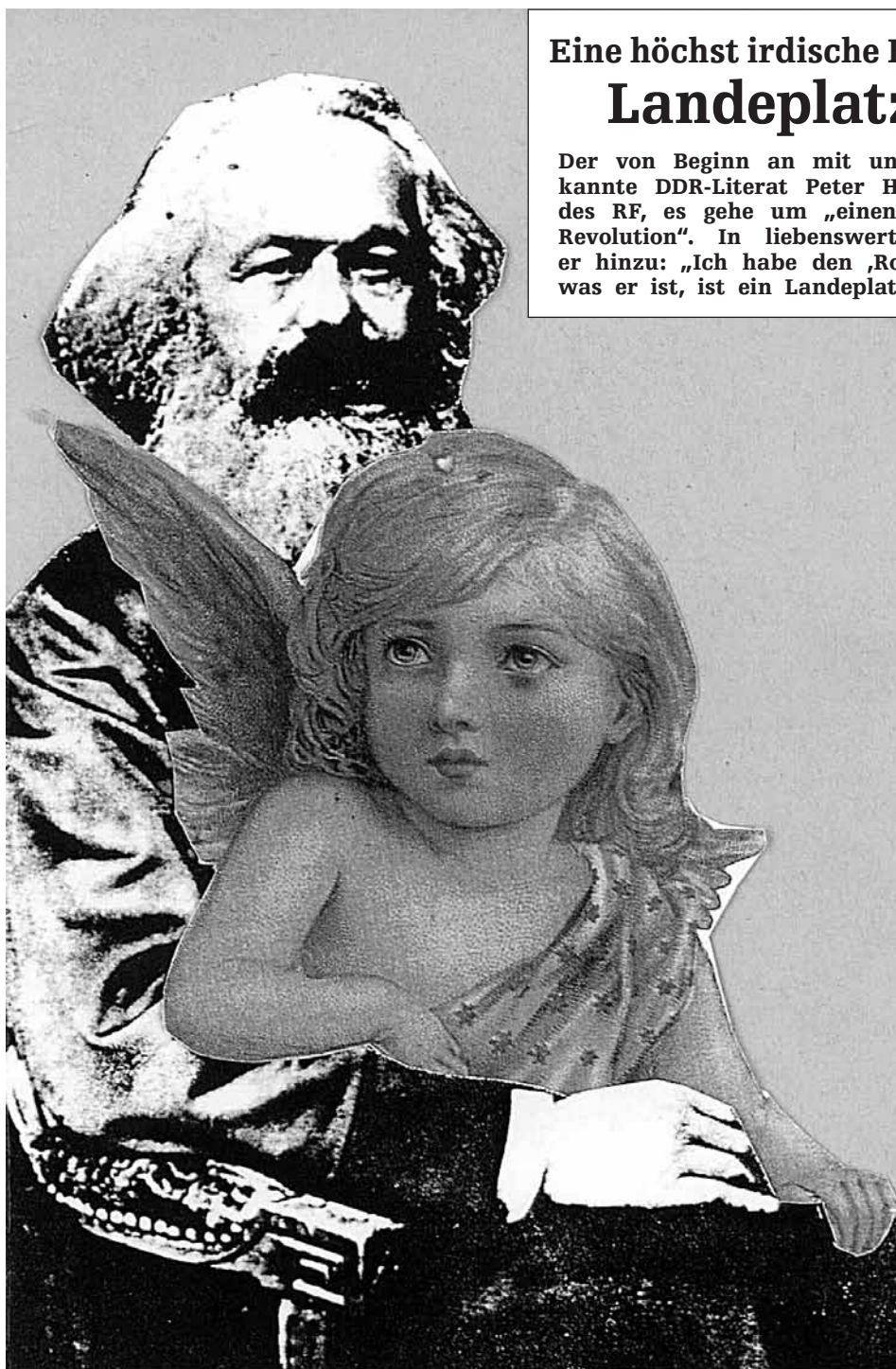
Am 12. Januar 2003 hat in Berlin ein von Prof. Dr. Hans Fischer initiiertes und moderiertes Treffen der Chefredakteure sozialistischer, kommunistischer und anti-imperialistischer Publikationen Deutschlands stattgefunden. An der Begegnung nahmen Vertreter folgender Zeitungen und Zeitschriften teil. „junge Welt“, „Weißenseer Blätter“, TOPOS“, „Die Rote Fahne“, „offensiv“, „Der Freidenker“, Ikarus“, „Kommunistische Arbeiterzeitung“, „Der Rote Brandenburger“, „Das kleine Blatt“, „Geheim“. Für den „RotFuchs“ war Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger zugegen. An

der zweistündigen Beratung, die in einem Klima der Konstruktivität, Sachlichkeit und Fairness verlief, beteiligten sich weitere Eingeladene, u. a. Vertreter der Internationalen Jugoslawien-Solidarität, der Antiimperialistischen Korrespondenz und der Marzahner Runde. Die Anwesenden verständigten sich darauf, von Zeit zu Zeit oder im akuten Bedarfsfalle zusammenzutreten, wobei vom Moderator die Hoffnung ausgedrückt wurde, künftig auch diesmal verhinderte Redaktionen (UZ, Marxistische Blätter, Mitteilungen der KPF u. a.) begrüßen zu können.

In der freimütigen Diskussion, die im Geiste völliger Gleichberechtigung verlief, wurde von verschiedenen Rednern unterstrichen, daß ein kontinuierlicher Meinungsaustausch der Redaktionen linker Presseorgane angesichts der Meinungsdiktatur der bürgerlichen Medien bessere Möglichkeiten für deren Durchbrechung und eine sachlichere Information der Bevölkerung eröffne. Prof. Dr. Fischer (parteilos) wird im Einvernehmen aller auch künftige Treffen moderieren. Strukturen wurden nicht vereinbart. **R. F.**

Eine höchst irdische Bemerkung von Peter Hacks Landeplatz für die Engel

Der von Beginn an mit unserer Zeitschrift verbundene weltbekannte DDR-Literat Peter Hacks schrieb an den Chefredakteur des RF, es gehe um „einen Kristallisationskern für die nächste Revolution“. In liebenswerter dichterischer Überhöhung fügte er hinzu: „Ich habe den ‚RotFuchs‘ eine andere ‚Iskra‘ genannt; was er ist, ist ein Landeplatz für die Engel, wenn sie eintreffen.“



André Müller
„Die DDR ist unsterblich“
(UZ, 28. 09. 1990)

Bekenntnis zur Würde

Schaut Euch selber um. Hebt den gesenkten Kopf wieder! Seht, wie das Kapital sich aufführt, jeder Rücksichtnahme ledig, wie ihre gepriesene Demokratie aussieht, wie die Krätze der uneingeschränkten Selbstsucht, gesetzlich gefördert, das Land überzieht – und wie auch die BRD künftig nie mehr sein wird, was sie bisher war. Nein, die Idee der DDR wird sich nicht begraben lassen, und wenn ich auch nicht weiß, wie alles weitergehen wird, was alle stolpernd und streitend zusammen herausfinden müssen, so weiß ich doch, daß es an diesem 3. Oktober 1990 keinen Grund für uns alle gibt, sich nicht wieder aufzurichten.

Genossin Marta Rafael

renommierte Künstlerin und
standhafte Kommunistin

begeht am **26. Februar 2003**
ihren **80. Geburtstag**

Herzlich grüßen wir die
Lebens- und Kampfgefährtin
unseres unvergessenen Autors
Kled – Karl-Eduard von Schnitzler –,
die in schwerer Zeit
unerschütterlich und unbeirrbar
für die Sache des Sozialismus
kämpft.

CHEFREDAKTION DES „ROTFUCHS“

Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

Als Bauer in der DDR (3)

In unserer Genossenschaft ging es langsam voran. 1956 begann die LPG schrittweise mit der Renovierung des Erbgerichts, meines Geburtshauses. Die Scheune bauten wir zum Schweinestall um. Die ehemalige Gaststube, nun Kulturraum, wurde neu gestrichen. An den alten Holzwänden strahlten schöne geschnitzte Leuchten. Wir erhielten dafür 1 600 Mark aus Lotto-Mitteln.

Bis dahin hatten wir nur den Acker gemeinsam bewirtschaftet. Nun begannen wir mit der gemeinsamen Tierhaltung in großen Ställen. Sie war inzwischen mein Spezialgebiet geworden. Der 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Genosse Reuter, warnte mich, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Ich sollte die Festigung der LPG in den Vordergrund stellen. Wie recht er damit hatte, merkten wir später.

Meine Mutter wurde auch LPG-Mitglied. Viele Jahre lang fütterte sie die Schweine. Wenn der Tierarzt kam, meinte er anerkennend: „Frau Döring, bei Ihnen ist es so sauber, daß man auf dem Stallgang essen könnte.“ Mein Vater half ihr in seiner Freizeit gern. Er hatte sich auch einen neuen Bienenstand gebaut und verwendete viel Zeit für seine Honigproduzenten.

Wenn ich heute daran denke, wie viel wir damals verdienten! Der LPG-Vorsitzende bekam im Monat 12 Arbeitseinheiten. Das waren 96 Mark. Wir hatten zu Hause noch unsere Tierhaltung, die – je nach Anstrengung – ein gutes Nebeneinkommen einbrachte. Ein Achtstundentag reichte allerdings nicht.

In der Erntezeit halfen uns die Kollegen vom Patenbetrieb, dem Hartpappenwerk Polenz. Sie arbeiteten wirklich uneigennützig. Natürlich ließen wir uns mit der Verpflegung nicht lumpen. Wie oft aßen die Frauen und Männer in unserer Wohnstube oder unterm Nußbaum Mittag! Dabei kam auch der Spaß nicht zu kurz. Die Paten unterstützten uns zugleich bei den sonntäglichen Aufklärungseinsätzen der Nationalen Front. Wir warben für den Eintritt in die LPG, diskutierten über die Friedenspolitik unseres Staates und agitierten gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Auch die Einheit Deutschlands, für die wir uns in jener Zeit unter der Parole „Deutsche an einen Tisch!“ einsetzten, wurde in den 50er Jahren viel besprochen. Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, fuhr zur Konferenz deutscher Länder nach München. Doch er wurde nicht einmal hineingelassen.

Ich wollte mich weiterbilden. In Meißen war die LPG-Hochschule gegründet worden. Ilse fuhr auf der AWO mit zur Aufnahmeprüfung für ein vierjähriges Studium. Auf der Meißener Landstraße bei Tempo sechzig warnte sie mich: „Fahr nicht so schnell!“ Als ich das Motorrad vor der Hochschule abstellte, hörte ich, wie ein Polizist zum anderen bemerkte: „Die Bauern fahren schwere Maschinen!“

Die Prüfung bestand ich. Doch mein Vorsitzender wollte nicht vier Jahre auf mich verzichten und suchte Hilfe bei der SED-Kreisleitung. Der Landwirtschaftssekretär bestellte mich zu sich und bestand darauf, daß mich die Genossenschaft nicht entbehren könne. Ich ließ mich überzeugen. Der selbe Genosse Schubert war einige Wochen danach auf Nimmerwiedersehen in den Westen verschwunden. Noch heute ärgert es mich, daß er von mir die Einsicht in die Notwendigkeit erwartete, selbst aber nichts für den Sozialismus übrig hatte...

Statt zu studieren, stieg ich in einen bereits im zweiten Jahr laufenden Meisterlehrgang ein. Nach nur einem Jahr war ich Meister der Feldwirtschaft. Zu diesem Lehrgang fuhr ich schon mit meiner Jawa. Das war 1956.

Im Jahr zuvor hatte mich die Partei aufgefordert, die Patenschaftsbeziehungen zwischen dem Kreis Schwäbisch-Gmünd und dem Kreis Sebnitz aufzubauen. Der Bauer Fritz Hunger und ich wurden mit Westgeld ausgestattet, und im Sommer 1955 fuhren wir über Nürnberg nach Schwäbisch-Gmünd. Wir übernachteten in Nürnberg. Abends sahen wir Schwärme von Mopeds auf den Straßen. Es waren Arbeiter, die von ihren Betrieben nach Hause kamen. Bei uns fuhren damals die ersten SR 1, das war der Prototyp des DDR-Mopeds, auf den Straßen. Wir fanden ein anderes Westdeutschland vor, als es uns ein Funktionär der Bauernpartei bei einem Instruktionsgespräch geschildert hatte. Nicht nur bei dieser Gelegenheit wollte der Kollege die SED „links überholen“.

In Schwäbisch-Gmünd quartierten wir uns in einem Dorfgasthof nahe der Kreisstadt ein und versuchten, mit den Bauern ins Gespräch zu kommen. Wir sollten auch einige von ihnen einladen, uns in der DDR zu besuchen, damit sie sich von den Vorzügen des Sozialismus an Ort und Stelle überzeugen konnten. Fremden gegenüber war man jedoch mißtrauisch, wie bei uns im Dorf. Die Bauern steckten mitten in der Ernte, sie hatten wenig Zeit. Unsere Argumente interessierten sie nicht. Wir waren mit den Ergebnissen unzufrieden.

Ich hatte von der Nationalen Front einige Schriften und Flugblätter zum Thema Frieden und gegen die Einbindung der BRD in die Pariser Verträge mitgenommen. Die legte ich im Buswartehäuschen aus. Fritz, der bei den Nazis wegen illegaler

politischer Arbeit gesessen hatte, ärgerte sich über meine Unbekümmertheit und meinte: „Ich will nicht noch einmal eingesperrt werden.“

1956 hatten wir eine gute Ernte und konnten sogar Lohsdorfer Einzelbauern mit 30 Dezitonnen Getreide aushelfen. In der Schweine- und Tbc-freien Rinderzucht erzielten wir Erfolge. Den Grundstock bildete die durch uns in die LPG eingebrachte Rinderherde. Ilse übernahm ihre Betreuung; sie war mit den Tieren vertraut und absolut zuverlässig. Es war immer schwer, jemanden fürs Melken zu finden, denn damit war man auch sonn- und feiertags gebunden.

Für neue landlose Mitglieder bzw. solche mit geringem Einkommen führten wir innerbetrieblich soziale Regelungen ein. Die LPG gewährte ihnen im Monat kostenlos 1 750 g Fleisch und 750 g Butter sowie täglich einen halben Liter Vollmilch pro Person.

Genossenschaftliche Demokratie stand nicht nur im Statut, sie wurde auch praktiziert. Die Vollversammlung vom 30. 12. 1958 beriet mit allen Mitgliedern dreizehn Tagesordnungspunkte. Unter anderem kritisierten die Bauern die mangelnde Qualität beim damals ersten Mähdrusch durch die Maschinen- und Traktorenstation (MTS). Laut Protokoll versicherte der politische Leiter, daß MTS-Direktor und Agronom künftig bei Nichterfüllung der Pläne aller LPGen des Bereichs keine Prämien erhalten. Allerdings konnten wir das nicht überprüfen.

Der erste Offenstall wurde gebaut. Es geschah gegen meinen und Gerhard Schaffrats Willen, weil der Stall für einen klimatisch völlig ungeeigneten Standort geplant war. Deswegen und wegen der ausbleibenden Reaktion auf meine Kritiken seitens der Kreisleitung lehnte ich eine Auszeichnung ab.

Unser Roland ging schon zur Schule, unsere Margitta in den Kindergarten. In der Familie machten wir die ersten Erfahrungen mit dem sozialistischen Bildungssystem. Ein Patenschaftsvertrag mit der Grundschule Ulbersdorf-Lohsdorf bot sich an. Ich hospitierte in den Klassen und nahm an einigen Sitzungen des Pädagogischen Rates teil. Der Schulleiter Karl Richter wiederum erschien auf unseren Vollversammlungen und schwang beim Getreidemähen in der LPG die Sense.

Meine Schwiegereltern, beide noch rüstig, nahmen uns in der Hauswirtschaft und bei der Kinderbetreuung viel ab. So konnten wir uns mit ganzer Kraft dem Aufbau der LPG widmen. Es war erfreulich zuzuerleben, wie mein Schwiegervater, der anfangs die LPG rigoros abgelehnt hatte, nun im hohen Alter noch aktiv mithalf. Er betreute die Mastenten der Genossenschaft. In den Versammlungen wies er oft auf Leitungsfehler hin.

Werner Döring, Hohnstein

Unsere Glückwünsche gehen nach Sömmerda, wo unser Leser

Helmut Lindenlaub

er war von 1950 bis 1986 (!) 1. Kreissekretär der SED – **am 7. März 2003 seinen 80. Geburtstag** begeht. Helmut hat den Repressalien nach der Konterrevolution getrotzt und ist seiner kommunistischen Überzeugung treu geblieben.

Vereinsvorstand und Chefredaktion des „RotFuchs“

Ein bewegender Nachmittag mit Gisela Steineckert

Perlenschnur

Die namhafte DDR-Schriftstellerin – Poetin, Nationalpreisträgerin, Autorin von bisher 38 Büchern – gestaltete für die Genossen der Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins zwei Stunden, in denen sie vielen unserer eigenen Gedanken in ihrer wundervollen Sprache Ausdruck verlieh. Die Teilnehmer waren emotional zutiefst angerührt. Gisela Steineckert las Texte aus ihren Büchern, z. T. auch aus noch unveröffentlichten Arbeiten. Sie verband die Lesung mit ihrem Kommentar.



„Nun sind fast eineinhalb Jahrzehnte vergangen, seit wir wie auf einem anderen Stern gelandet sind. Manche Befürchtung hat sich weggelebt, andere konnten vorher nicht gedacht werden. ‚Einstellungstopp‘ heißt eine der Grausamkeiten, die kaum zu ertragen sind. Mit den neuen Forderungen nach Flexibilität, Mobilität, Innovativität verbindet sich eine Gefahr: Wenn du jederzeit bereit bist, woanders dein Zelt aufzuschlagen, kannst du nirgendwo Wurzeln schlagen. Ohne die Niederlage einer Idee, die zu manchmal schwer lebbarem Dogma gefroren war, würde unser Leben anders aussehen – fast in biblischen Ausmaßen.“

„Was mich am meisten umtreibt, was uns sicher alle eint, ist die Vorkriegszeit, in der wir uns schon lange befinden. Im Moment kann niemand sagen, ob da noch eine Hand dazwischen zu halten ist. Ich sehe diese mächtige Hand nicht, weil die Interessen zu mächtig sind. Als Autorin von Friedensliedern, die zu Volksliedern wurden – wie ‚Der einfache Frieden‘ oder ‚Der Frieden wird kein Wunder sein‘ – sehe ich mich erneut damit konfrontiert, daß sich meine skeptischen Gedanken über den Einfluß der Linken auf das Weltgeschehen bestätigen könnten. Das ist im Moment unsere allergrößte Sorge. Unsere größte Freude dagegen ist, daß etwa in den letzten zwei Jahren unsere Leser, unsere Zuhörer und Gesprächspartner in unvermutetem Ausmaß

zu uns zurückgekommen sind. Ich hätte nicht geglaubt, daß ich das noch erlebe. Die Menschen kommen wieder zu sich, und indem sie zu sich selber kommen, wollen sie auch wieder zu ihren eigenen Erinnerungen zurück. Immer mehr sagen: ‚Ich will nicht, daß jemand auf mein Leben spuckt.‘ Es wird wieder von Werten gesprochen, die aus der Welt schienen.“

„Nichts ist mehr sicher, jedes Vorausträumen ist nichts als Dampf. Niemals habe ich so viele Menschen sagen hören, sie möchten um nichts in der Welt jünger sein. Ihr Leben rechnet sich nach dem Abstand zur Rente, einer bisher als gesichert ausgegebenen Lage, die es nun auch nicht mehr ist. Dennoch ärgern mich die keineswegs erschöpften Rentnerinnen, die früher länger gearbeitet hätten und heute eine mögliche Courage unterlassen: für die Töchter und Enkelinnen einzutreten, die sich – einsehbar – nicht jedes Risiko leisten können. Aber wir Älteren haben doch nichts mehr zu verlieren, wir können doch Einspruch erheben, auf der Straße stehen.“

„Die Unfehlbaren haben sich auf Gnade und Gerechtigkeit berufen und waren selber gnadenlos. Heute nennen sie Aufarbeitung der Geschichte, wenn sie tun, was sie früher den anderen vorwarfen: die Macht zu mißbrauchen. Warum laufen wir nicht jetzt mit dem Aufnäher ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ herum? Wer ruft heute nach jenem Spruch? Hier bei uns niemand, denn wir haben kein Schwert mehr, und der Pflug wird für unser täglich Brot nicht mehr gebraucht. Mutiger Schmied, wo bist du jetzt, um das Feuer noch einmal symbolisch sprühen zu lassen? Und wo sind heute jene, die dich damals schützend umstanden?“

Auswahl und Zusammenstellung der Zitate: Frank Mühlefeldt

Ein Wort zum Internationalen Frauentag Kaffee oder Klassenkampf?

Früher – in der DDR – haben die Männer am 8. März ihre Kolleginnen bedient und Kaffee oder Sekt ausgeschenkt. Als Geste. Auf manche fortschrittlichen Frauen im Westen wirkte das albern und spießbürgerlich. Kaffee und Klassenkampf? Aber warum sollte man der Direktorin, der Sekretärin, der Facharbeiterin, der Abteilungsleiterin, der Lehrerin, der Ärztin, der Viehbrigadierin oder der Ingenieurin an einem Kampftag keinen Kaffee einschenken? Die großen Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter, die in der Klassengesellschaft stets Klassenfragen sind, waren in der DDR entschieden, obwohl es im Alltag oft noch haperte und manches Problem ungelöst blieb. Auch im Sozialismus hatten Frauen oft die größere Last zu tragen. Dennoch war er dem Kapitalismus auch in dieser Hinsicht um eine Epoche voraus. Inzwischen hat sich der Wind mit der siegreichen Konterrevolution, die die DDR-Frauen wohl am härtesten getroffen hat, scharf gedreht. Denn die BRD-Bürgerinnen sind von der wirklichen Entscheidungsebene der Gesellschaft so gut wie ausgeschlossen. Eine Männergesellschaft bereitet Kriege vor. Die alten Fragen stehen wieder auf der Tagesordnung. Da werden es Kaffee und Sekt nicht tun!

Auf, auf zum Kampf für die Gleichberechtigung, heißt die Parole. Frauen und Männer Seite an Seite. Wie in der DDR.

Allen RF-Leserinnen und Genossinnen des Fördervereins einen herzlichen Gruß zum 8. März!

C. A.

Gefallen in der Mühle von Pawonkow: Rudolf Gyptner

Absprung hinter der Front

Mit diesem Beitrag beginnt unser Autor Günter Freyer eine lose Folge von Portraits mutiger Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes und herausragender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung.

Der sowjetische Pilot schafft es auch in dieser Augustnacht des Jahres 1944, seine zweimotorige Maschine und die „Passagiere“ unbeobachtet durch das Feuer der faschistischen Flak über die Frontlinie zu bringen. Nun liegt irgendwo da unten das polnische Dorf Kotfin. In seiner Nähe sollen die fünf Deutschen an ihren Fallschirmen auf einer Waldlichtung landen. Drei Feuer lodern am Boden auf, das vereinbarte Signal. Der sowjetische Genosse drückt den Männern an der offenen Luke die Hand. Dann springen sie. Es sind die deutschen Kommunisten Joseph Giefer, Ferdinand Greiner, Josef Kiefel, Artur Hofmann und Rudolf Gyptner, mit 21 Jahren der Jüngste. Sie bilden eine Einsatzgruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland“.

Einige Stunden später sitzen sie mit Angehörigen der Fernaufklärungseinheit des Helden der Sowjetunion Anatoli Newoit und polnischen Partisanen der Brigade „General Józef Bem“ zusammen, um zu beraten, wie sie ihren Auftrag im Hinterland des Feindes erfüllen können. Die Gruppe soll nach Westen, in das faschistische Deutschland vordringen, Verbindung zu Kräften des Widerstandes aufnehmen und mit ihnen den illegalen Kampf organisieren. Der Weg dorthin ist voller Gefahren. SS- und Polizeieinheiten sowie ganze Regimenter der Wehrmacht sind gegen die polnischen Partisanen im Einsatz. Deshalb wollen sowjetische und polnische Genossen die fünf Deutschen auf dem nächsten Abschnitt ihres Weges begleiten und sichern. Bevor sie aufbrechen, meldet Rudolf, der Funker der Gruppe, nach Moskau, daß sie gut gelandet sind.

Rudolf Gyptner, am 4. Januar 1923 in Hamburg geboren, war zwei Jahre alt, als er das erste Mal nach Moskau kam. Richard Gyptner, sein Vater, wirkte dort als Funktionär der Kommunistischen Internationale. 1929 zog die Familie nach Berlin, wo Richard als Sekretär des Westeuropäischen Büros des Exekutivkomitees der KI, dessen Leiter Georgi Dimitroff war, arbeiten sollte. Vier Jahre später mußte die Familie emigrieren, zuerst nach Frankreich, danach in die Sowjetunion.

Im Juni 1941 beendet Rudolf in Moskau mit Erfolg die Zehn-Klassen-Schule. Er möchte Ingenieur werden, Brücken und Straßen bauen. Da überfallen die Faschisten die UdSSR. Rudolf meldet sich sofort zur Roten Armee. Doch man lehnt ihn ab. Statt dessen schicken ihn die Genossen der KPD an die Schule der KI in der Nähe der Hauptstadt. Dort wird er als Fallschirmspringer und Funker ausgebildet und einer Einsatzgruppe zugeteilt. Deren Leiter ist Joseph Giefer, Kämpfer der

Roten Ruharmee von 1920 und der Internationalen Brigaden in Spanien. Nach Abschluß der Ausbildung wird die Gruppe im Bereich der 4. Ukrainischen Front und in Kriegsgefangenenlagern eingesetzt, um in Gesprächen mit Wehrmachtssoldaten Aufklärungsarbeit zu leisten.

August 1944. Joseph Giefer, Ferdinand Greiner, Josef Kiefel, Artur Hofmann und Rudolf Gyptner werden zum Vorsitzenden der KPD gerufen. Wilhelm Pieck führt mit jedem ein längeres Gespräch, fragt auch, ob sie den gefährvollen Auftrag übernehmen wollen. Keiner tritt zurück. Bevor sie kurz darauf zum Flugplatz fahren, werden sie von Georgi Dimitroff verabschiedet.

Der Absprung ist nicht unbemerkt geblieben. Die Faschisten nehmen die Verfolgung auf. Es gelingt ihnen, die Gruppe einzuschließen. SS-Einheiten greifen an. Schließlich können die Kommunisten unter Führung von Hauptmann Newoit den Umkreisungsring durchbrechen und den Weg nach Westen fortsetzen. Es gelingt ihnen sogar, die stark befestigte Wartstellung der Wehrmacht zu überqueren. Anfang November erreichen sie die Stadt Lubliniec, beschließen, dort einige Tage auszuruhen. Józef Karpe, Leiter der polnischen Widerstandsorganisation der Stadt, beschafft ihnen die nötigen Verstecke. Von hier aus sendet Rudolf wichtige Informationen über Stärke und Standorte faschistischer Truppen, Lage von Stellungen und Depots, die von polnischen Patrioten beschafft werden.

Wieder werden die Kämpfer von den Faschisten entdeckt. Sie riegeln das gesamte Gebiet ab, greifen an. Im Kampf mit SS und Polizei fallen Hauptmann Newoit und seine Genossen. Angesichts der bedrohlichen Lage beschließen die fünf Deutschen, sich getrennt durchzuschlagen. Joseph Giefer und Rudolf Gyptner finden einen neuen Unterschlupf in einer Mühle des Dorfes Pawonkow, 12 Kilometer westlich der Stadt. Müller Roch Kurpies versorgt sie mit allem Notwendigen. Den beiden Antifaschisten bleiben nur wenige Tage.

Deutsche Kommandos ertönen. Rudolf blickt durch die Luke der Scheune. Polizisten, SS-Leute und Feldgendarmen umstellen das Gehöft, bringen Maschinengewehre in Stellung. An die zweihundert Mann mögen es sein. Sie haben den Müller festgenommen. Mit einem lauten Schrei will er die beiden Deutschen warnen, doch hinterrücks getroffen stürzt er zu Boden. Joseph Giefer und Rudolf Gyptner verteidigen sich verbissen mit ihren Maschinepistolen. Lebend wollen sie den Faschisten nicht in die Hände fallen. Sie ergeben sich auch nicht, als die Scheune in Flammen steht. Rudolf wird tödlich getroffen. Joseph läuft feuernd ins Freie. Von Kugeln durchbohrt bricht auch er zusammen. Die SS-Leute werfen die Leichen in die Flammen. Es ist der 28. November 1944.

Nachtrag: Rudolfs Mutter Martha fand den Tod als Kämpferin in den Reihen der französischen Résistance. Sein Vater Richard diente der DDR lange Jahre als Diplomat.

Günter Freyer

Wie USA-Superkonzerne mit den Nazis kooperierten

Hyänen im Rudel

Dr.-Ing. Gerd Stieler von Heydekampf, ein Deutscher „auf Montage“ in den USA, der offensichtlich von amerikanischen Stellen angeworben worden war, für sie ein Rüstungswerk in Brandenburg an der Havel zu bauen (unterirdisch, um es vor eventuellen US-Bombardements zu sichern), gehörte zu jenen Industriemanagern, die zweigleisig fuhren, also für Nazis und USA-Konzerne gleichzeitig arbeiteten. In Brandenburg, wo von Heydekampf dann Chef war, wurden „Opel-Blitz“-Lastkraftwagen am laufenden Band montiert. Sie machten die Wehrmacht mobil, um in einen Krieg eintreten zu können. Nach dem Krieg wurde die Firma Opel von General Motors aufgekauft. Interessant ist folgendes Detail: Der Leiter der GM-Überseeoperationen erhielt, zusammen mit einem Ford-Direktor, schon 1938 von Hitler den „Verdienstorden vom Deutschen Adler 1. Klasse“. Für die Imperialisten aller beteiligten Seiten war der Krieg ein lukratives Geschäft. Er sicherte ihnen den Absatz von rund

20 Millionen Tonnen Bomben (und die Verpulverung von Schiffen, Flugzeugen sowie eines dazugehörigen endlosen Katalogs von Erzeugnissen dieses Sektors). Öl inklusive. Der Einsatz von Kraftstoffen für Tausende viermotoriger Bomber (Fliegende Festungen), Heinkel He 111, Spitfires, Frachter über den Atlantik usw. wäre in Hunderten Jahren zivilen Verbrauchs nicht wettzumachen gewesen. Für Esso und Shell konnte es keine besseren Profitquellen geben. Shells Sir Henry Deterding schmierte Hitler nicht ohne Grund mit 50 Millionen, wie man den Goebbels-Tagebüchern entnehmen kann. Das verstanden die Kapitalisten unter „gesamtwirtschaftlichem Denken“!

Übrigens: Herr von Heydekampf wurde 1966 Vorstandsvorsitzender von Audi-NSU und 1974 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik. Mit anderen Worten: der Boß des Rüstungskartells der BRD.

Eric Grusdat

Zur inhumanen Behandlung des politischen Häftlings Slobodan Milosevic

Erklärung der Russischen Staatsduma

Mit großer Sorge erhält die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation die Information über die Verschlechterung des Gesundheitszustandes des ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milosevic, der in der Verwahrung des Internationalen Straftribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) gehalten wird. Gemäß den offiziellen Quellen aus Den Haag mußte die Verhandlung allein viermal, insgesamt für 31 Werkzeuge, nur wegen des schlechten Gesundheitszustandes von Slobodan Milosevic unterbrochen werden. Aus demselben Grund haben die vom ICTY ernannten Amici curiae einen Antrag an das ICTY gestellt, den Prozeß im Fall Milosevic für ein Jahr auszusetzen. Sein Bluthochdruck in Verbindung mit einer Erkrankung der Herzgefäße, unter der Slobodan Milosevic schon seit der Zeit vor seiner Verhaftung leidet, stellt

eine akute Bedrohung für sein Leben dar. Die Anstrengungen der stundenlangen ICTY-Sitzungen, der Mangel an spezieller medizinischer Versorgung sowie die fehlende Gelegenheit, sich regelmäßig an der frischen Luft aufzuhalten, verschlimmern den Gesundheitszustand des Häftlings. Der ehemalige Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien muß sich bei jedem Transport aus dem Gefängnis zum Gerichtssaal und zurück einer erniedrigenden Prozedur unterziehen, die das Anlegen von Handschellen einschließt. Die Staatsduma hat mehr als einmal das Vorgehen des ICTY verurteilt, so in den Resolutionen vom 28. Juni 2001 und vom 15. Februar 2002. In ihnen wurden kritische Einschätzungen der Arbeit des ICTY gegeben, insbesondere Verletzungen der Normen des internationalen humanitären Rechts, und der politische Charakter des ICTY hervorgehoben.

Angesichts der oben erwähnten Sachlage muß es in den Augen der Staatsduma oberste Priorität haben, daß der politische Häftling Slobodan Milosevic sich einer angemessenen medizinischen Untersuchung unter der Aufsicht von jugoslawischen Ärzten und anderen Spezialisten unterzieht. Gemäß den Bestimmungen der Resolution 37/194 vom 18. Dezember 1982 der UN-Vollversammlung über die Prinzipien der medizinischen Ethik, in der die Rolle von gesundheitlichen Betreuern, in erster Linie von Ärzten, bei der medizinischen Fürsorge gegenüber Häftlingen festgelegt wird, verlangt die Staatsduma, daß die Regierung der Russischen Föderation hochqualifizierte russische Ärzte nach Den Haag entsendet, um an der medizinischen Untersuchung von Slobodan Milosevic mitzuwirken.

(Einstimmig beschlossen am 11. Dezember 2002)

Bushs Nahost-„Politik“ ist nicht vom Himmel gefallen

„... in der besten amerikanischen Tradition!“

USA-Präsident George W. Bush beschwor Anfang Januar in einer Rede auf der größten US-Militär-Basis im texanischen Fort Hood seine Soldaten mit Blick auf Irak: „Sollten wir gezwungen sein zu handeln, so werden wir handeln, in der besten amerikanischen Tradition!“ Was stellt diese „beste amerikanische Tradition“ dar?

Für den Nahen und Mittleren Osten verkörpern inzwischen zehn amerikanische Präsidenten – von Eisenhower bis Bush jun. – diese „Tradition“: Einmischung und erfolgte oder angedrohte militärische Invasion, Verschwörungen und Putsche, Bombardierungen und Krieg.

Immer ging es den USA dabei um Öl, Militärstützpunkte und geostrategische Machtentfaltung. Wohl am unverblümtesten brachte es Henry Kissinger zum Ausdruck. Der Sicherheitsberater bzw. Außenminister unter den Präsidenten Nixon und Ford verkündete: „Erdöl ist zu wichtig, als daß man es den Arabern überlassen könnte.“

Unter Nixon und Ford, ganz wesentlich vorangetrieben von Kissinger, wurden bereits seit Beginn der 70er Jahre die Grundlagen für die Strategie gelegt, die der heutige Herr am Potomac so vehement verfechten will. Das Pentagon erarbeitete damals detaillierte Pläne für den militärischen Einsatz „zum Schutz der amerikanischen Erdölinteressen im Nahen Osten“. Außenminister Kissinger und Verteidigungsminister Schlesinger drohten Anfang 1975 öffentlich mit militärischer Intervention der USA im Nahen Osten, als Kissingers Shuttle-Diplomatie zur Herbeiführung eines Separatfriedens zwischen Kairo und Tel Aviv zunächst scheiterte und in den arabischen Staaten Stimmen laut wurden, den USA, wie schon im Oktoberkrieg 1973, den Öl-Hahn zuzudrehen.

Unter Jimmy Carter – Friedens-Nobelpreisträger des Jahres 2002 – wurde 1979 und 1980 das militärische Engagement der USA in der Region des Arabisch-Persischen Golfs massiv betrieben. Das Schah-Regime in Iran, der so wichtige Verbündete und Öllieferant, war 1979 gestürzt worden. Die neuen Herren in Teheran gebärdeten sich anti-amerikanisch. Die Spannungen im amerikanisch-iranischen Verhältnis verschärften sich täglich. Gleichzeitig vertiefte sich mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan (1979) die Krise in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die Carter-Administration beschloß, die strategischen Interessen der USA und in erster Linie die als lebenswichtig angesehene Erdölversorgung aus der Golfregion militärisch zu sichern. Carters Doktrin: „Wir sind am Golf, um hier zu bleiben.“

Weißes Haus und Pentagon forcierten die Herstellung der Einsatzbereitschaft der 110 000 Mann starken Interventionsstreitmacht, der so genannten Schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Joint Task Force – RDJTF). Für die RDJTF wurde im März 1980 ein Hauptquartier in Florida eingerichtet – heute ist es das des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in der Region des Nahen und Mittleren Osten, General Tommy Franks.

Die Luftwaffe wurde mit neuen Langstreckentransportflugzeugen verstärkt. Das Pentagon stellte zusätzliche Landungsboote in Dienst. Beschleunigt erfolgte der Ausbau des den USA von Großbritannien überlassenen Archipels Diego Garcia im Indischen Ozean zur zentralen Nachschubbasis für die im Bereich Südwestasien operierenden Marine- und Luftstreitkräfte. Den Einsatz all dieser Kräfte und Kapazitäten stellten die USA aber zurück, als Saddam Hussein im September 1980 mit dem Angriff auf die

iranische Ölprovinz Khuzistan den irakisch-iranischen Krieg begann.

Der kurz danach (Dezember 1980) ins Amt gekommene neue Präsident Ronald Reagan unterstützte Bagdad gegen Teheran (s. „RotFuchs“, Oktober 2002, S. 18). Er folgte der „besten amerikanischen Tradition“ z. B. auch mit der brutalen Bombardierung libyscher Städte 1986.

Sein Nachfolger, Bush sen., eine wahre Verkörperung dieser „Tradition“, griff schließlich 1991 Irak an und vertrieb Saddams Truppen aus Kuwait, das diese im August 1990 besetzt hatten. Die USA erlangten mit dem zweiten Golfkrieg die lange erstrebten Militärbasen in Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und Bahrain.

Auch Bill Clinton, der 1992 ins Weiße Haus einzog, erwies sich als traditionsbewußt im Sinne seines Vorgängers wie seines Nachfolgers: Unter seiner Präsidentschaft wurden die seit 1991 anhaltenden – immer wieder verstärkten – Luftangriffe im Norden und Süden Iraks fortgesetzt. Washington verschärfte sogar zeitweilig die Sanktionen gegen das Land.

Bush jun. reicht das aber alles nicht. Er erklärte es zum Kriegsziel, Saddam Hussein und sein Regime zu stürzen. Damit nicht genug: Richard Perle, Vorsitzender des Büros für Verteidigungspolitik des Pentagon und damit einer der wichtigsten Berater des Präsidenten wie des Verteidigungsministers, droht: „Die ganze Region wird sich vor den winds of change (Stürmen des Wandels) fürchten müssen.“

Wie denkt darüber aber die überwiegende Mehrheit der Araber? Der libanesische Lyriker und Feuilletonchef der Tageszeitung „As-Safir“, Abbas Beydoun, resümierte kürzlich: „Das Verhalten der USA gegenüber Irak ist eine allein auf Macht gestützte Aggression.“ **Bernd Fisch**

Wie ich den „Piloten im Pyjama“ Dean Anderson befragte

Damals Hanoi, heute Bagdad

Als ich unlängst an einer Diskussion von Aktivisten des Friedenskreises der Stadt Halle über die nächsten Protestaktionen gegen die Irakkriegsvorbereitungen der Bush-Administration teilnahm, gingen meine Gedanken um 34 Jahre zurück. Es war 1969 – mitten im US-Bombenterror gegen Vietnam. Schon fünf Jahre attackierte die Air Force Städte und Dörfer des Landes. Ich fuhr damals als Journalist von Hanoi aus nach dem Süden, passierte die Mondlandschaft von Truong Bon, wo in Abständen von nur 25 Metern Bomben die Erde zerwühlt hatten, sah die zerstörten Dörfer, Städte und Brücken, die vernichteten Deich- und Bewässerungsanlagen, stand in Vinh auf den Trümmern der in ganz Indochina berühmten katholischen Cau-Ram-Kirche und in Than Hoa vor dem ausgebrannten Komplex eines Krankenhauses. Vor meinem geistigen Auge jagen sich gerade jetzt die Bilder aus diesen Kriegstagen. Wenn wir vor dem Beschuß der amerikanischen Tiefflieger in Deckung gehen mußten, bewegte mich stets der verzweifelte Mut meiner vietnamesischen Begleiter, die sich selbst mit Handfeuerwaffen gegen sie zu wehren suchten. Aber auch die Frage nach dem, was in den Köpfen der todbringenden Luftpiraten vor sich ging. Stupide Befehlsempfänger, die nur ihren Job machten? Willenlos manipulierte Objekte einer verbrecherischen Politik, von denen die Opfer ihrer Bombenabwürfe nur als Kartenziele betrachtet wurden?

Der „Pilot im Pyjama“, den ich am 26. März 1969 im „Hilton Hanoi“, wie das Gefangenenlager für abgeschossene Flieger damals ironisch genannt wurde, befragen konnte, hieß Dean Anderson, war 40 Jahre alt, studierter Erziehungswissenschaftler, in Minnesota zu Hause. Major, Dienstnummer F 130713, Kampfflieger des 34. Taktischen US-Luftgeschwaders, abgeschossen bei einem Angriff auf die Brücke von Dong Hoi am 28. Mai 1968.

Ich habe mich zur Ruhe zwingen müssen, als er mir auf die Frage, was der Luftkrieg der USA gegen Vietnam nach seiner Meinung gebracht habe, antwortete, zunächst sei „die Sache wohl vor allem sehr kostspielig ...“. Meinen Einwurf, daß der Krieg aber doch außer Geld vor allem das Leben unschuldiger Menschen kostete, beantwortete er ebenso wie die Frage danach, ob er nach seiner Heimkehr bereit wäre, in künftigen Kriegen wieder zu fliegen, nur achselzuckend. Der Mann würde, lebte er noch, in diesem Jahr

75. Wird er geheilt sein, geläutert? Oder ist der Erziehungswissenschaftler seiner Erziehung erlegen?

Wachsam zu sein, war mein wichtigster Gedanke nach diesem Interview; denn, so drückte es in jener Zeit die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf aus: „Verbohrt in ihre barbarische Unvernunft, schlagen die Amerikaner auf Vietnam und meinen ein jedes Volk, das nicht mehr Objekt der Geschichte sein will, sondern mit wachsendem politischen und nationalen Selbstbewußtsein über sich selbst verfügt.“

Und in der Tat: Der Sieg Vietnams und die Vertreibung der amerikanischen Militärmacht aus Indochina haben die Aggressivität des USA-Imperialismus nicht gebremst. Die Völker der Erde wurden durch ihn im letzten halben Jahrhundert fast pausenlos in eine latente Weltkriegssituation gebracht. Ich frage: Kann man angesichts des in den 90er Jahren von Bush-Vater geführten Krieges gegen Irak, der brutalen Bombardierung jugoslawischer Städte durch die Amerikaner, des Afghanistanaufzugs der USA und fortwährender Kriegsdrohungen an die Adresse sogenannter Schurkenstaaten sowie des jetzt von Bush-Sohn angeheizten neuen Golf-Krieges noch Zweifel an der Feststellung des linksbürgerlichen Philosophen Herbert Marcuse haben: „Die Vereinigten Staaten sind zur Avantgarde der Unterdrückung und Reaktion geworden“?



Vier Fünftel der deutschen Bevölkerung lehnen laut Umfragen die Bush-Junior-Revanche 2003 gegen Irak ab. Gebunden an ihr Ohne-uns-Versprechen gegenüber den Wählern, macht sich die rot-grüne Regierungskoalition trotz ihrer Distanzierung von einer direkten Teilnahme am Kampf mit der Absicherung von 95 Kriegseinsatzbasen der U. S. Army in Deutschland durch die Bundeswehr zum Komplizen des Aggressors. Damit fällt sie auch jenen Millionen Amerikanern in den Rücken, die überall in den USA gegen den Krieg protestieren.

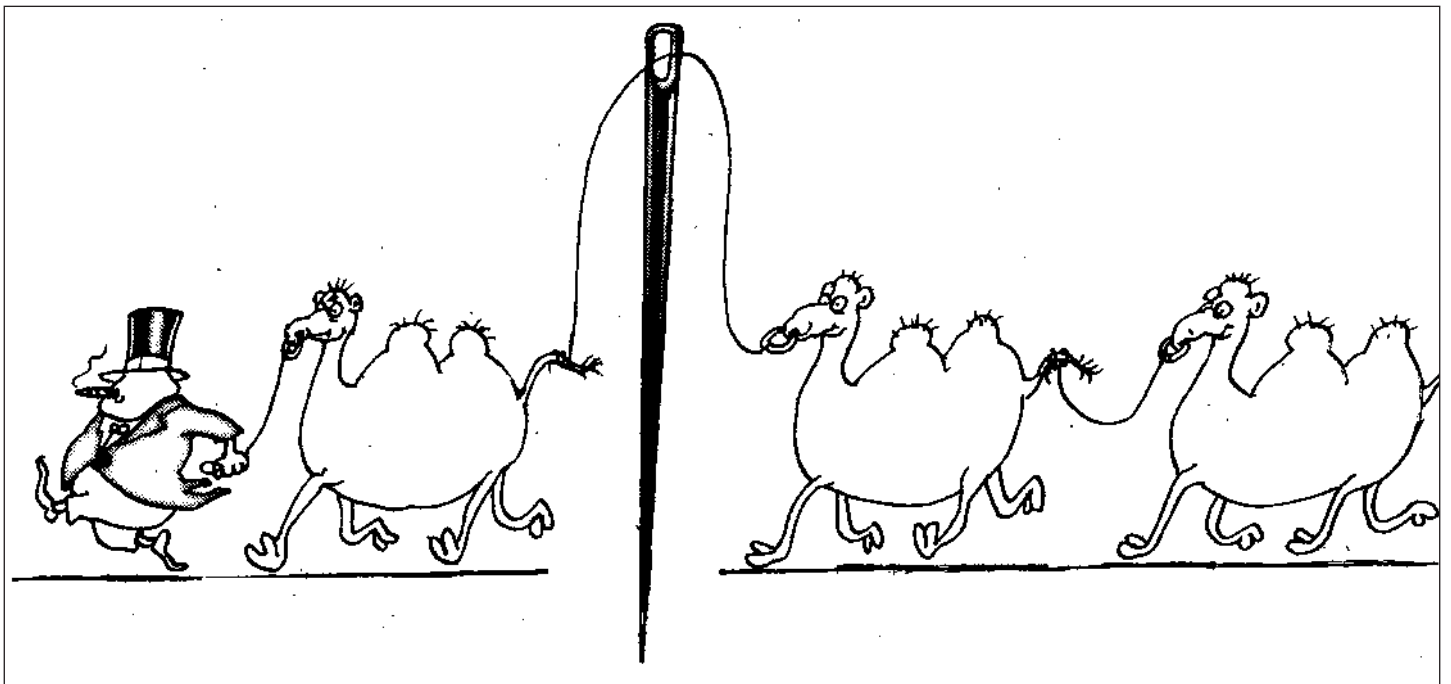
Der Massenwiderstand formiert sich auf allen Kontinenten. Menschen unterschiedlichster politischer Anschauungen begehren auf. Ihr Protest und die ablehnende Haltung auch von NATO-Staaten haben zweifellos Gewicht. Aber die bange Frage im Volk, ob gegen die Kriege unseres Zeitalters überhaupt noch etwas getan werden könne, bleibt. Deshalb kommt es darauf an, sich auf die besten Erfahrungen und Traditionen der Friedensbewegung zu stützen. Eine von ihnen besagt: Die Flucht der Amerikaner aus Saigon wurde nicht nur durch die Panzer der vietnamesischen Befreiungsfront bewirkt; sie war auch das Ergebnis weltweiter Solidarität mit ihr.

Was steckt hinter der noch gesteigerten Aggressivität, die die Vereinigten Staaten heute an den Tag legen? Natürlich kein Streben nach kolonialer Unterwerfung der Dritten Welt, nach globaler Herrschaft, nach Öl und Gas, wenn man der Desinformationsoffensive der Bush-Krieger Glauben schenkt. Doch ich erinnere mich gut, was der kanadische Publizist Sidney Gordon während des Vietnam-Krieges schrieb: „An ihren Lügen sollt ihr sie erkennen ... Wenn ihr sie glaubt, dann seid ihr einfältig.“

Die Waffe der Wahrheit nutzen, Bekennermut unterstützen, das ist es, was auch bei uns in Halle junge und alte Friedensaktivisten, Studenten, Professoren, Gewerkschafter, Christen, Kommunisten, Sozialisten, Verbände und Vereine, darunter die Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins, mit ihrem Nein zu Bushs Krieg gegen Irak erreichen wollen. Diesem Ziel gelten ihre Mühen, die Mahnwachen im Winter, die Predigten in der Marktkirche, Flugblätter, Plakataktionen und manches Beherzte mehr.

Wie der einstige strategische Planer der U. S. Air Force John Warden im Stil der „Piloten im Pyjama“ versicherte, werde ein zweiter Irak-Krieg dank neuer Präzisionswaffen im Unterschied zum ersten, der fünf Wochen dauerte, nicht mehr als vier oder fünf Tage brauchen, um alles in Schutt und Asche zu legen. Die Präzision des Todes und der Massenvernichtung ist angesagt. Wir müssen den Feinden der Menschheit in den Arm fallen!

Hans-Dieter Krüger



Ein Multitalent

Der unter dem Pseudonym **SHAHAR** bekanntgewordene Grafiker und Karikaturist (Jahrgang 1956) – er arbeitet auch für den „RotFuchs“ – ist zugleich ein sehr begabter Ikonenmaler. Er wohnt in Berlin. Geboren wurde er in der Tadschikischen Sowjetrepublik. In Sibirien wuchs er auf. Nach der Emigration seiner Familie lebte **SHAHAR** zehn Jahre in Israel. Später übersiedelte er in die BRD.

In seinen Arbeiten wendet sich der politisch engagierte Künstler gegen Faschismus, Rassismus und Krieg. Seine Sympathien gehören einer sozialistischen Welt und der Sache des Kommunismus. Das Multitalent **SHAHAR** ist mit keiner Schablone zu erfassen und in kein Schema zu pressen. Sein Werk, aus dem wir einen kleinen Ausschnitt vorstellen, ist vielgestaltig und durch unterschiedliche Stilarten charakterisiert.



Vom geistigen Leben in der chinesischen Metropole

Was in Beijing diskutiert wird

„Der Weltsozialismus und das 21. Jahrhundert“ lautete das Thema eines internationalen Symposiums, das vor einiger Zeit in Beijing stattfand. Eingeladen hatten das Studienzentrum für Weltsozialismus an der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG), das Institut für die Sammlung, Übersetzung und Herausgabe der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin beim ZK der KP Chinas, das Institut für Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Theorie an der AfG, das Institut für Marxistische Philosophie und Chinas Modernisierung an der Sun-Yatsen-Universität in Guangdong und das Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus der Zentralen Chinesischen Pädagogischen Universität Beijing. Diese Aufzählung mag formal erscheinen, vermittelt jedoch einen kleinen Einblick in die Vielfalt und Verschiedenartigkeit von chinesischen Studien- und Lehranstalten zu Problemen des Sozialismus in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nachfolgend kann nur ein kurzer Überblick gegeben werden.

Neben zahlreichen Angehörigen der AfG waren etwa 100 offizielle Teilnehmer aus Parteischulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen des ganzen Landes gekommen. Aus Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Indien, Japan, aus der Russischen Föderation, aus der Ukraine und aus den USA hatten sich 21 geladene Gäste eingefunden; ich war der einzige Deutsche.

In den Plenartagungen wurden u. a. folgende Themen erörtert: Kapitalismus und Sozialismus in der Gegenwart und ökonomische Globalisierung; Historische Erfahrungen aus dem Aufstieg und Untergang des Sozialismus in der UdSSR und Osteuropa im 20. Jahrhundert; Gibt es im derzeitigen Rußland Perspektiven für einen „neuen Sozialismus?“; Was ist Sozialismus mit chinesischer Charakteristik?, Sozialismus als „positive Dialektik“; Erfahrungen des Sozialismus des 20. Jahrhunderts für den Kampf um den Sozialismus in der Zukunft.

Wir tagten auch in vier Arbeitskreisen. Die Veranstalter hatten mich gebeten, im 4. Arbeitskreis zu sprechen, der sich mit dem Thema beschäftigte: „Das 21. Jahrhundert und das sozialistische China“. Ich regte an, nicht nur lapidar festzustellen, daß der Sozialismus in der UdSSR sowie in Mittel- und Osteuropa nicht mehr existiere, sondern auch zu studieren, unter welchen Bedingungen er jahrzehntelang erfolgreich bestand und durch welche Faktoren er schließlich seine Existenz verlor. Wie viele Schlußfolgerungen hatten Marx, Engels und Lenin aus der nur etwa 70 Tage währenden Herrschaft der Pariser Commune von 1871 gezogen! Wäre es da nicht vernünftig, aus mehr als 70 Jahren Aufbau des Sozialismus nach der Oktoberrevolution 1917 noch weitaus mehr Schlußfolgerungen für den Kampf um einen grundlegend neuen Zivilisationstyp des Menschengeschlechts zu ziehen? Ich empfahl, z. B. unsere Erfahrungen mit dem

Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und mit dem 1976 beschlossenen Zivilgesetzbuch der DDR (weil in China z. Z. eine entsprechende Kodifizierung vorgestellt wird) zu studieren. Gebeten, kurz die hauptsächliche innere Ursache unserer Niederlage zu benennen, für die wir selbst verantwortlich sind, antwortete ich in etwa: Meine Partei, die SED, wurde schließlich ihrer führenden Rolle (im besten Sinne des Wortes verstanden) nicht mehr gerecht.

Den Abschluß und Höhepunkt der gesamten Tagung bildete der Plenarbeitrag des berühmten Philosophen und Marx-Engels-Forschers Prof. Georgij Bagaturija aus Moskau. Er verwies darauf, daß sich die dialektisch-materialistische Theorie über die Gesellschaft und ihre Geschichte (d. h. die materialistische Geschichtsauffassung, der „Historische Materialismus“) von Marx und Engels in Verbindung und Auseinandersetzung mit den neuesten, modernsten gesellschaftlichen Entwicklungen und wissenschaftlichen Entdeckungen herausgebildet hat. Sie werde unfruchtbar, wenn man sie vulgarisiere und dogmatisiere, so daß sie zu einer Art Glaubenslehre verkomme und nicht mehr als Mittel für die Analyse der sich ständig verändernden objektiven Realität genutzt werden könne. Die vielen Möglichkeiten, den literarischen Nachlaß von Marx und Engels kreativ zu nutzen (selbst nach dem 1974 redimensionierten Plan soll die Marx-Engels-Gesamtausgabe – MEGA – 122 Bände umfassen), seien noch längst nicht ausgeschöpft.

Dieses Symposium – es fand im unmittelbaren Vorfeld des 16. Parteitags der KPCh statt – war nicht die einzige internationale wissenschaftliche Konferenz dieser Art, die in

China durchgeführt wurde. Ich selbst habe z. B. im September 2001 mit Vorträgen an der Universität Beijing an einer Konferenz zur aktuellen Bedeutung der Schrift von Marx und Engels „Die deutsche Ideologie“ (1845/1846) sowie im April 2002 an der Beijinger Volksuniversität an der Konferenz über die Marxsche Politische Ökonomie und das 21. Jahrhundert teilgenommen.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Volksrepublik China mit beinahe einem Viertel der derzeitigen Erdbbevölkerung befaßt sich real mit dem keineswegs risikolosen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, der von bestimmten Beobachtern vorschnell und pauschal als kapitalistischer Weg etikettiert wird. Selbstverständlich wird die Hauptfrage auch hier wie zuvor in der UdSSR und der DDR sein, über welche persönlichen und politischen Qualitäten, über welche wissenschaftlichen und praktisch-revolutionären Erkenntnisse und Erfahrungen die nachrückenden Generationen führender Kräfte in der KPCh, in staatlichen, wirtschaftlichen und anderen öffentlichen Funktionen verfügen. Nicht wenige Kader haben im kapitalistischen Ausland studiert, nachdem das etwa ab 1961 nicht mehr in der UdSSR und anderen Ländern des RGW möglich war.

Die Geschichte auch des chinesischen Volkes ist offen. Tatsache aber bleibt: Alle ausländischen Teilnehmer der geschilderten Konferenz kamen aus Ländern, in denen es sozialistische Gesellschaftszustände entweder früher gegeben hat oder noch nie gab. Nur die chinesischen Gastgeber vertraten ein Land, das den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus bis 2050 praktisch gestalten will.

Eike Kopf, Beijing

Gedenken an die Opfer des japanischen Massakers in Nanjing

Von Tokio geleugnet

Am 12. und 13. Dezember 2002 fanden in Nanjing (Nanking) und in der chinesischen Hauptstadt Beijing (Peking) Gedenkveranstaltungen anlässlich des 65. Jahrestages des japanischen Massakers statt. Nippons Truppen, die am 13. Dezember 1937 die damalige chinesische Hauptstadt Nanjing besetzten, haben in den darauf folgenden sechs Wochen 300 000 Zivilisten und entwaffnete chinesische Soldaten ermordet, ein Drittel aller Gebäude der Stadt zerstört, zahllose Frauen vergewaltigt und die Stadt geplündert.

Im japanischen Aggressionskrieg, der nach der Besetzung Nordostchinas 1931 mit dem Angriff auf Beijing am 7. 7. 1937 auf das ganze Land ausgedehnt wurde, kamen mehr als 25 Millionen Chinesen ums Leben. Ein ungeheurer Blutzoll, der in vielen Materialien über den Zweiten Weltkrieg ausgeblendet wird. China war im Osten Hauptkriegsschauplatz im weltweiten antifaschistischen Krieg. Das Massaker in Nanjing ist als ein besonders grausames Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in die Geschichte des Zweiten Weltkrieges eingegangen. Bis heute wird dieser Massenmord in der offiziellen japanischen Geschichtsschreibung verschwiegen oder geleugnet.

Auf einem Gelände in der Millionenstadt Nanjing, wo Massenerschießungen stattfanden und Massengräber gefunden wurden, errichtete China 1985 eine Gedenkstätte für die 300 000 Opfer dieses Massakers. Es gibt wohl niemanden, der den Ort ohne tiefe Betroffenheit verläßt. Tafeln mit zahllosen Namen Ermordeter, Skulpturen, geborgene Gebeine in einem Bauwerk in Form eines Sarges sowie eine Ausstellung mit Dokumenten und umfangreichem Fotomaterial vermitteln dem Besucher ein unauslöschliches, erschütterndes Bild dieses Verbrechens. Es waren meist die japanischen Soldaten selbst, die auch ihre schlimmsten Bestialitäten im Foto festhielten. Diese Dokumente wurden später zu Beweismaterial in den Kriegsverbrecherprozessen gegen japanische Generale, Offiziere und Soldaten.

Am Gedenktag im Dezember 2002 wurde dem Memorial eine 40 Meter lange, aus Bronze gegossene Straße mit den Fußabdrücken und den Namenszügen der heute noch 222 Überlebenden des Blutzolls vor 65 Jahren hinzugefügt.

Die Gedenkstätte dokumentiert eine chinesische Weisheit: Die Erfahrungen der Vergangenheit sind die Lehrer für die Zukunft.

Rolf Berthold

Steirische Kommunisten punkteten in Graz

20,9 % für die KPÖ!

Während die von der nach rechts tendierenden Mehrheit ihres Bundesvorstandes unter Walter Baier in den Abstieg geführte Wiener KPÖ mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, haben die steirischen Kommunisten dieser Partei, die einer klaren Orientierung folgen, einen triumphalen Wahlerfolg eingefahren.

In Graz – Landeshauptstadt der Steiermark und zweitgrößte Stadt Österreichs – errang die von Ernst Kaltenegger angeführte Liste sensationelle 20,94 % (plus 13,9 %). 22 200 Wählerstimmen brachten

12 Mandate im Grazer Gemeinderat (bisher 4), 2 Sitze in der Stadtregierung und mehr als 30 Bezirksratsmandate in den einzelnen Stadtbezirken ein.

In einer Presseerklärung des steirischen Parteivorsitzenden Franz Stephan Parteder wird davon gesprochen, es handle sich um „eine eindrucksvolle Bestätigung des Weges der KPÖ Steiermark“. Die Möglichkeit einer Alternative zur Politik der Herrschenden sei in Graz sichtbar und bestätigt worden. Das steirische Landesprogramm der KPÖ versuche, den Weg

zu einer alltagstauglichen und perspektivischen Politik der Gesamtpartei zu skizzieren. Man wolle es dem bevorstehenden Programmparteitag der KPÖ als eine Diskussionsgrundlage unterbreiten.

„RotFuchs“-Leser am Ort des Geschehens übermittelten uns diese wichtigen Informationen und verwiesen darauf, daß sich die Grazer KPÖ „strikt gegen den pluralistisch-mutierte Parteiauflösungstrip der Mehrheit im KPÖ-Bundesvorstand“ ausgesprochen habe.

C. A.

Freiheit für die „Miami-5“!

Politische Gefangene

Havanna hat sich mit der Bitte an die internationale Öffentlichkeit gewandt, dem Kampf für die Freilassung der fünf seit 1998 in den USA gefangen gehaltenen und wegen „Spionage“ zu drakonischen Strafen verurteilten kubanischen Patrioten weltweite Unterstützung zu geben.

Inzwischen haben sich in 52 Ländern – darunter auch in der BRD – insgesamt 88 Komitees gebildet, die in diesem Sinne wirken. In den Mittelpunkt ihrer Aktivität

stellen diese Gremien den Nachweis, daß die „Miami-5“, wie die als Helden Kubas ausgezeichneten Kämpfer gegen den Terrorismus inzwischen bezeichnet werden, politische Gefangene sind.

Die fünf Männer – ausgebildete Diplomaten, Ökonomen und Ingenieure – waren auf konspirativem Wege in die gegen den sozialistischen Inselstaat arbeitenden Terrorstrukturen kubanischer Exilgruppen in Miami (USA-Bundesstaat Florida)

eingedrungen. Ihr Auftrag lautete, geplante Anschläge rechtzeitig zu erkunden. Ihre Tätigkeit konzentrierte sich ausschließlich auf die Sicherheit Kubas, war also nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Sie haben keinerlei Aufklärung von USA-Objekten betrieben.

Der „RotFuchs“ unterstützt das deutsche Komitee, das sich für die Freiheit der „Miami-5“ einsetzt.

R. F.

Die Republik Belarus garantiert allen Bürgern Arbeit

Lukaschenko hält ...

Die Republik Belarus mit der Hauptstadt Minsk ist die einzige der früheren Sowjetrepubliken, die nicht in den Strudel des mit der Konterrevolution eingeleiteten politischen, ökonomischen und sozialen Niedergangs hineingerissen wurde. Sie verteidigt ihre Unabhängigkeit und bewahrt Errungenschaften und Werte aus sowjetischen Zeiten. Ihr vom Westen nicht geschätzter Staatschef steht für diesen Kurs. Die Moskauer Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ brachte am 9. Januar 2003 Auszüge aus der Neujahrsansprache des belorussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, die auch für unsere Leser von Interesse sein dürften.

... Es ist wohl nicht richtig, im Rahmen der Neujahrsansprache einen „Erfolgsbericht“ zu geben ... Laßt uns aber mal sehen, was wir nicht haben. Erstens haben wir weder innere noch äußere bewaffnete Konflikte. Unsere Menschen wachen nachts nicht von Explosionen auf, unsere Kinder und Enkel vergießen ihr Blut nicht an „Brennpunkten“. ... Wir kennen weder religiösen noch nationalen Hader. Wir leben in Frieden, Freundschaft und Einvernehmen. Und jedem steht der Weg zu seinem Tempel offen. ... Ungeachtet aller Lügenprophezeiungen

und Behinderungen durch unsere Neider, haben wir keine Rückentwicklung in der Volkswirtschaft.

In unserem Land kann jeder, der das will, arbeiten. Und verdienen! In unseren Häusern ist es warm, hell und behaglich. Wir verlieren nicht die Kontrolle über die Probleme, die durch die Gebrechen der Weltwirtschaft entstehen. Wir haben keine wilde Spaltung der Gesellschaft in ein Häuflein Superreicher und Millionen Bettler. Unsere Gesellschaft wird nicht vom Rost der Korruption zerfressen. Und schließlich kennt die Welt nicht den

Begriff „Flüchtling aus Belarus“. Im Gegenteil: Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derjenigen, die Bürger unseres Landes werden möchten ...

An diesem Abend blicken wir uns offen in die Augen und denken über einfaches menschliches Glück nach. Dessen Formel ist unkompliziert und universell: Arbeit. Nur die Arbeit von jedem und allen ist Pfand unseres Aufblühens. Und damit auch unseres Glücks!

Übersetzungen aus dem Russischen:
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Rußland nach der Konterrevolution

Bilanz der Zerstörung

Nach dem konterrevolutionärem Umsturz in Rußland hat die Wirtschaft enormen Schaden genommen. Die Anzahl der Wissenschaftler ist halbiert; sie hat sich um gut eine Million Personen verringert ... Die Zahl der Industriearbeiter ist, bedingt durch die Zerstörung der Industrie, von 18 auf 10 Millionen zurückgegangen. Dafür gibt es etwa 10 Millionen Reishändler

und Wachmänner für das neue Bürgertum. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Rußlands ist bis auf 7 % des amerikanischen gesunken, in der Lebenserwartung seiner Menschen nimmt das Land jetzt den 110. Platz in der Welt ein.

(Aus den Ende 2002 veröffentlichten „Thesen zur Entwicklung des 21. Jahrhunderts“ des ZK der RKP-KPdSU)

Das Sinken der „Prestige“ und der Sturzflug des Prestiges der Aznar-Regierung

Zur Ölkatastrophe vor Nordwestspanien

Am 13. November 2002 ersuchte der Kapitän des Öltankers „Prestige“ den Hafendirektor von Fisterre an der Costa da Morte (Todesküste) der spanischen Provinz Galicia um technische Hilfe. Der Hafen untersteht dem Madrider Ministerium für Entwicklung und Aufbau unter Alvarez Cascos. Der Minister gehört der Volkspartei (PP) des scharf rechtsgerichteten spanischen Premiers Aznar an. Man verweigerte dem Kapitän jegliche Unterstützung und ließ die „Prestige“ nach fast einwöchigem Hin und Her auf hohe See abschleppen – jedenfalls, soweit es ging! Nach 250 Meilen brach das Schiff in internationalen Gewässern auseinander. Sein Abtransport war trotz gegenteiliger Experten-Ratschläge erfolgt. Auch der Kapitän hatte sich dagegen gewandt.

Der zwei Fußballfelder große Öltanker sank und liegt, in zwei Teile gespalten, die drei Kilometer voneinander entfernt sind, in einer Meeresströmung, die parallel zur cantabrischen Küste verläuft. Deshalb gelangt das Öl in weite Zonen am Nordatlantik.

Die Dimension der Katastrophe ist weder sozial noch ökologisch noch ökonomisch abzusehen. Die Verschmutzung erreichte inzwischen die Küsten Portugals und Frankreichs. An den bereits verschmutzten Abschnitten muß man sich auf lange Fristen einstellen. Denn tonnenweise läuft

täglich Öl aus dem Wrack. Orte an der Costa da Morte erleben alle paar Tage eine neue schwarze Flut. Chapapote, so heißt das geflügelte Wort, Synonym für das Desaster, für die Wut auf die Unfähigkeit der Herrschenden und deren Arroganz, gelangt weiterhin in unterschiedlicher Konsistenz an die Küsten. Chapapote bedeutet Asphalt, Erdpech. Mit ihm verklebt, tot oder halbtot, werden Vögel, Fische und anderes Getier an den Strand gespült.

Zwei Faktoren kennzeichnen das Verhalten der regierenden PP im Umgang mit der Katastrophe: ihre verlogene Informationspolitik und ihre absolute Unfähigkeit, dem Geschehen zu begegnen. Man fragt sich: Warum besitzt Spanien mit so viel Küste eigentlich keinen entsprechenden Vorsorgeschutz? Ganz einfach: weil solche Dinge nicht ins hiesige Modell der totalen Liberalisierung und Privatisierung sämtlicher Gesellschaftsbereiche passen.

Die erste Entscheidung der Regierung – sie wird inzwischen „juristisch untersucht“ – war für ihr fehlendes Verantwortungsbewußtsein bezeichnend. Die „Prestige“ aufs offene Meer zu ziehen hieß: Der Ozean wurde als Müllkippe benutzt. Madrid lehnte es ab, den havarierten Tanker in den Hafen der Provinzhauptstadt A Coruna zu schleppen. Statt dessen versuchte man zunächst, ihn in portugiesischen Gewässern zu versenken. Als die

„Prestige“ auf hoher See nicht sinken wollte, spielte PP-Verteidigungsminister Trillo ernsthaft mit dem Gedanken der Bombardierung, sollte sie nicht im Meer verschwinden. Die nächsten Schritte unter der Regie des Vizepräsidenten Rajoy bestanden darin, das Desaster einfach zu negieren. Über Galicia wurde eine Informationsperre verhängt. Von einer marea negra (schwarzen Flut) durfte nicht gesprochen werden. Es handele sich nur um „vereinzelte Ölflecken“, wurde behauptet. Die Menschen an der asphaltierten Küste waren sich einig in der empörten Feststellung: „Der Staat ist abwesend.“

Es war auch in diesen ersten Wochen, als die herrschende Clique die Lösung ausgab, freiwillige Helferinnen und Helfer sollten wegbleiben. Man wollte das Ausmaß der Verschmutzung verbergen. Madrid verbot selbst portugiesischen Maschinen, deren Besatzungen die Bewegung der Ölteppiche auf See zu beobachten hatten, das Überfliegen spanischer Hoheitsgewässer. Ausländischen Journalisten wurden alle nur denkbaren Hindernisse in den Weg gelegt. Katalanische Voluntarios hatten ein Revers zu unterschreiben, nichts von dem Gesehenen zu erzählen. Damals klaubten Bevölkerung und Freiwillige das hochgiftige Chapapote mit der Hand auf. Es dauerte lange,

bis alle die entsprechende Sicherheitsausrüstung erhielten. Erst nach drei Wochen begannen auch die Soldaten Trillos, sich die Hände schwarz zu machen. Während Rajoy zunächst von „einigen kleinen Fädchen“ sprach, die noch ausströmten, floß das Öl weiter in Riesenmengen aus dem am Meeresgrund liegenden Tanker.

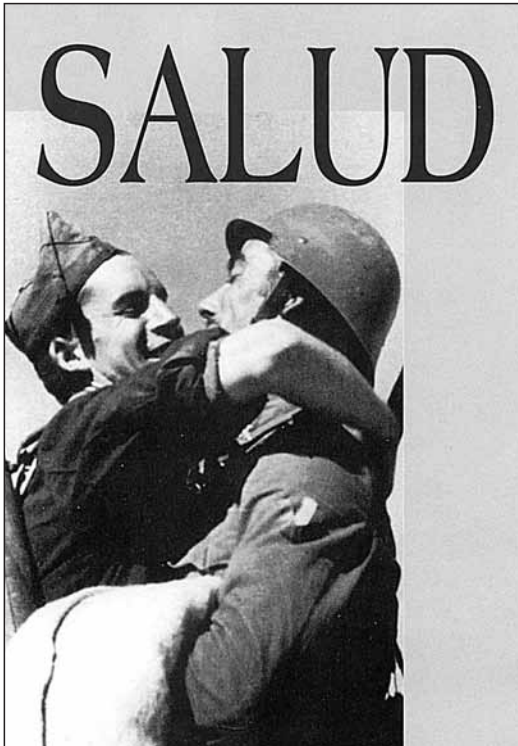
Als die dritte große Ölwellen angekündigt wurde, traten Fischer und Langustenfänger der Berufsstände des am meisten betroffenen Gebiets in einen Hungerstreik, um die Regierung zu zwingen, endlich angemessene technische Hilfe zu schicken. Ihre Schiffe waren nicht mehr tauglich, der weiteren Überflutung mit Petroleum standzuhalten. Man bedenke: 40 % der Versorgung der EU-Staaten mit Krustentieren und Meeresfrüchten kommen von der Küste Galicias.

Nach der jüngsten Katastrophe – andere mit ähnlichem Verlauf waren vorausgegangen – bildete sich schnell die Plattform „Nunca Más!“ (Niemals mehr!) als Ausdruck des Protests. Sie organisierte praktische Schritte des Widerstandes, die in Galicia bisher ungekannten großen Demos und Manifestationen gegen die Regierung. Die verantwortlichen Politiker wurden gebührend „empfangen“. Man forderte ihre Demission. Die Wände tragen bis heute entsprechende Losungen.

Das arme Galicia, ein klassisches Auswanderungsland, wird von dem berüchtigten Fraga Iribarne regiert. Der einstige Minister Francos war für Todesurteile der Diktatur mitverantwortlich. Auf Kommunal- und Dorfebene herrschen die sogenannten Kaziken – lokale Bonzen, die alle Fäden in der Hand halten und so die politische und ökonomische Macht sichern. Aus Galicia wird von mafaartigem politischen Druck berichtet. So bekommen beispielsweise die in der Hand der PP befindlichen Rathäuser alle notwendigen Mittel zum Säubern der Küste, während andere sich dies über „Wohlverhalten“ verdienen müssen. Kazikenringe der PP verbreiteten vom ersten Tag der Ölflut an Angst und terrorisierten die Fischer.

Inzwischen läuft die Diffamierungs- und Desinformationskampagne auf Hochtouren. Fraga Iribarne beschimpfte Freiwillige sogar als „Terroristen“. Ebenso lief die Kriminalisierung der Plattform „Nunca Más!“ an ... Auf welchem Gebiet das von der Reaktion regierte Spanien keinen Moment abwesend war, zeigte sich schnell: bei der Unterdrückung des zunehmenden Unwillens der Menschen, beim Niederknüppeln von Demonstranten und beim Schutz der Macht gegen die berechtigte Wut der Machtlosen. Die Abwesenheit dieses Staates in sozialen Fragen, auf dem Gebiet von Unterstützung, Hilfe und Fürsorge, steht nämlich in einem scharfen Kontrast zur ständigen Anwesenheit seines Repressionsapparates.

Isolda Bohler, Valencia



Angesichts des scharfen Rechtskurses der mit Bush eng liierten Madrider Aznar-Regierung denken immer mehr Spanier an die Zeiten der Republik. Sie bestand bis 1939 und wurde von Interbrigadisten gemeinsam mit der Volksarmee verteidigt.



Joël

Monat für Monat arbeiten wir bei der Herstellung des RF mit einer jungen Frau zusammen, die in der Druckvorstufe tätig ist und u. a. unsere Zeitung betreut. Wir wußten von ihr nur, daß sie zwei Kinder hat. Jetzt schenkte sie uns einen Kalender mit wunderschönen Fotos. Sie hat ihn selbst gestaltet.

Die Bilder zeigen einen Jungen und ein Mädchen – Joël und Joana. Wir haben der Mutter zu diesen prächtigen Kindern – halb Afrika/halb Europa – gratuliert und ihr gesagt, daß wir sie unseren Lesern gerne vorstellen würden. Sind wir doch stets auf der Suche nach eindrucksvollen Motiven – besonders solchen, die unsere anti-

rassistische Haltung zum Ausdruck bringen. Wir erhielten die Erlaubnis zur Veröffentlichung. Die Aufnahmen bekräftigen, wie sehr die zur Hebung des Selbstwertgefühls der Unterdrückten in den 70er Jahren von der afroamerikanischen Befreiungsbewegung ausgegebene Losung zutrifft: Black is beautiful! S. R.



und Joana

¡Presente!

■ Vor 85 Jahren, am 23. Februar 1918, wurden die Truppen der deutschen Imperialisten, die unter Bruch des Waffenstillstands weite Gebiete Belorusslands, der Ostseestaaten und der Ukraine besetzt hatten und nun auf Petrograd marschierten, bei Pskow und Narwa zurückgeschlagen. Die kritische Situation, die durch die Selbstauflösung der zaristischen Armee eingetreten war, veranlaßte die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei, an die Aufstellung einer neuen Armee zu gehen. In der „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ der Konstituierenden Versammlung (bestätigt vom III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß) hieß es: „Um den werktätigen Massen die unumschränkte Macht zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter auszuschließen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen **Roten Armee** der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.“



Auf dieser Grundlage entwickelte und festigte sich die aus den Roten Garden und den revolutionären Soldaten der zaristischen Armee geschaffene Armee. Sie hatte allerdings keine Zeit zur ruhigen Entwicklung. Ausländische Mächte und weißgardistische Generale mit ihren Söldnerscharen bedrängten von allen Seiten die junge Sowjetmacht und versuchten, sie im Blut zu ersticken. Nach mehr als drei Jahren imperialistischer Kriege, mit einem durch diesen Krieg völlig zerrütteten und desorganisierten Hinterland, schlecht bewaffnet und bekleidet, ohne genügenden Nachschub an Waffen und Verpflegung, hielt die junge

Rote Armee, in der einfache Arbeiter zu Heerführern wurden, dem Ansturm der überlegenen Angreifer stand, schlug sie vernichtend und befreite den Sowjetboden von den fremden Truppen und Weißgardisten – ebenso, wie sie nur wenige Jahre später im Großen Vaterländischen Krieg nach langen, erbitterten und äußerst verlustreichen Kämpfen schließlich den Sieg errang.

■ Am 23. Februar feiern wir dieses Jahr den 100. Geburtstag eines Genossen, dessen Leben und unerschrockener Kampf uns Vorbild und Verpflichtung ist. „Mein ganzes Leben hindurch habe ich gesungen; ich weiß nicht, warum ich gerade zum Schluß aufhören sollte, wenn man am intensivsten lebt. Es gibt kein Leben ohne Gesang, wie es kein Leben ohne Sonne gibt.“ Diese Worte richtete der tschechoslowakische Schriftsteller und Freiheitskämpfer **Julius Fucik** im Jahre 1942 an seine Zellengenossen im Prager „Pankrác“-Gefängnis. Sie vermitteln das Bild eines Menschen, den auch der Terror der SS-Banden nicht in die Knie zwingen konnte.

In einem der ältesten Industrievororte Prags, in Smichow, wurde Fucik als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Nach dem Schulabschluß trat er in die Philosophische Fakultät der Prager Universität ein. Die Notwendigkeit, sich sein Studium und seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ließ ihn die verschiedensten Berufe ausüben. Er arbeitete als Sporttrainer, Bauarbeiter, Hauslehrer, Erdarbeiter und Reklameplakatträger. Nach dem Abschluß seines Studiums trat er in die Redaktion der „Rude Pravo“ ein und war Mitarbeiter verschiedener Literaturzeitschriften. Nach einer sechsmonatigen Reise durch die Sowjetunion veröffentlichte Fucik seine Reportagen unter dem Titel „Eine Welt, in der das Morgen schon Geschichte ist“ (Paul-List-Verlag, Leipzig 1950, 352 S.), dem später ein zweites Band mit Sowjetunion-Reportagen folgte: „Im geliebten Land“ (Dietz-Verlag, Berlin 1957, 540 S.).

Zehn Jahre später, als die Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei von der Gestapo verhaftet wurde, übernahm er die Leitung der Partei und gab die illegalen Zeitungen heraus. Schon kurze Zeit später, im Frühjahr 1942, wurde Fucik durch einen Verräter ebenfalls den Nazis ausgeliefert. Zwei Jahre saß er im Prager Gefängnis „Pankrác“. Hier entstand seine „Reportage unter dem Strang geschrieben“. (Lieferbar in einer Ausgabe des Pahl-Rugenstein-Verlags – 160 S., 12,75 –, in der im Anhang auch auf die Rezeptionsgeschichte dieses weltweit verbreiteten Buches eingegangen wird.) In dieser Schrift beschreibt er die Terrormethoden der nazistischen Geheimpolizei und den Kampf, der auch noch hinter Zuchthausmauern geführt

wird. Sein Bericht endet am 9. Juni 1943 mit den Worten: „Menschen, ich hatte Euch lieb. Seid wachsam!“ Am 25. August 1943 wird Fucik durch den „Volksgerichtshof“ in Berlin zum Tode verurteilt und am 8. September in Plötzensee hingerichtet. Für die Teilnahme am antifaschistischen Widerstand und seine persönliche Tapferkeit wurde Julius Fucik nach dem Kriege vielfach geehrt. Er bleibt unvergessen!

Buch-Tips

- *Fucik: Literarische Kritiken, Polemiken und Studien.* Dietz, 1958, 360 S.
- *Fucik: Wir lieben unser Volk. Letzte Artikel u. Betrachtungen.* Dietz, 1956, 252 S.
- *Julius Fucik in Fotografien.* Artia-Verlag, Prag 1953, 124 S.
- *M. Grygar: Menschen, ich hatte Euch lieb. Das Leben Julius Fuciks. Neues Leben, Berlin 1961, 322 S., zahlr. Abb.*
- *G. Fuciková: Mein Leben mit Julius Fucik. Erinnerungen.* Dietz, Berlin 1976, 800 S., zahlr. Abbildungen

■ „Ich möchte, daß man weiß, daß es keine namenlosen Helden gegeben hat. Daß es Menschen waren, die ihren Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnungen hatten, und daß deshalb der Schmerz auch des letzten unter ihnen nicht kleiner war als der Schmerz des ersten, dessen Name erhalten bleibt. Ich möchte, daß sie alle euch immer nahe bleiben, wie Bekannte, wie Verwandte, wie ihr selbst.“
(Julius Fucik)

Robert Uhrig, vor 100 Jahren, am 8. 3. 1903, in Leipzig geboren, war Werkzeugmacher von Beruf. Später arbeitete er in der Versuchsabteilung für Radioröhren bei der Firma Osram. Wegen Fortführung einer Betriebsgruppe der illegalen KPD wurde Uhrig im Juni 1934 festgenommen und zu einem Jahr und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung begann er erneut mit der antifaschistischen Tätigkeit und wurde bald einer der führenden Funktionäre im Berliner Raum. Ihm ging es vor allem um die Zusammenfassung von Hitler-Gegnern verschiedener Schichten und politischer Auffassungen. Nur so schien es ihm möglich, den Faschismus erfolgreich zu bekämpfen. 1942 begann die Gestapo mit Massenverhaftungen, denen auch Uhrig zum Opfer fiel. Nach über zweijährigem Aufenthalt in Zuchthäusern und Konzentrationslagern stand er vom 5. bis 7. Juni 1944 erneut vor Gericht. Robert Uhrig wurde zusammen mit acht seiner engsten Kampfgefährten zum Tode verurteilt und am 21. August 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Buch-Tip

- Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus. 1936 bis 1942. Robert Uhrig und Genossen.* Dietz-Verlag, Berlin 1981, 352 S., Abb.

W. M.

Leserbriefe an **RotFuchs**



Ein Weinen geht über die Erde,
Furcht – vor Bomben und Tod –
nur Angst – was noch werde,
Hände zum Himmel in größter Not!

Kommt, wir dürfen uns nicht verbergen!
Erhebt eure Stimme zum vielfachen „NEIN“!
Die Sehnsucht der Menschen liegt nicht in den Särgen –
Frieden – nur Frieden muß sein!

Hin und wieder mache ich ein paar Reime, die jedoch bisher nur meine Familie und ein paar Freunde zu lesen bekamen. Heute wage ich es das erste Mal, mit einem Vers an die Öffentlichkeit zu treten. (...) Ich bin Deutsch-Lehrerin mit Leib und Seele, war zu DDR-Zeiten über 30 Jahre Direktor einer Polytechnischen Oberschule. Seit 1990 unterrichte ich Aussiedler aus Kasachstan und Sibirien in der Volkshochschule
Karin Fischer, Schwarzholz

(...) Herzliche Grüße aus Polen von Kommunisten und Sozialisten, die Leser Eurer hochinteressanten Zeitschrift „RotFuchs“ sind. Gute Wünsche der ganzen Redaktion, dem Versand- und Vertriebskollektiv und den Lesern des RF. (...) Die 2. Zentrale Leserkonferenz Eurer Zeitschrift ist ein hervorragendes Ereignis, über die deutschen Landesgrenzen hinaus. Wir übermitteln Euch unsere Glückwünsche. (...) Der „RotFuchs“ bereitet mir große intellektuelle Freude. Ich lese ihn sehr gern, mehr noch, manche Artikel enthalten eine tiefe Analyse der brennenden Fragen der gegenwärtigen deutschen und internationalen kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung. (...) Wir möchten Euch auch recht herzlich danken für die Beiträge und Informationen über die Lage in Polen. (...) Wir in Polen schätzen Eure redaktionelle, theoretische, ideologische und politisch-organisatorische Arbeit sehr hoch ein. Wir wünschen Euch viele weitere Erfolge, neue Konzepte, Autoren und Leser für das Gute des Sozialismus in Deutschland, Europa, Polen.
Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Wir führen mit einer Gruppe zur LL-Ehrung nach Berlin. Unter uns ein Tscheche namens Frantisek Minarik, Vorsitzender der KSCM-Gruppe in D-Poustevna, einer grenznahen Stadt unweit Sebnitz. Auf dem Weg zum Ehrenmal trafen wir den Mann vom „RotFuchs“. Und ich erklärte dem tschechischen Genossen, daß es sich um eine Zeitschrift handelt, die in unserer Umgebung immer mehr aufmerksame Leser findet, denn sie verbreitet viel Wahrheit über Geschichte und Gegenwart (...) Nur wenige Schritte entfernt war wieder eine Stand mit Mikrophon. Jetzt wollte Frantisek etwas sagen... „Ich bin zum ersten Mal hier dabei und sehr beeindruckt, wie Alte und Junge Rosa Luxemburg verehren, die vor 90 Jahren in Sebnitz gesprochen hat, gegen den drohenden Krieg. Dieser Gedanke motiviert uns gemeinsam; ich überbringe Euch internationalistische Grüße von Einwohnern, Kommunisten aus der tschechischen Grenzregion.“
Im Nu hatte sich die Szene in eine kleine Kundgebung verwandelt, 50–70 Leute waren stehen geblieben und spendeten Beifall.
Dr. Heinz Senenka, Internationale Gruppe Spurensucher

Bei uns gibt es wirklich alle Hände voll zu tun. Jetzt, da Griechenland den Vorsitz in der EU innehat, stehen für unsere Partei – die KKE – umfangreiche Kampfkaktionen auf dem Programm. Anlässlich jeder Tagung der EU findet eine Anti-Tagung statt, die von der griechischen progressiven Bewegung und der KKE organisiert wird. Es gibt Sitzungen, Veranstaltungen,

Kundgebungen, Demonstrationen und Protestmärsche. Überall in Hellas „kocht“ es, und die Bewegung hat ihre „Maschinen“ auf Volldampf gestellt. Die gewerkschaftliche Arbeiterkampffront (P.A.ME), die KKE, die Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE), die „Aktion: Thessaloniki 2003“, das Griechische Komitee für Entspannung und Frieden und viele andere Organisationen rufen das Volk zur massenhaften Beteiligung an den großen Demonstrationen auf. Sie werden am 15. 2. mit Aufmärschen in Athen und anderen Städten ihren Höhepunkt erreichen.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Ich bin Diplomingenieur der Agrarwissenschaften und arbeite seit dem Ende meiner Ausbildung an der Gesamthochschule Kassel als „ständige Teilzeitkraft“ im Paketdienst/Nachtschicht bei der Deutschen Post AG. Kein Parteimitglied, bin ich Stammwähler der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE). Ich fühle mich vertrauensvoll und aus traditionellen Gründen sehr mit ihr verbunden. (...) Seit dem Wegfall der Mauer habe ich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, viel politische DDR-Literatur (meist von SED-Autoren geschrieben) zu kaufen und zu lesen. Ich konnte mich vom prinzipiellen Sinn und der Richtigkeit der SED-Konzeption überzeugen. (...) Aufmerksam auf die Existenz des „RotFuchs“ (seit seiner Gründung 1998) wurde ich durch das Lesen der KKE-Presse, die des öfteren ins Griechische übersetzte Beiträge von Ihren Autoren brachte. Meist berichtete von Ihnen auch ein KKE-Genosse, der in Berlin lebt ... Thanassis Georgiu. Bitte grüßen Sie ihn sowie den Genossen Sokrates Papadopoulos von mir. (...) Ich freue mich sehr über Ihre Bemühungen um eine politische Vernetzung der Linken durch den RF. (...)

Kyriakos Kourentzas, Witzenhausen

Ich habe mir im November ein paar Probeexemplare des „RotFuchs“ kommen lassen, und zwar nachdem ich im Anschluß an ein Konzert im Mainzer Unterhaus noch lange mit André Thiele zusammensaß. (Er wird in diesem Jahr eine Festschrift für Hacks herausgeben.) Wie das so ist, wenn Marxisten in diesen Zeiten so darüber reden, was ist und was sein sollte, verständigten wir uns sehr bald darauf, daß uns kaum etwas so dringlich und notwendig erscheint wie eine gemeinsame marxistische Organisation unter Einbeziehung von DKP, PDS-Linker, derzeit Unorganisierten etc. – eine Art „Rifundazione“ der deutschen Kommunisten, Sozialisten, Marxisten also. (Jürgen Elsässer äußerte in der jW unlängst etwas ähnliches.) Thiele sagte mir, daß Beiträge und Diskussionen in diese Richtung derzeit vor allem im „RotFuchs“ und in „offensiv“ zu finden seien, worauf ich mir Hefte bestellte. (...)

Kai Degenhardt, Hamburg

Wir wünschen Euch eine erfolgreiche 2. Leserkonferenz. Ihr habt Euch, wie uns Klaus Steiniger mitteilte, viel vorgenommen: Ihr wollt beraten, wie die „Ausstrahlungskraft marxistisch orientierter Publikationen erhöht werden könnte“. Ihr wollt „Einschätzungen der sich schnelllebig verändernden nationalen und internationalen Bedingungen austauschen“ und die „im Rahmen der Möglichkeiten liegenden Reaktionen abstimmen“. Diese Anliegen finden unsere vollste Zustimmung: Das sind die Fragen, die drängend vor uns stehen. (...)

Anna Heinrich und Frank Flegel, offensiv, Hannover

Die ersten fünf Jahre des erfolgreichen Bestehens des „RotFuchs“ und die ständig gewachsene Zahl der Wortmeldungen ... sind Ausdruck und Beweis dessen, daß eine verlorene Klassenschlacht niemals mit dem Untergang der Sache oder dem Ende des revolutionären Prozesses gleichgesetzt werden kann. (...) Aus der Sicht meiner Erfahrungen als ehemaliger Neubauer und Funktionär der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands weiß ich,

welchen revolutionären Wandlungsprozeß allein das Bündnis der Arbeiter und Bauern seit der Durchführung der demokratischen Bodenreform sowie mit der sozialistischen Umgestaltung und der Herausbildung einer neuen Klasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, durchlebt hat. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte spürten die werktätigen Bauern einen Verbündeten an ihrer Seite, der ohne Vorbehalt und selbstlos alles tat, um sie aus ihrer gebeugten zwiespältigen sozialen Lage ohne List und Betrug herauszuführen. Aus den einstmals durch die herrschende Klasse in tiefster Armut und Unwissenheit gehaltenen Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern entwickelten sich hochqualifizierte Menschen, die aktiv an der Lenkung und Leitung ihrer Genossenschaften und ihres Staates teilnahmen. Die erste Frau im neugebildeten Staatsrat der DDR war eine Genossenschaftsbäuerin aus dem Kreis Teterow. Sie gehörte der DBD an. Diese Persönlichkeitsentwicklung fand ihren Ausdruck darin, daß 85,4 % aller Beschäftigten der Landwirtschaft eine staatlich anerkannte fachliche Ausbildung erreichten. Das beantwortet zum Teil auch die Frage, warum sich nach der Eingliederung der DDR in die BRD Mitglieder der aufgelösten LPGen erneut in bedeutendem Umfang zur Gründung von Agrar-Genossenschaften zusammengeschlossen haben. Sie gehören zu den am erfolgreichsten wirtschaftenden Betrieben der Landwirtschaft der BRD.

Sicherlich – der Sieger schreibt heute seine Geschichte und beraubt den Besiegten jeglicher Identität. Er verteuft alles, was die erste Arbeiter- und Bauernmacht auf deutschem Boden hervorbrachte. Dem muß massiver Widerstand entgegengesetzt werden. Halten wir uns an die elfte These von Karl Marx über Feuerbach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“
Erwin Mitzkat, Teterow

Den „RotFuchs“ lese ich mit großer Freude und Gewinn. Ich bin Vater einer zweijährigen Tochter und bald auch noch stolzer Vater von Zwillingmädchen.

Wenn man den „RotFuchs“ liest, fällt auf, daß viele Autoren schon hochbetagt sind. Da stellt sich die Frage: Wer wird später marxistische Bildung vermitteln? Am Ende der DDR war ich Offiziersschüler. Heute bin ich Sozialarbeiter. (...)
Sven Grelke, Erfurt

(...) Ich bin 20 Jahre alt. Mit meinem Vater war ich in Buchenwald und Sachsenhausen, wo das wahre Ausmaß der faschistischen Verbrechen heute nicht mehr gezeigt oder erklärt wird. Man arbeitet dort sehr oberflächlich, vor allem mit Zahlen, und lenkt die Aufmerksamkeit auf Unwesentliches. (...) In Buchenwald fragten wir, nachdem der neue BRD-Film über das Lager vorgeführt worden war, was eigentlich aus dem DDR-Film geworden sei, den mein Vater als Kind gesehen hatte. Dort zeigte man z. B., wie die Leichen mit Bulldozern in Massengräber geschoben wurden ...

Die jetzige Ausstellung ist eine Schande und beschmutzt das Andenken aller, die dort umgekommen sind.

In letzter Zeit sah ich außerdem mehrere Fernsehdokumentationen, die nach dem Motto gemacht waren: So schlimm ist es ja nicht gewesen. Schuld hatte immer nur Hitler, aber Krupp, BMW, Commerzbank, Mercedes u. v. a., die in diesem Land noch existieren und weiter Profite machen, spielten keine Rolle.

Wir müssen als Deutsche unseren Beitrag dazu leisten, daß sich die Geschichte nicht wiederholt. Im Augenblick sieht es – blickt man auf Bushs USA – leider sehr nach dem Gegenteil aus.
Kai Bergmann, Mahlow

Ein Vorschlag: Vielleicht könnten bestimmte Karikaturen und Grafiken als Postkarten unter die Leute gebracht werden, als Werbung für den RF, als Protest gegen den Irak-Krieg pp.? Kostenlos oder gegen eine Soli-Spende ... Ausdehnbar wäre das auch auf „ältere“ Arbeiten, welche ihre Gültigkeit bis auf den heutigen Tag

nicht verloren haben. Als Herausgeber müßte natürlich immer der RF erscheinen. Mit einer zunächst bescheidenen, aber sehr qualitätsvollen Arbeit auf diesem Gebiet könnten wir gut in die Breite kommen.

Karl-Heinz Effenberger, Schwerin

Ich übermittle Euch meinen Antrag um Aufnahme in den Förderverein. Nach 53 Jahren Zugehörigkeit zu SED/PDS und einer linken Familientradition, die bis Bebel zurückgeht, habe ich mich Mitte 2002 von der PDS getrennt. Mein Gewissen war nicht länger zu belasten. (...)

Dietmar Pfeiffer, Mieste

(...) Ich bin inzwischen nicht mehr Mitglied der PDS. Das hindert mich keineswegs daran, mit den Genossen an der Basis Verbindung zu halten. Von fast jedem „RotFuchs“ versorge ich sie mit mir wichtig erscheinenden Artikeln. Bei den Zusammenkünften vermittele ich wertvolle Informationen und Ergebnisse aus RF-Artikeln. Schließlich geht es ja darum, daß wir Veränderungen wollen, und das geht nur mit den Menschen an der Basis. (...)

Brigitte Marx, Zörbig

Mit welchem Recht fordern „Reformlinke“ neue Mehrheiten in der PDS? Eine Entgegnung zum Artikel von Wolfgang Hübner dem ND zu schicken, lohnt nicht. Besser ist eine Antwort im „RotFuchs“. Ich beziehe mich bewußt nur auf Leute aus Sachsen-Anhalt, weil ich in diesem Land lebe und häufig anderer Meinung bin als die in dem Beitrag zitierten Mitglieder der PDS. Dr. Petra Sitte hat unlängst verkündet, die Fraktion werde im Landtag „seriöse“ Vorschläge machen. Wie wäre es denn mit sozialistischen Angeboten? Leute, „die ein positives Lebensgefühl in der BRD entwickelt haben“, hätten mit der PDS ihre Schwierigkeiten. Das sei ein Mangel. Ich kann mir gut vorstellen, daß Genossin Dr. Sitte als Fraktionsvorsitzende im Landtag ein solches Gefühl entwickelt hat. Kein Wunder, wenn doch an der Seite der SPD Regierungsgewalt winkt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS, Gen. Gallert, hat so seine Sorgen mit der Oppositionsrolle. Gegenüber der CDU und der FDP zwar nicht; aber mit der SPD werde es komplizierter, meinte er. (...) Der neue Landesvorsitzende der SPD, Herr Dr. Püchel, ist ein ausgemachter und traditionsreicher Anti-PDS-Manager.

Dr. Sitte und Gallert stimmen zumindest in zwei Fragen überein: Kompromisse sind nötig. Das stelle ich nicht in Zweifel. Wenn es jedoch Kompromisse sind, die die Handschrift der PDS nicht mehr erkennen lassen, werden weder Wähler noch neue Mitglieder gewonnen. Für mich ist die Frage ganz ernst, ob eingeübte Tolerierfähigkeit sind, gestaltende Opposition zu verwirklichen. (...)

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Den Ausführungen von Wolfgang Clausner in seinem Beitrag „Die originäre Nachahmung“ stimme ich als PDS-Mitglied voll zu. Im Zusammenhang mit den Bemerkungen über Gesine Löttsch beschäftigt mich (und wohl auch weitere Genossen) seit ihrem taz-Interview vom 30. 9. 02 noch eine andere Frage: Wer hat eigentlich wen an der „Angel“ – Gesine Löttsch den britischen Botschafter oder dieser die PDS-Bundestagsabgeordnete? Im o. g. Interview teilte G. L. nämlich mit, der britische Botschafter gehöre zu ihren beiden besten Freunden. Ist diese Frau so blauäugig oder hält sie uns für blöd? Jeder halbwegs Informierte weiß doch, daß in imperialistischen Botschaften stets mehrere Geheimdienst-Mitarbeiter tätig sind, was dem Botschafter natürlich bekannt ist. Auch aus diesem Grunde sollte die PDS die „Ratschläge“ von G. L. mit Vorsicht genießen.

Interessant ist schließlich auch die Passage des Interviews: „... habe regelmäßig mit US-Offizieren ... diskutiert.“ Was mögen das wohl für Leute gewesen sein? Ohne in Schwarz-Weiß-Malerei zu verfallen: Man wird doch mal fragen dürfen ...

Horst Jäkel, Potsdam

Seit einigen Monaten erhalte ich den „RotFuchs“ und lese die Mehrzahl der Artikel mit großem Interesse. Mir gefällt die Klarheit der Aussagen und ihre theoretische Begründung. Das schließt nicht aus, daß ich nicht allen Gedanken zustimme. Vielen Freunden habe ich die Zeitschrift empfohlen bzw. zum Lesen gegeben. Das Echo darauf war meist positiv. Bitte senden Sie den „RotFuchs“ auch an ...

Ursula Sonnenschmidt, Berlin

In meinem Artikel „Zu den Überflugrechten der USA“ (RF Nr. 60) gab es eine redaktionelle Korrektur, die zu einem Mißverständnis führte. Es ging damals nicht um Willi Brandts frühere Tätigkeit für das OSS. Die war – zumindest in Umrissen – stets bekannt und wurde als Arbeit für die Antihitlerkoalition bewertet. Nein, die Rede war davon, daß Brandt – vom OSS schon im Mai 1944 als „intelligenter und ernsthafter Kenner der deutschen Szene, der nach dem Krieg sicher eine bedeutende Rolle spielen wird“ charakterisiert, durch die OSS-Nachfolgerin CIA übernommen wurde. Sie führte den „jungen, aufstrebenden Politiker“, als er 1948 Sekretär des Westberliner SPD-Vorstands und damit auch zuständig für Operationen des „Ostbüros“ wurde. Victor Marchetti, zum Gegner der „Company“ geworden, für die er lange Jahre gearbeitet hatte, wurde Anfang 1973 von einem USA-Bundesgericht verpflichtet, sein Buch „CIA“ (deutsche Ausgabe, dva, Stuttgart 1974) der CIA zur Zensur vorzulegen. Es kam zu 140 Streichungen von verschiedener Länge, die im Druck als leere Stellen gekennzeichnet sind. Etwa zwei Seiten betreffen Brandt; von ihm blieb nicht mal der Name, sondern nur das Bruchstück, „Jahre später wurde er zum Oberbürgermeister von Westberlin gewählt“. (...) Nach dem Oktoberkrieg – und sogar über Brandts Sturz hinaus – wurden von USA- und BRD-Medien genau diese Fakten und manches mehr lanciert; bis hin zu dem privaten Abendessen im Weißen Haus, bei dem Nixon 1971 Brandt mit seinem Führungsoffizier aus alten Frontstadtzeiten als Tischnachbar erfreute.

Werner Hoppe, Hamburg

Die RF-Überschrift nach der Bundestagswahl „Osten verhinderte Stoiber“ ... halte ich für Unsinn. Ob Schröder oder Stoiber – wo ist da der Unterschied? Bei Stoiber weiß ich (fast) ALLES – und Schröder ...? Er ist ein verlogener, korrupter Vasall des Kapitals, ... noch schlimmer als Stoiber, weil er weiterhin das sozialdemokratische Mäntelchen herabhängt ... für Stammwähler und Unentschlossene.

Arthur K. Führer, Bottrop

In der Januar-Ausgabe erschien wieder eine ganze Reihe von Beiträgen, die ich sehr gut finde. Geärgert habe ich mich über den Aufsatz des Gen. Pauligk „Veteran oder nicht?“. Er kann so nicht stehen bleiben. Es trifft nicht zu, daß der PV der DKP an Genossen aus dem Westen für 50jährige

Zugehörigkeit in der kommunistischen Bewegung Ehrenurkunden ausgibt und die Genossen aus Ostdeutschland davon ausnimmt. Meiner Erinnerung nach hat es seit 1990 nur einmal – aus Anlaß des 30. Jahrestages der Neukonstituierung der DKP – Ehrenurkunden gegeben, die an Genossinnen und Genossen ausgegeben wurden, die damals beim Aufbau der Partei eine besondere Rolle gespielt haben. Wie bei Genossen Pauligk ist auch bei mir, wie bei zig anderen Genossen der älteren Generation aus West und Ost, das 50jährige Parteijubiläum von der Parteiführung nicht gewürdigt worden. Die Ursache dafür liegt schlicht und einfach darin, daß es in Essen keine Personaldateien für die Zeit vor der Konstituierung der DKP gibt. (...)

Über die Frage, ob sich die DKP nach Osten ausdehnen soll oder nicht, gab es im Parteivorstand und darüber hinaus unterschiedliche Meinungen. Manche Genossen glaubten im Ostaufbau den goldenen Weg für die Stärkung der DKP zu finden, andere waren der Ansicht, daß es besser sei, nach dem tiefen Einbruch zunächst alle Anstrengungen darauf zu rich-

ten, die vorhandenen Kräfte im Westen zu erhalten und zu konsolidieren. (...) Genosse Pauligk greift zu (...) Unterstellungen, wenn er „einigen Parteiführern“ ein „gestörtes Verhältnis zur SED und zur DDR, zur bisherigen sozialistischen Revolution überhaupt“ vorwirft. (...) Die Genossen, gegen die er (...) zu Felde zieht, gehörten immerhin zu denjenigen, die als SDAJ- und DKP-Funktionäre in Situationen die SED und die DDR verteidigt haben, als dazu mehr Courage gehörte als heute. (...) Man sollte mit solchen Vorwürfen vorsichtiger sein. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß ich dem Verzicht auf eine Auseinandersetzung über strittige Fragen das Wort reden will. Sie ist unverzichtbar, insbesondere unter Bedingungen, da wir vor viele neue Herausforderungen gestellt sind. Wir sollten dabei aber als Kommunisten miteinander streiten, keine Pappkameraden aufbauen, bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte solidarisch bleiben und uns nicht das Kommunistsein absprechen. (...)

Willi Gerns, Bremen

Bemerkung der Redaktion

Nach unserer Kenntnis wurden auch an drei oder vier Genossen aus dem Osten anläßlich des 30. Jahrestages der Neukonstituierung der DKP Ehrenurkunden ausgegeben. Das geschah auf einer Veranstaltung in Berlin-Biesdorf. Einer der Geehrten war der Genosse Kurt Hager.

Gerade kam der neue „RotFuchs“ an. Ich habe mir sofort einen Überblick verschafft. Gut, daß Ihr den Aufsatz von Anton Ackermann bringt, der nur älteren Genossen bekannt sein dürfte. Hoffentlich wird auch über das Schicksal des Beitrags und die Hintergründe dieses „Schicksals“ berichtet. Da wird manche Legende Schaden erleiden, das hat ja tief in die SED hineingewirkt. (...)

Ich bin noch länger in der Partei als Genosse Pauligk. Von irgendeiner Art Ehrung, die er vermißt, weiß ich nichts, will ich auch nichts wissen, ich bin nicht der Ehre wegen Mitglied dieser Partei. (...)

Ich war nicht auf dem 16. Parteitag der DKP, war aber schockiert, als ich las, daß Brigitte Müller (wir sind nicht immer einer Meinung, können es aber doch ganz gut miteinander) nicht wieder in den PV gewählt wurde. Ist das nicht genug Anlaß, die Reife wenigstens von Teilen der Delegierten zu bezweifeln? Oder daß so wenig Genossen aus dem Osten in den PV gewählt wurden. Und daß Leo Mayer (auch wir sind nicht immer ein Kopf und ein Hintern) stimmenmäßig abgestraft wurde, zeugt doch auch nicht davon, daß in unseren Reihen wirklich darum gerungen wird, unter einem gemeinsamen Dach Meinungsverschiedenheiten auszuhalten und auszutragen, ohne jene zu „strafen“, deren Meinung man nicht teilt. Krümel-Suchen hilft uns nicht beim Zusammenführen, Kritik ja, wo nötig, aber wirkliche Kritik, keine Kritikastelei.

Dr. Robert Steigerwald, Eschborn

Mit großer Aufmerksamkeit lese ich stets den „RotFuchs“ und möchte dem Genossen Norbert Pauligk auf seinen Beitrag antworten. Selbst bin ich seit fast 55 Jahren Mitglied der KPD und der DKP. Für meine 50jährige Mitgliedschaft bekam ich bis heute keine Urkunde und glaube auch nicht, daß es dafür Urkunden gibt. Meinen 70. Geburtstag „feierte“ ich auf dem UZ-Pressefest im August 1999. Zu den Gratulanten zählten Hunderte von Kommunistinnen und Kommunisten in Dortmund. Besonders freute ich mich über die Glückwünsche von Heinz Keßler und Herbert Mies, die in unsere fränkische Weinstube gekommen waren. Nur vom PV gratulierte niemand, obwohl in der UZ drei Anzeigen standen: von meinem Sohn, vom Kreis und vom Bezirk. (...) Nachträglich dem Genossen Norbert Pauligk meine persönlichen Wünsche zu seiner langjährigen Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung – und dazu zähle ich auch die SED.

**Erich Schreier, DKP-Kreisvorsitzender
Nürnberg Land**

Die Tatsachen sprechen leider eine andere Sprache, als sie Prof. H. H. Holz in seinem Leserbrief im Januar-RF zugrunde legt. Tatsache ist, daß die Mehrheit der Delegierten des 16. DKP-Parteitage eine stärkere Repräsentation der ostdeutschen Genossen im Parteivorstand verhindert hat. Ich bin der Meinung, daß es nicht nur unserer marxistisch-leninistischen Überzeugung entspricht, den Weg des Klassenkampfes gemeinsam zu gehen. Es ist einfach auch ein Gebot menschlicher Vernunft, wenn wir gegen die imperialistische Barbarei ankämpfen wollen. Es ist m. E. nicht zutreffend, wenn Gen. Holz meint, viele DDR-Kommunisten seien ratlos, wo sie sich politisch einbringen sollten. Man muß vielmehr feststellen: Sie werden bestimmt nicht in einer Partei ihre politische Heimat suchen und finden, deren Führung sie im Grunde genommen ignoriert. Ist es nicht die Aufgabe einer Partei wie der DKP, Zeichen zu setzen, daß auch Kommunisten aus dem Osten mit all ihren Erfahrungen in ihr willkommen sind? Diese Zeichen aber hat die Mehrheit der Delegierten des 16. Parteitage auch diesmal nicht gesetzt. Wenn sich die große Masse der westdeutschen Kommunisten glücklich schätzen würde, mit ihren ostdeutschen Genossen Seite an Seite zu kämpfen, dann müßte sie sich ernsthaft Gedanken darüber machen, wer die Leute sind, die dieses Miteinander verhindern.

Jürgen Thiele, Berlin

Korrektur

Durch ein Versehen unserer Leserbriefredaktion wurde in der Nr. 60 die Zeitschrift eines Genossen „Helmut Schmidt“ abgedruckt. Der Absender aber war Kapitän zur See i. R. Helmut Schmid aus Stralsund.

Ich finde es nicht gut, wenn wir uns als Sozialisten bei der Bewertung historischer Vorgänge der DDR-Geschichte nicht von bestimmten Rechtfertigungsformeln und von einer gewissen holzschnittartigen Sprache lösen können, die die vom SED-Politbüro gesteuerten Medien einst an den Tag legten. Dabei bestreite ich keinesfalls, was Gottfried Fleischhammer über die sicherheitspolitischen Gründe und die militärischen Aspekte der Grenzsicherung von 1961 darlegte. Doch dann formulierte er in seinem Beitrag den lapidaren Satz: „Das allein war der Hintergrund für die Errichtung der Grenzsicherungsanlagen gegenüber der BRD und Berlin (West).“ In seinem deswegen – leider – nur halbbrichtigen Beitrag fehlt jeglicher Hinweis darauf, daß die DDR seit ihrem Bestehen mit einer Flucht- und Abwanderungsbewegung zu kämpfen hatte, die ihr unermeßlichen Schaden zufügte und als einer der Faktoren abgesehen werden muß, die zum Scheitern dieses Staates beitrugen. Zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Millionen Bürgern verließen im Laufe der Jahre das Land! Das Ausbluten der DDR erzeugte einen möglicherweise größeren Schaden als alle Embargo-Maßnahmen, Sabotageakte und politischen Fallen, die der westdeutsche Imperialismus gegen uns veranstaltete. Zumindest darf man wohl die Berücksichtigung dieser Tatsache zu jenem „Hintergrund“ rechnen, der die damaligen Entscheidungsträger bei der Planung und Durchführung dieser Aktion bewegte – auch wenn davon bei den öffentlich geäußerten Begründungen für den „Mauerbau“ nicht die Rede war.

Gegen Ende seines Beitrags kommt G. F. dann doch noch auf die Frage der „Durchlässigkeit“ dieser Grenze zu sprechen, die er jedoch nur als zurückzuweisende Bestrebung des politischen Gegners einzuordnen vermag. Die Entsprechung zu dieser Tatsache auf unserer Seite beschreibt er als „verständlichen Wunsch vieler Menschen in der DDR, mehr Reisemöglichkeiten zu erhalten“. Und das sei von der BRD „psychologisch geschickt ausgenutzt“ worden. Diese m. E. unnötige Reverenz gegenüber dem Erfolg der gegnerischen Tätigkeit umschreibt wolkig unser eigenes Versagen und verdrängt gänzlich unzulässig, was wir uns als DDR-Sozialisten vorzuhalten haben: Warum haben wir eigentlich den Gegner so „psychologisch

geschickt“ agieren lassen? Warum konnte die Annexion (in dieser Bewertung stimme ich G. F. völlig zu!) überhaupt gelingen? Antwort: Weil wir psychologisch auf der ganzen Linie versagt haben! (...)

Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Weimar

Endlich, nach Jahren der Heimatlosigkeit, wieder vertraute Worte und das Empfinden, nicht mehr allein zu sein. Die meisten Beiträge sind uns aus dem Herzen gesprochen und wir identifizieren uns mit dem Inhalt. Wir möchten auf den „RotFuchs“ auf keinen Fall mehr verzichten und überwiesene erst einmal 30 Euro. Wir ziehen auch in Betracht, Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. zu werden, verbinden damit aber einmal, daß die Mitgliedschaft nicht nur auf das Lesen der Zeitschrift bezogen bleibt, sondern evtl. auch Kontakte zu Gleichgesinnten in nicht so weiter Entfernung möglich sind. Andererseits wäre, da wir beide Mitglieder werden würden, ein Beitrag von 60 Euro für uns schwer möglich.

Käte und Siegfried Hess, Eilenburg

Bemerkung:

Wir machen auf die Möglichkeit eines ermäßigten Beitrags aufmerksam.

Besten Dank für die Übersendung der letzten Ausgaben des RF. Erster Eindruck: gut redigiert. Inhaltlich gefällt mir vieles. Was mir weniger zusagt, ist die zuweilen übertrieben verträumte DDR-Nostalgie. Es war vieles unvergleichlich besser als im heutigen Verbrecherstaat, aber es war eben nicht alles o. k. und nicht alles Gold, was da im RF glänzt.

Fritz Schröder, Königs Wusterhausen

Es wird wohl nicht mehr lange dauern, und dann werden wieder alle Nachrichten der Zensur unterliegen. Bei uns in Bayern gehen die Uhren sowieso anders, aber das macht mir nichts aus. Solange es möglich ist, werde ich den „RotFuchs“ lesen, wenn ich ihn bekomme.

Johann Uhink, Harburg

Wenn man Bilanz zieht kann man der Zeitung für die bewältigten fünf Jahre nur ein Lob aussprechen. Ihr Inhalt widerspiegelt – auch im einzelnen – die Meinung der Kommunisten, Sozialisten und klassenbewußten Menschen. Auch in der Nr. 60 waren die Positionen aller Beiträge wieder sehr klar. Gerade die Parteigeschichte der SED wird – je mehr Zeit vergangen ist – in ihrer ganzen Bedeutung immer erkennbarer. Für manche Leser umfaßt sie den größten Teil ihres Lebens. Auch ich begehe 2004 mein 50. Partejubiläum. Ich bereue nicht einen einzigen Tag meines Handelns im Interesse der einfachen Menschen. Trotz mancher Fehler, die begangen wurden, war die Zeit zwischen 1945 und 1989 für uns im Osten eine interessante und lebendige Periode der Geschichte. (...)

Unlängst fragte eine hiesige Lehrerin eine Berufskollegin aus Finnland, was denn dort Besonderes getan worden sei, um bei der PISA-Studie den Spitzenplatz zu erringen. „Was heißt hier PISA?“, antwortete die Finnin. „Wir haben doch nur vieles aus dem Schulsystem der DDR übernommen.“

Günter Bauch, Fraureuth

Seit geraumer Zeit verfolge ich die Beiträge des „RotFuchs“, den mir ein Freund zur Verfügung stellt. Es ist heutzutage wichtig, die Ursachen für die gesellschaftlichen Entwicklungen (Verwerfungen) zu benennen und sie vielen Menschen bewußt zu machen, weil dem „gemeinen Volk“ in Zeitungen wie BILD schon mit der Überschrift das Denken abgenommen wird. Hier bedient man nur Emotionen. Deshalb sollten alle „RotFuchs“-Leser die Möglichkeit der Veröffentlichung ihrer Zuschriften in der lokalen Presse nutzen und den Menschen die Augen öffnen!

Natürlich nicht nach dem Motto: Die Konterrevolution ist an allem schuld. (...) Ein ehemaliger „Hoffnungssträger“ Gorbatschow hätte keine Chance gehabt, wenn das System stabil gewesen wäre. (...) Ein Beispiel: Als der von der Partebasis wegen seiner progressiven Kritik und

Massenverbundenheit anerkannte und beliebte stellvertretende Sekretär unserer Grundorganisation im Interesse des Ansehens unserer Partei vorschlug, nur noch Bewerber aufzunehmen, die im täglichen Leben durch Vorbildlichkeit in Arbeit und Verhalten nachgewiesen haben, würdig zu sein, Mitglied der SED zu werden, wurde er prompt vom Parteisekretär zurückgepfiffen. Bei Realisierung dieses Vorschlags wäre die Aufnahmequote nicht mehr erfüllt worden. (...) Übrigens: Der Anschluß der DDR an die BRD war noch nicht vollzogen, da hatte unser „teurer Genosse H.“ bereits die Fronten gewechselt und in tiefstem Feindesland, in Fürth, bei Quelle, seiner „Überzeugung“ abgeschworen. (...)

Henry Marquardt, Pasewalk

Der Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern hat am 2. 11. 2002 beschlossen: „Im Falle des Bruchs der Wahlversprechen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, weder an einem Krieg des amerikanischen Präsidenten George W. Bush gegen Irak teilzunehmen noch ihn in einem solchen Fall logistisch zu unterstützen, legen die gewählten Minister der PDS sofort ihre Ämter nieder. Eine außerordentliche Tagung des Landesparteitages berät über die Fortführung der Koalition.“

Ein guter Beschluß, wird er aber auch realisiert werden? Und: Was macht die Berliner Koalition dann? Was passiert, wenn der Krieg mit dem Mandat einer von den USA kontrollierten UNO-Mehrheit stattfindet? (...)

Am 4. Dezember 2003 jährt sich zum 60. Mal der schwerste Terrorangriff angloamerikanischer Bomber auf die Stadt Leipzig. Ich habe ihn als Kind erlebt und überlebt. In einem Schulaufsatz Ende der 40er Jahre schrieb ich: „Wenn ich durch die von Bomben fast völlig zerstörte Gerberstraße gehe, sehe ich, wie die Ruinen ihre Mauerreste wie Arme emporstrecken und schreien: Nie wieder Krieg! ...“

Günter Werzlau, Taucha

(...) Alle aufrechten Verfechter linker Politik nehmen mit Sorge zur Kenntnis, daß dieser Staat von Tag zu Tag zu einem immer aggressiver werdenden Monster verkommt. (...) Polizei und Justiz schützen die Nazi-Aufmärsche. (...) Ich frage mich: Warum finden wir nicht die Basis für ein gemeinsames Vorgehen, um die SPD-geführte Regierung der BRD dazu zu drängen, das unsägliche KPD-Verbot von 1956 endlich aufzuheben? Daran wird sich messen lassen, ob die deutsche Sozialdemokratie aus ihrer direkten Teilnahme am Kalten Krieg im geteilten Deutschland ihre Lehren gezogen hat. (...)

Heinz-Joachim Maaßberg, Magdeburg

Georg Gafron, Chefredakteur der BZ, meint in seinem Kommentar vom 2. 1. 03, daß wir (Arbeiter, Angestellte, Rentner, Arbeitslose) über unsere Verhältnisse lebten. Wir hätten nur Angst um unseren Wohlstand und seien unfähig, einen angeblich notwendigen Waffengang in Irak richtig einzuordnen. Gafron vergleicht Saddam Hussein mit Hitler, der auch nur mit kriegerischen Mitteln zu bezwingen gewesen sei. Er will die Leser auf Halb Wahrheiten ablenken. Man muß immerhin zur Kenntnis nehmen, daß Saddam Hussein – wie er auch zu bewerten sein mag, und sicher ist er ein Diktator – bisher alles getan hat, um einen Krieg zu verhindern (im Gegensatz zu Hitler!), indem er die USA-Waffeninspektoren ins Land ließ und ihnen umfassende Kontrollmöglichkeiten einräumte. Doch Bush und seine Hintermänner wollen um keinen Preis vom Krieg ablassen. Sie handeln ganz nach dem Ausspruch Hitlers kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges: „Hoffentlich kommt nicht in letzter Minute so ein Schweinehund und bietet mir den Frieden an.“ Wenn auch nicht alles im Detail übereinstimmt, weist die Politik von Hitler und von Bush, obwohl etliche Jahrzehnte dazwischen liegen, manche Ähnlichkeiten auf.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Leider konnten wir nicht alle Leserbriefe veröffentlichen. Wir versuchen das nachzuholen. Für stärkere Kürzungen bitten wir um Verständnis. Möglichst viele Leser sollten zu Wort kommen.

Die Redaktion



„Wenn wir schon nicht direkt mitmachen, können wir uns doch wenigstens anhängen!“

Wir freuen uns auf **Gerhard Bengsch**. Der bekannte Drehbuchautor (u. a. „Krupp und Krause“) und Erzähler liest und debattiert am **Freitag, dem 21. März 2003, um 16.30 Uhr**, in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203-205, auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin des **RF-Fördervereins**. Stuhlgeld: 1 Euro

Schon jetzt kündigen wir den namhaften **Historiker Dr. Norbert Podewin** an. Er wird am **25. April 2003** am gleichen Ort und zur gleichen Zeit unser Gast sein und zu dem Thema sprechen: **Wie stand die SPD 1946 zur Arbeitereinheit?**

In eigener Sache

In den letzten Monaten hat sich die Zahl der Leser unserer Zeitung beträchtlich erhöht. Das spricht für die inhaltliche Qualität und die wachsende Akzeptanz der politischen Linie des RF, der für viele Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch nicht nur eine wichtige Informationsquelle, sondern auch ein verlässlicher Kompaß geworden ist.

Wir wenden uns an alle, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen – an die Jungen wie an die Alten. Der „RotFuchs“ gehört in die Hände klassenbewußter Arbeiter. Wir wollen jene Menschen erreichen, die sich aus Enttäuschung über die Situation nach der Niederlage und die Zersplitterung der deutschen Linken vorübergehend zurückgezogen haben, aber deshalb nicht verloren sind.

Täglich erleben wir, daß sich Genossen bei uns melden, die durch „Mundpropaganda“ vom „RotFuchs“ erfahren haben. Sie bringen in den meisten Fällen ihre Freude über die Herausgabe einer solchen Zeitung zum Ausdruck. Da es in der gegenwärtigen politischen Situation mehr denn je darauf ankommt, die vorhandenen Kräfte auf marxistischer Grundlage zu sammeln, bitten wir unsere Leser, sich aktiv dafür einzusetzen, neue Bezieher der Zeitung und Mitglieder für den Förderverein zu gewinnen. Jeder sollte prüfen, ob es in seinem Umfeld Genossen und Freunde gibt, die Interesse an unserer Zeitung haben könnten. Bestellungen werden prompt berücksichtigt. Auf den Schneeballeffekt kommt es an.

DAS KOLLEKTIV DES VERTRIEBS

IMPRESSUM

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,

Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965

(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR

Internet-Redakteurin:

Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:

Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Bernd Koletzki